

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großschäß behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit Austr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat eininkl. Bringerlohn 2.- für Selbstabholer 1.90 M. - Durch die Post bezogen 2.- M. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Volksredaktion:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Lauchaer Str. 19/21 **Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig **Telephon** 72208. - **Verlag in Leipzig:** Lauchaer Straße 19/21 - **Telephon** 72208

**Insertenpreise:** Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf., Stellenangebote 10 Gg., Kolonelle 25 Pf., Familienanzeigen von Privatpersonen die 10 Gg., Kolonelle mit 50% Nachlaß, Reklamezeile 2 M., Inserate v. ausw.: die 10 Gg., Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorkauf 50 Pf., Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Die Annahme der Younggesetze

### Die Regierungsfrent zerrissen

Gegen 4.45 Uhr begannen am Dienstag im Reichstag die Abstimmungen über die Younggesetze.

Vorher verlas Abg. Dr. Brüning (Ztr.) folgende Erklärung des Zentrums: Da durch die neuerliche Entwicklung der Finanzverhandlungen, insbesondere aber auch durch die heute abgegebenen Erklärungen namentlich die feste Gewähr gegeben ist, daß die Voraussetzung für eine Zustimmung des Zentrums bildende sofortige Sicherung der Finanzen so erfolgen wird, daß rechtzeitig die erforderlichen Kasseneingänge fließen, hat sich die Zentrumsfraktion in ihrer Mehrheit entschlossen, den vorliegenden Gesetzen aus gesamtpolitischen Erwägungen ihre Zustimmung zu geben (Bärm und Lachen rechts) unter Erneuerung ihres Appells an alle zur Regierung stehenden Parteien, die zur Erreichung der unaufschiebbaren politischen Notwendigkeit der Finanzsanierung erforderlichen Maßnahmen auf parlamentarischem Boden zu verwirklichen. (Lachen rechts.)

Abg. Stöcker (Komm.) erklärt, die Kommunisten würden die nationalsozialistischen Anträge ablehnen, weil es sich dabei um eine imperialistische Demonstration handle.

Unter lauten Aufrufen von rechts tritt dann Abg. Baucht (Bayr. Vpt.) an das Rednerpult. Abg. Godebski (Natio.) ruft: „Jetzt wird der Youngplan sühngelöst!“

Abg. Baucht (Bayr. Vpt.): Im Namen der Bayerischen Volkspartei habe ich folgende Erklärung abzugeben. Da durch die neuerliche Entwicklung der Finanzverhandlungen zwar das Was, aber nicht das Wie uns genügend festgelegt erscheint, werden wir uns der Stimme enthalten. (Beifall.)

Zunächst kommt der Artikel I des Gesetzes über die Haager Konferenz zur namentlichen Abstimmung. Er erklärt die Zustimmung zu den Vereinbarungen der Haager Konferenz vom August 1929 über die Räumung des Rheinlandes und enthält die grundsätzliche Annahme des Sachverständigenplans vom 7. Juni 1929. Artikel I wird mit 251 gegen 174 Stimmen bei 26 Enthaltungen angenommen. Dafür haben die Regierungsparteien mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei gestimmt. Der Stimme enthalten haben die Bayerische Volkspartei und Deutsche Bauernpartei.

Artikel II, der die Nebenabkommen enthält, wird mit 251 gegen 174 Stimmen bei 25 Enthaltungen angenommen.

In einfacher Abstimmung wird der Rest des Gesetzes angenommen unter Ablehnung der nationalsozialistischen Anträge, nach denen die Räumungssammelle erweitert und die Rede des Außenministers Dr. Curtius öffentlich angeschlagen werden soll.

In der Ausschlußfassung werden angenommen das Reichsbankgesetz, das Reichsbahngesetz und das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen.

Vor der Abstimmung über den Gesetzentwurf, der die Liquidationsabkommen mit den verschiedenen Mächten umfaßt, wird besonders in namentlicher Abstimmung entschieden über das in diesem Gesetzentwurf enthaltene deutsch-polnische Liquidationsabkommen. Die Abstimmung ergibt die Annahme des Abkommens mit 224 gegen 207 Stimmen bei 30 Enthaltungen. (Wui-Rufe.) Mit der Opposition haben auch verschiedene Abgeordnete des Zentrums und der Deutschen Volkspartei gegen das deutsch-polnische Abkommen gestimmt.

Das Liquidationsabkommen mit England wird im Sammelstimmungs mit 254 gegen 177 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. - In einfacher Abstimmung werden auch die übrigen Liquidationsabkommen angenommen.

### Volksentscheid?

SPD Berlin, 12. März.

Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstags, Dr. Brüning, stattete dem Reichspräsidenten am Dienstagmittag auf dessen Wunsch zwecks Besprechung der politisch-parlamentarischen Lage einen Besuch ab. Aus Zentrumskreisen erfahren wir dazu, daß der Reichspräsident in dieser Unterredung keinen Zweifel darüber ließ, daß eine Annahme des Youngplans mit einer nur geringen Mehrheit ihn vor die Frage stellen würde, ob er den Youngplan zum Volksentscheid stellen solle. Es sei deshalb erforderlich, daß sämtliche Regierungsparteien geschlossen für den Youngplan stimmen müßten, wenn dessen Annahme gesichert sein solle.

Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion batonte, daß seine Fraktion unbedingt eine Sicherheit dafür haben müsse, daß die Gesetze zur Sicherung der Reichsfinanzen rechtzeitig in Kraft treten. Der Reichspräsident erklärte darauf, daß er von derselben Notwendigkeit überzeugt sei und er von allen verfassungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen werde, um die Regelung der Finanzfrage bis zum 1. April zu verwirklichen.

### Hoffnung auf die Kommunisten

LU Berlin, 12. März.

Die gesamte Rechte, d. h. Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft und Wirtschaftspartei, hat, wie der „Volkswagen“ berichtet, den Antrag auf Aus-

hebung der Verkündung der Younggesetze für die dritte Lesung eingebracht. Man rechnet damit, daß die Kommunisten dem Antrag beitreten würden. Damit würde das von der Verfassung vorgesehene Drittel erreicht. Nach Artikel 72 der Verfassungfassung können, wenn es ein Drittel der (anwesenden) Mitglieder des Reichstages verlangt, Reichstag und Reichsrat die Gesetze für dringlich erklären. Damit würde es dann in der Hand des Reichspräsidenten liegen, ob er verkünden oder Volksentscheid anberaumen will.

### Immer mehr Bombenleger freigelassen

WTB Berlin, 11. März.

In der Voruntersuchung wegen der Bombenattentate hat auf die Beschwerde gegen den absehenden Beschluß der Strafkammer des Landgerichts I der Straftat des Kammergerichts angeordnet, daß der Angeklagte die Beweise gegen Sicherheitsleistung von 10 000 Mark mit der weiteren Untersuchungshaft zu versichern ist. Welche ist nach Hinterlegung der Sicherheit entlassen worden.

### Die Arbeiterregierung im Kampf

London, 12. März.

Die Arbeiterregierung geriet am Dienstagabend bei der Abstimmung über den jüngst von der Opposition eingebrachten Änderungsantrag zu der Bergbaugesetzgebung mit 272 Stimmen gegen 282 Stimmen in die Minderheit. Die gesamte liberale Fraktion stimmte geschlossen gegen die Regierung.

Der mit Mehrheit angenommene konservative Antrag richtete sich gegen eine, auf ausdrücklichen Wunsch der Bergbauunternehmer in das Gesetz eingefügte Klausel, die eine Förderungsabgabe auf Kohlen zum Zwecke der Unterstützung des Kohlenexports vorsah. MacDonald verkündete nach dem Fall dieses Antrages, daß ihn die Regierung nicht als einen wesentlichen Bestandteil des Gesetzes betrachtet und daher nicht zurücktreten werde. Unter allgemeinem Beifall der Fraktion der Arbeiterpartei fügte der Ministerpräsident hinzu, daß es Baldwin freistehende, das gegen Snowden gerichtete Misstrauensvotum am Donnerstag zu einem allgemeinen Misstrauensvotum gegen die Regierung umzuwandeln. Die Regierung werde aus der Annahme dieses Votums selbstverständlich die Konsequenzen ziehen.

## Reichsbankpräsident Luther

### Die Diktatur der Finanzbourgeoisie bleibt

Der Generalrat der Reichsbank wählte am Dienstag an Stelle des ausscheidenden Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht den früheren Reichskanzler Dr. Hans Luther zum Präsidenten des Reichsbankdirektoriums. Die Übergabe der Amtsgeschäfte soll am 3. April erfolgen. Die Bestätigung der Wahl durch den Reichspräsidenten ist, wie die Reichsbank mitteilt, nachgesucht worden.

Am Schluß einer Liste der Kandidaten für die Nachfolgerschaft des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht nannte der Sozialdemokratische Pressedienst den früheren Reichskanzler Dr. Luther und fügte hinzu, daß er „natürlich nicht fehlen darf“. Schon drei Tage später ist Dr. Luther tatsächlich zum Reichsbankpräsidenten gewählt worden. Die sieben Vertreter des deutschen und die sieben Vertrauensmänner des internationalen Finanzkapitals, die gemeinsam den Generalrat der Reichsbank bilden, haben ihm mit seiner einstimmigen Wahl ihr uneingeschränktes Vertrauen ausgedrückt. Der aus der Kommunalverwaltung kommende (frühere Oberbürgermeister von Essen, spätere Reichsminister und Reichskanzler, und zuletzt Staatsmann a. D.) neue Reichsbankpräsident ist damit an die Spitze eines Amtes in der deutschen Republik berufen worden, das zwar gern für unpolitisch ausgegeben wird, tatsächlich aber eine viel realere Macht verkörpert als die vom Parlament gewählte Reichsregierung. Schacht hat zuletzt mit seinen erfolgreichen diktatorischen Expansionsmanövern diese Machtstellung brutal ausgenutzt. Er wurde trotzdem vom Reichsfinanzminister Wolbenhauer verteidigt und von der Reichsregierung gehalten. Er ging aus eigenem Entschluß.

Dr. Hans Luther ist der neue Mann. Wer ist er? Der Sozialdemokratische Pressedienst sagt von ihm, daß er u. a. den „Fundus internationalen Vertrauens“ mitbringt, daß er zu dem Kreis von Männern gehört, die die Locarnopolitik einleiteten. Er sei im Gegensatz zu Schacht kein einseitiger Finanzmann, sondern „seine Beziehungen zur Wirtschaft, nicht nur zu den Konzernverwaltungen, sondern auch zum Komplex der Mittel- und Kleinbetriebe, seien eng“. Die „Kunst der Menschenbehandlung wird bei Luther besser ausgeprägt sein“ als bei Schacht, meint der Pressedienst, und überdies sei er „von Haus aus Kommunalpolitiker“. Das sind allerhand Vorzüge, scheint uns, die wohl die Meinung stützen sollen, daß mit dem Wechsel im Reichsbankpräsidium eine entscheidende Kursänderung in der Reichsbankpolitik eingeleitet wird. Schacht war ja auch einmal ein neuer Mann, und als solcher der Kampfstandart der Linken gegen die Rechte. Und da er in der kurzen Geschichte der deutschen Republik doch nicht der einzige ist, der seine einstigen Gegner und Freunde so arg enttäuscht hat, ist es nützlich, sich diesen Dr. Luther vor seinem Amtsantritt ohne Glorienschein anzusehen. Dr. Luther wurde von dem Reichskanzler der Wirtschaft, dem Sapag-Direktor Cuno, von seinem Oberbürgermeisterposten in Essen als Reichsfinanzminister nach Berlin berufen. Er begann also seine politische Laufbahn in einem ausgeprochenen Rechtskabinett. Unter der Reichskanzlerschaft Stresemanns ist er dann nach dem Rücktritt Hilferdingers in das Reichsfinanzministerium hin-

übergewechselt. Er hat als Reichsfinanzminister nach der Institution die Ermächtigungsgesetze zu Steuererordnungen benützt, mit deren Inhalt er sich zum hemmungslosen Anwalt der Besitzinteressen machte. Obwohl der Reichstag sich damals gegen eine Erhöhung der Umsatzsteuer ausgesprochen hatte, verordnete Luther sie dennoch. Seine gesamte Steuerpolitik galt dem Zweck, alle Lasten der Inflation und der Stabilisierung der Arbeiterschaft aufzubürden. Nicht zuletzt seiner Steuerpolitik verdankt die Konzern- und Finanzbourgeoisie, daß sie sich in verhältnismäßig kurzer Zeit völlig gesund sanierten konnte.

Diese einseitig gegen die Arbeiterschaft gerichtete Politik hat Luther später als Reichskanzler fortgesetzt. Unter seiner Führung wurden zum ersten Male in der demokratischen Republik deutsch-nationale Parteigänger zu Ministern gemacht. Er stolperte schließlich über eine äußerliche Frage, den sogenannten Flaggenerlaß, von dem aber auch sein Nachfolger Marx nichts zurücknahm. Für das verlorengegangene Reichskanzleramt sollte Luther mit dem Posten des Generaldirektors der Reichsbahn betraut werden. Das mißlang und Luther wurde von der Reichsregierung als Ersatz dafür in den Verwaltungsrat hineingeworfen, trotz des Widerspruchs der preussischen Staatsregierung, die die Befehung hätte vornehmen müssen. Luther lebte an diesem hochbezahlten Amt fest und trat auch dann noch nicht von ihm zurück, als die preussische Regierung durch das Urteil des Staatsgerichtshofes in ihrer Auffassung Recht bekommen hatte. Schließlich mußte er sich doch zum Rücktritt bequemen. Damit aber seine „staatsmännlichen Fähigkeiten“ nicht ungenützt und die Erinnerung an sie im deutschen Volk immer lebendig bleiben sollte, stellte sich Dr. Luther an die Spitze einer Gründung, die er den „Bund zur Erneuerung des Reiches“ nannte. Dieser Bund ist wiederholt mit Vorschlägen und Denkschriften an die Weisheitlichkeit getreten, in denen aus der Gegnerschaft gegen die bestehende politische Demokratie und gegen die Rechte und den Einfluß der Arbeiterschaft kein Fehl gemacht wird. Aufbau der Demokratie, Einschränkung des Parlamentarismus, das ist die politische Parole des neuen Reichsbankpräsidenten für sein bisheriges Wirken gewesen.

Klüger und beharrlicher als Schacht arbeitet er an der Befestigung der Vorherrschaft der Großbourgeoisie. Kann es anders sein bei einem Manne, der rund ein Duzend Aufsichtsratsposten in Finanz- und Konzernunternehmen bekleidet? Der sowohl zu Krupp Beziehungen unterhält, als auch zur chemischen Industrie. Der in der Deutschen Credit-Anstalt zu Hause ist und dem Vorstand der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekendarlehen angehört! So kommt Dr. Luther aus jener Schicht der kapitalistischen Klasse, die in der demokratischen Republik zu ungeheurer Macht emporgestiegen ist und jetzt den Staat unter ihre Diktatur zwingen will. Wahrscheinlich wird er in seinen Maßnahmen nicht so sprunghaft und nicht so stur sein wie Schacht. Aber daß er als Reichsbankpräsident eine Stütze der Diktatur der Großbourgeoisie über die deutsche Republik sein wird, das läßt uns sein vergangenes Wirken fürchten und auch die einstimmige Wahl durch den Generalrat.

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10



# Völkerbundsakte und Kelloggspakt

Die juristische Seite der Kriegssächung

„Der Kelloggspakt ist ein Musterbeispiel für dreierlei: erstens für die Methode moderner Diplomatie überhaupt, zweitens dafür, wie aus einem Ochsen Rindfleisch wird und drittens dafür, wie die ‚Weltdemokratie‘ Siege erlöst und feiert.“  
Paul Levi.

K. L. Am 27. August 1928 wurde in Paris unter feierlichem Zeremoniell mit einem von dem radikalen Bürgermeister von Calais gestifteten guldernen Schlüssel der Vertrag, der den Krieg als ein „Mittel der Politik“ ächtete, unterzeichnet. Knapp ein Jahr später ungefähr, am 24. Juli 1929, nachdem diesen Pakt die Regierungen von sechszwanzig Nationen ratifiziert hatten, verkündete der Präsident der USA vom Weißen Haus in Washington aus die „Inkraftsetzung“ des Kriegssächungspaktes, wobei diesmal die fehlende Feierlichkeit durch Glückwunschtelegramme der leitenden Staatsmänner ersetzt wurde. Der alte Herr, der dem Dokument den Namen gab, war inzwischen in die wohlverdiente Pension gegangen. Ein Vierteljahr später, auf der 10. Vollversammlung des Genfer Völkerbundes, wurde auf Antrag der britischen Delegation ein Juristenkomitee eingesetzt, das die Aufgabe haben sollte, die „allgemeine“ Formel des Kelloggspaktes mit der „nuancierten“ Völkerbundsakte „in Einklang“ zu bringen. Denn daß hier etwas nicht in Ordnung war, daß zwischen dem Allgemeinen und dem Nuancierten eine nicht unbeträchtliche Differenz lag, hatte man ja schon bekannt, als die einzelnen Regierungen in sorgfältigen Memoranden die besonderen „Vorbehalte“ zur Kriegssächung, wo jeweils ein Krieg ein nicht zu ächtender sondern eine anständig ehrenwerte Tat sei, anmeldeten. Dies Juristenkomitee hat Ende Februar und Anfang März in Genf getagt. Ohne Feierlichkeit und ohne viel Aufsehens, in aller Stille saßen die elf gelehrten Leute beisammen und knobelten ein Dokument aus, das sie der Öffentlichkeit übergeben. Aber die Öffentlichkeit, beschäftigt mit inneren Sorgen und mißtrauisch gegenüber dem Genfer Geist, der sich zur selben Zeit auf der Antikollisionskonferenz (wie man wohl sagen darf) austobte, nahm nicht viel Notiz von den Paragraphen, die aus dem Ochsen das Rindfleisch machen sollen.

Daß man die endgültige Seite der verführten Kriegssächung offen und ehrlich feststellt. Jeder Vertrag, wie überhaupt jedes Gesetz ist ja zunächst nur existent auf dem Papier. Was es in Wirklichkeit ist, wird durch die Macht, die hinter ihm steht und durch den sozialen Tatbestand, auf den es sich bezieht, entschieden. Das gilt mehr noch als für die Gesetze innerhalb einer Nation für internationale Verträge. Aber es wäre falsch, anzunehmen, daß das Papier so geduldig ist, um alles auszunehmen. Das Gesetz verlangt nicht nur eine Macht, die es verwirklicht, sondern drückt schon durch seine Rechtsform ein bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis aus. Die Berechtigungen, die das Gesetz oder der Vertrag gewährt, entspringen auch ohne Rücksicht auf die politische Macht, wenn sie als Ganzes genommen und der Phrase entkleidet werden, einer konkreten sozialen Situation. Die komplizierte Beziehung zwischen sozialer Basis, juristischem Ueberbau, politischem Ueberbau und Phraseologie gibt gerade für die Gegenwart des „friedlichen“ Kapitalismus einen äußerst interessanten Beleg für die Richtigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung. In der Phraseologie der Westpolitik herrscht nur noch das tausendjährige Reich, Briand ist sein Prophet und ewiger Friede sein Beherrscher. In der Herausbildung der politischen Machtmittel, die ja zum großen Teil mit den wirtschaftlichen zusammenfallen, stehts beträchtlich unzufrieden aus: worüber uns ja, trotz allem phrasenhaften Schwindel, die Londoner Seerüstungskonferenz nicht im Zweifel läßt. In der „Weltwirtschaft“ — siehe die Genfer Jännerkonferenz — sieht es nicht viel besser aus. Und in den völkerrechtlichen Beziehungen?

Selbstverständlich wissen wir Sozialisten, daß innerhalb des Kapitalismus jeder Befreiungsversuch nur ein äußerst geringer Grenzwert ist, und ebenso selbstverständlich wissen wir, daß der edelste Wille, den Frieden auf dem Papier zu sichern, zerschellt, wenn die Wirklichkeit es anders will. Trotzdem sind wir daran interessiert, daß das im Kapitalismus mögliche Maß an Verminderung der Kriegesgefahr ausgenutzt wird, trotzdem wollen wir, daß alle rechtlichen Sicherungen, die dies ermöglichen könnten, hergestellt werden. Nur sind wir mißtrauisch, wenn die Danaer uns Geschenke anbieten.

Die erste englische Arbeiterregierung machte den kühnen Versuch, durch ein großes Vertragswerk das Höchstmögliche an friedlicher Sicherung innerhalb der Westpolitik anzustreben. Dieses mit allen Fehlern und sogar mit vielen Gefahren behaftete Werk, das sogenannten „Genfer Protokoll“, scheiterte dann an dem Widerstand der späteren konservativen Regierung. Seine wesentlichsten Kernpunkte waren: Herstellung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit für alle internationalen Streitigkeiten, sowohl der rechtlichen wie der politischen, Verbot des Angriffskrieges, allumfassender Charakter des Vertragswerks (Ausschließung der Sonderbündnisse), die juristische Umschreibung des Verteidigungsrieges bzw. Sanktionskrieges und die Probleme der Sicherheit und Abrüstung. In diesen letzten Teilen war das Protokoll notwendigerweise Ausdruck für die Unlösbarkeit im Rahmen der imperialistischen Realität, in seinen der Verteidigungskrieg betreffenden Normen sogar äußerst gefährlich.

Das Genfer Protokoll konnte keine Gesetzeskraft erlangen. Der Eingriff in die Interessen der imperialistischen Klassen war zu stark, die Macht der Arbeiterklasse zu gering, um die Zustimmung der Regierungen zum Protokoll durchzusetzen. An die Stelle der rechtlichen Sicherung trat nunmehr die Phrase. Sie erreicht ihren Höhepunkt in dem von Kellogg und Briand produzierten Kriegssächungspakt. Dies Dokument drückte nur einen frommen Wunsch seiner Unterzeichner, keine rechtliche Verpflichtung aus. Selbstverständlich kann es, um es noch einmal zu sagen, ein rechtliches System, das den Krieg ausschließt, im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht geben, und jeder gedächte Krieg bleibt es zunächst nur auf dem Papier. Trotzdem hatten, um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, die wichtigsten Regierungen schon damals ihre nichtzuächtende Berechtigung, wann und wo sie Krieg zu führen hätten, aufgezählt. Erstens, zweitens, drittens usw.

Uebrig blieb also ein Stückchen Phrase, das von sechszwanzig Staaten in die auf Staatskosten gedruckte Gesetzesammlung aufgenommen worden ist. Andererseits bestand als eine rechtliche Einrichtung die Sächung des Genfer Völkerbundes, die ja nicht nur den „Verteidigungskrieg“, sondern eine ganze Reihe anderer Kriege als erlaubt und sogar als pflichtvoll erklärt. Dies Genfer Kriegssystem ist, wie wir noch sehen werden, der normale juristische Ausdruck für alle im modernen Imperialismus wesentlichen Kriege. Die in ihm enthaltenen Vorbeugungsmittel, die

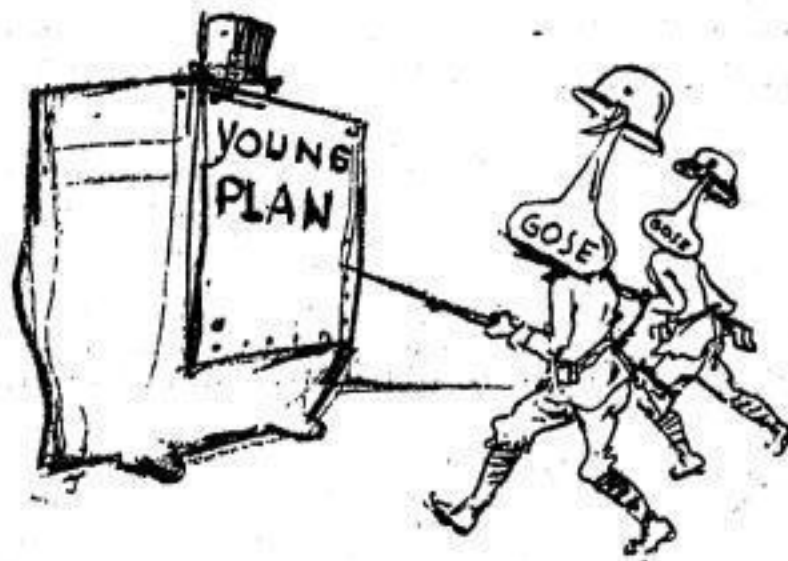
# Finanzprogramm der kleinen Koalition

## Der Youngplan in 2. Lesung angenommen

Von unserem Redaktionsmitglied wird uns aus Berlin berichtet:

Der Reichstag hat den Younggelehen in zweiter Beratung zugestimmt. Am Mittwochmittag beginnt die dritte Lesung. Damit wird der monatelange Kampf um die Neuregelung der Reparationsfrage abgeschlossen. Das Ergebnis steht bereits nach der zweiten Lesung unumstritten fest, denn in der Schlussberatung dürfte etwa mit den gleichen Mehrheitsverhältnissen zu rechnen sein. Dem Artikel I des Hauptgelehes haben 251 Abgeordnete zugestimmt. 174 Abgeordnete gaben Reinkarten ab, so daß die Mehrheit 77 Stimmen betrug. Dazu kommen 28 blaue Enthaltungskarten, die in der Hauptsache von der Bayerischen Volkspartei abgegeben worden sind. Auch die Partei Dr. Leichts ist für die Annahme des Younggelehes. Nur hielt sie an dem unstrittigen Junktim fest und das Ergebnis der letzten Verhandlungen bietet ihr nicht die entsprechende Sicherheit. Auch einige Zentrumsabgeordnete haben an dieser Abstimmung nicht teilgenommen. Sie verließen den Saal, ohne an der Entscheidung teilzunehmen, wohl, weil sie die gleichen Bedenken über den Finanzplan geltend machen wie die benachbarte Bayerische Volkspartei.

Wesentlich geringer war die Mehrheit bei der Abstimmung über den deutsch-polnischen Liquidationsvertrag. Hierbei wuchs die Zahl der Enthaltungskarten auf 30 an und



Der Leipziger Stahlhelm als Don Quichotte

die Reinsager zählten 207 Stimmen. Für das Polenabkommen votierten insgesamt 224 Abgeordnete, so daß bei dieser Entscheidung eine Mehrheit von nur 17 Stimmen vorhanden war. Demzufolge lag der Ausschlag bei der Zentrumsparthei. Hätte diese, wie die Bayerische Volkspartei, in Passivität verharrt, dann wäre der Polenvertrag gefallen und selbst das Hauptabkommen hätte nur eine kleine Mehrheit zu verzeichnen gehabt.

Beide Parteien gaben vor Beginn der entscheidenden Abstimmungen Erklärungen ab. Der Fraktionsvorsitzende des Zentrums war am Vormittag zu Hindenburg beordert worden. In seiner Erklärung hatte das Zentrum gesagt, daß es sich „aus staatspolitischen Gründen“ entschlossen habe, den Vorlagen zuzustimmen. Es drückt die Erwartung aus, daß die anderen Parteien „die Sanierung der Reichsfinanzen nicht hinauschieben“ würden. Im Laufe des Vormittags hatten die Regierungsfraktionen getagt, um zu den Ergebnissen der Sanierungsverhandlungen Stellung zu nehmen. Das Zentrum entschied sich für die Erklärung, die dann Dr. Brüning verlas. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte nach kurzen aber heftigen Kämpfen einer Formulierung zu, die nicht schriftlich fixiert worden ist. Sie behält sich die endgültige Entscheidung bis nach Kenntnisnahme der

Sächung von Streitigkeiten, sind weit entfernt von dem Gedanken einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit. Wenn die englische Arbeiterregierung auf der letzten Vollversammlung des Völkerbundes einen Vorstoß dafür unternahm, daß die Völkerbundsächung dem Gedanken des Kelloggspaktes angeglichen werde, so wußte man damals schon, daß dieser Versuch nicht mehr auf die Wiederherstellung des Genfer Protokolls, sondern nur auf die Schaffung eines ganz schwachen Anknüpfens an das Werk der ersten Regierung Macdonalds gerichtet war. Was dann aber zum Schluß herausgekommen ist, ist vielleicht noch geringer, als was man zu erwarten hatte. In jedem Fall aber hat man, wie wir in einem zweiten Artikel an den Beschlüssen selbst zeigen werden, die Achtung des Krieges juristisch eingespart.

## Die französische Flotte

SPD London, 11. März.

Am Dienstag herrschte auf der Flottenkonferenz der Einbruch vor, daß Frankreich unter dem sehr starken englischen und arbeitslosen amerikanischen Druck eine gewisse Neigung zur Nachgiebigkeit hinsichtlich seiner Tonnageforderungen zu zeigen beginnt. In der britischen Pressekonferenz wurde z. B. betont, daß die englisch-französischen Experten sich „auf gewisse Ziffern als einer brauchbaren Diskussionsgrundlage“ geeinigt hätten. Das offizielle Konferenzkommissariat spricht von einem Fortschritt, der bei den Expertenbesprechungen erzielt worden sei. Es wird angenommen, daß Frankreich auf etwa 200 000 Tonnen vorzuziehen wird. Die praktische Bedeutung dieses Vergleichs dürfte zumindest für die ersten Jahre noch gering sein, da die französische Flotte nach den offiziellen französischen Angaben etwa 150 000 bis 200 000 Tonnen überalterter Schiffe besitzt, deren Außerbetriebstellung die Kampfkraft der französischen Marine nicht wesentlich beeinträchtigen würde, falls die übrigen von Frankreich geforderten 524 000 Tonnen voll und ganz ausgeschöpft werden würden. Die Kompromißbereitschaft scheint sich also praktisch auf das Ausmaß zukünftiger Geschwader zu erstrecken und das gegenwärtige französische Flottenbauprogramm keineswegs zu berühren.

Der frühere preussische Eisenbahnminister v. Breitenbach ist am Montagvormittag kurz vor Vollendung seines 80. Lebensjahres in Bieleburg plötzlich gestorben.

Vorlagen vor. Im Grunde aber — darüber soll kein Zweifel sein — hat sie den Sanierungsvorschlägen der vier Weimarer Parteien zugestimmt.

Damit wurde das vom Zentrum geforderte Junktim hergestellt, obgleich eine „feierliche Verpflichtung“ nicht übernommen worden ist. Der Ruchhandel gilt vorläufig als abgeschlossen. Um seine Einzelheiten dürfte nochmals gefordert werden, in seinen Grundzügen aber steht der Sanierungsplan fest. Er soll bis zum 24. März verabschiedet werden.

Für die Bayerische Volkspartei gab Herr Leicht vor Beginn der Youngabstimmungen eine Erklärung ab. Mit großem Hallo wurde er auf der Tribüne empfangen. Man erwartete eine Formulierung in der gleichen Art, wie sie von Dr. Brüning für das Zentrum abgegeben worden war. Sie enthielt zur Ueberraschung des ganzen Hauses das Gegenteil:

„Da die neue realpolitische Entwicklung der Finanzfragen uns das Was, aber nicht das Wie genügend festgelegt erscheinen lassen, werden wir uns der Stimme enthalten.“

Das „Was“ und das „Wie“. Die gleichen Erwägungen beherrschten die Zentrumsparthei, aber diese konnte sich die Freiheiten nicht mehr gestatten, die für Dr. Leicht noch möglich waren. Das Zentrum hatte zu entscheiden, ob der Youngplan angenommen, ob die Krise, d. h. der unmittelbare Rücktritt der Regierung, herbeigeführt werden sollte. Das „Was“ ergibt sich leider nur allzu klar umrissen aus dem Finanzprogramm der Weimarer Parteien. Das „Wie“ aber, die Frage, wie es durchgeführt werden soll, ist weniger gewiß. Darüber liegt die Entscheidung, wenigstens zum Teil, bei der Deutschen Volkspartei, die auch jetzt noch den Finanzminister stellt und der am Morgen das Finanzprogramm der Regierung vor dem Forum des Reichsrats vortrat. Er gab die ausdrückliche Erklärung ab, daß ihm die nächtlichen Uemachungen der Weimarer Parteien vorläufig nicht amtlich bekannt geworden wären. „Wie“ sollen nun die jetzt beschlossenen Uänderungen in die Vorlagen eingefügt, vor allem aber angenommen werden? Eine „feierliche Verpflichtung“ der Sozialdemokraten ist nicht gelehrt worden und die Volkspartei betätigt sich weiter als geheimnisvolle Sphinx. Wird die Volkspartei dem Sanierungsprogramm der Weimarer Parteien ihre Zustimmung geben? Damit dürfte schwerlich zu rechnen sein. Demzufolge wäre die offene Krise wiederum nur vertagt und die Weimarer Koalition hat auch im Zentrum nicht allzu viel Beförderer. Der Reichspräsident — und sagen wir es offen heraus — die Spitze der Regierung wünscht keine Weimarer Koalition, so daß das „Wie“ noch nicht zu übersehen ist.

Dazu kommt noch ein weiteres. Selbst wenn die Steuerentwässerungspläne auf Vorschub beschlossen würden, ihre Durchführungsmöglichkeit wird durch die finanzpolitische Situation des März 1931 bestimmt. Ein Faktor, der nicht zu berechnen ist. Trotzdem bleibt die nur schlecht verlausulierte Zusage der sozialdemokratischen Fraktion eine außerordentliche Belastung für die Partei. Gewiß, die Erhöhung der Biersteuer wurde in das Ermessen der Länder gestellt. Die Befreiung der Lohnsteuererstattungen wurden aufgegeben. Damit aber ergab sich die Notwendigkeit, neue Einnahmequellen zu erschließen und so kam man auf die Umsatzsteuer zurück. Freilich, die Erhöhung beträgt nur 0,05 Prozent. Aber auch diese fünf Hundertstel haben die Massen fast ausschließlich zu tragen. Dazu kommen die Ausgabeentlastungen von 600 Millionen für 1931. Sie wurden an die Voraussetzungen geknüpft, daß es bis dahin gelingen müsse, eine Anleihe in Höhe von 500 Millionen Markt aufzunehmen. Auch damit werden die Gefahren für den Sozialetat des Reiches nicht herabgemindert. Für die Sozialdemokratie wird die Verantwortung besonders groß, sie belastet sich mit einem Finanzprogramm der Weimarer Parteien, das von der Großen Koalition verabschiedet werden soll.

Der Sozialdemokratie geht es daher nicht nur um das „Wie“, sondern vor allem auch um das „Was“. Denn selbst dieses „Was“ verbürgt keinerlei Gewähr für die Befreiung kommender Krisen. Im Gegenteil, sie werden dadurch nur noch gefördert werden. So erkaufte die Sozialdemokratie die Mehrheit für die Younggelehe, obwohl doch nicht nur diese allein an ihrer Durchführung Interesse hat.

## Ein 45-Millionen-Geschenk

### Umsatzsteuerbefreiung für Umlaststeuererhöhung

Der „Soz. Pressedienst“ berichtet:

Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Vertretern der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei über das Finanzprogramm ist in den Fraktionen am Dienstag zur Diskussion gestellt und gleichzeitig der Reichsregierung mitgeteilt worden. Die wichtigsten Ergebnisse dieser Besprechungen sind:

1. Die Länder erhalten das Recht, Zuschläge zur Biersteuer zu erheben und damit für die Deckung ihrer Fehlbeträge zu sorgen.
2. Für den dadurch entstehenden Ausfall erhält das Reich den vollen Ertrag der Mineralwassersteuer und der Erhöhung der Benzol- und Benzolölsteuer. Daneben wird eine Ausgleichsabgabe für im Inlande erzeugtes Benzol und Benzol in derselben Höhe eingeführt. Von dem dem Reich durch den Fortfall der Biersteuer entstehenden Verlust von 150 Millionen werden auf diese Weise 110 Millionen gedeckt.
3. Für den Restbetrag von 40 Millionen, die dann noch zu decken bleiben, ist eine geringfügige Erhöhung der Umsatzsteuer geplant, die um 0,05 Prozent, d. h. von 0,76 auf 0,80 Prozent, erhöht werden soll.
4. Ferner ist zur Erleichterung des Heranzinsnehmens ausländischer Kapitals und zur Förderung des Absatzes festverzinslicher Wertpapiere die Aufhebung der Kapitalertragsteuer für alle festverzinslichen Wertpapiere ab 1. Oktober 1930 geplant. Der dadurch im Jahre 1930 entfallende Ausfall von 45 Millionen könnte durch den Fortfall der Umsatzsteuerfreiheit für die Einfuhr ausgeglichen werden.
5. Als Ausgleich für die Einführung der Mineralwassersteuer ist die Erhöhung der Salzsteuer geplant. Ferner sollen Qualitätsweine in Flaschen in der Form einer Gemoldegetränksteuer besteuert werden.

Neben diesen Steuerfragen sind in den Verhandlungen auch noch die Streichungen, die im Etat des Reichsarbeitsministeriums in Höhe von 35 Millionen vorgenommen wurden — Herabsetzung der Währungsnotenhilfe 15 Millionen, Herabsetzung der Zollerträge an die Zwahlideneckerischen 20 Millionen — besprochen worden. Ueber diese und einige andere Fragen der Ausgabeerstattung konnten gemeinsame Vorschläge noch nicht gemacht werden.



# Abbau der Selbstverwaltung

## Die Neugestaltung Berlins

A. G. Berlin, Anfang März.

Seit der Klareffizienz ist die Diskussion über die Reorganisation der kommunalen Selbstverwaltung der Reichshauptstadt nicht zum Stillstand gekommen. Vorgehend hat Genosse Löwenstein, der als Stadtschulrat von Neukölln einer der besten Kenner der Berliner Kommunalverwaltung ist, vor einer überstürzten Reform der Berliner Gemeindeverfassung in einem Artikel des „Vorwärts“ gewarnt. Vorgehend haben die Vertreter der sozialdemokratischen Organisation in ihrer den Problemen der Gemeinde Berlin gewidmeten Tagung vom 16. Februar ihre warnende Stimme erhoben. Bereits am 26. März wird der preussische Staatsrat die Beratung des Referentenentwurfes des preussischen Innenministeriums über die Neugestaltung Berlins beginnen, und vor den Osterferien soll der Landtag die Vorlage verabschieden.

Die Korruptionsaffäre Klareffizienz und die Kassenschwermertel der Stadt Berlin haben das Problem der Neugestaltung der Berliner Kommunalverwaltung akut werden lassen. Ganz besondere Bedeutung gewinnt aber das Problem der Reorganisation für die Sozialdemokratische Partei im Zusammenhang mit den jüngsten Konzentrationen der Stadt, deren Tragweite vom Standpunkt sozialdemokratischer Kommunalpolitik noch lange nicht in vollem Umfange gewürdigt worden ist. Zur Rechtfertigung der Verpändung des Aktienbesitzes Berlins an die Deutsche Gasgesellschaft, A. G., als Sicherheit für einen Kredit von 45 Millionen Mark und der Veräußerung des städtischen Mineralölpaketes an Aktien des Elektrizitätswertes Südwest, A. G., an die Gasföhrer, die der Stadt jetzt außer einem früher bereits bezogenen Kredit in Höhe von 22,2 Millionen Mark weitere 34 Millionen Mark einbringt, ist darauf hingewiesen worden, daß beide Unternehmungen keineswegs als städtischer Besitz anzusehen seien und daß die Hinterlegung und Veräußerung der Aktienpakete keine Benachteiligung der Verbraucher bedeute.

Es wäre aber fursichtig, wollte man die Transaktionen nur unter dem Gesichtspunkt des momentanen Verbraucherinteresses betrachten. Die Beteiligung der Stadt an der Gasgesellschaft sollte der Gemeinde die Mittel in die Hand geben, die Gasversorgung Berlins mit der Zeit ausschließlich in ihrer Hand zu konzentrieren und die kommunale Gaswirtschaft vor allen Privatisierungsversuchen der kapitalistischen Interessenten zu sichern. Daß das Großkapital sich durch die Verpändung des Aktienpaketes ermutigt fühlt, bemerkt am deutlichsten die Offerte der Ruhrgas A. G., die für einen Kredit von 30 bis 40 Mill. Mark die Hälfte der städtischen Gasversorgung an sich reißen will! Ähnlich steht es auch mit dem Elektrizitätswert Südwest. Dieses private Unternehmen, dessen Mehrheit bis jetzt schon im Besitz der Gasföhrer war, besitzt die Konzession für die Elektrizitätsversorgung einer Reihe von Bezirken, in denen große Neubausiedlungen teils errichtet worden, teils im Entstehen begriffen sind. Die Privatisierung der Elektrizitätsversorgung dieser Berliner Vororte, in die sich das Schwergewicht des wachsenden Berlins mit der Zeit verlagern dürfte, schlägt eine Bresche in das Netz der öffentlichen Kraftwirtschaft. Nicht umsonst hat die Gasföhrer zur Verpändung der Vorauszahlung der Abgaben bis zum Jahre 1944 und der Übernahme der Aktien zum Kurse von 185 Prozent die Verlängerung der 1950 ablaufenden Konzession der Südwest A. G. bis zum Jahre 1960 gemacht. Doch hier nach einem einseitigen Plan verfahren wird, der in allererster Linie die Kommunalisierung der Versorgungsbetriebe treffen soll, sieht man ohne weiteres ein, wenn man weiß, daß der Kreditgeber in beiden Fällen die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft ist.

Unter diesen Umständen verdient das Problem der weiteren Gestaltung der Berliner Kommunalwirtschaft die größte Beachtung. Es ist insofern unzureichend verstanden mit der Sicherung und dem Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung, als nur auf dem Boden der Selbstverwaltung eine konsequente sozialdemokratische Kommunalisierungspolitik möglich ist. Und da kann man nicht umhin, mit dem größten Bedauern festzustellen, daß der Referentenentwurf des preussischen Innenministeriums die Selbstverwaltung der Kommunalverwaltung sehr erheblich einschränkt zugunsten der Aufsichtsbehörde, des Berlin-Brandenburger Oberpräsidenten (auf dessen Veranlassung übrigens die Veränderung der Südwest-Aktien vorgenommen worden ist). Nach dem Entwurf hat der Oberpräsident nicht nur die Beschlüsse der Gemeinderäte zu beanstanden, wenn er sie für geschwächt hält; darüber hinaus sollen alle Beschlüsse seiner Genehmigung bedürfen, die die Aufnahme von Anleihen, die Übernahme von Bürgschaften, die Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen, die Gestaltung der kommunalen Kreditinstitute und die Organisationsform der städtischen Betriebe betreffen. Das bedeutet, daß gerade in allen Fragen der kommunalen Wirtschaftspolitik, von denen aus die Inangriffnahme von Kommunalisierungsmaßnahmen auf lange Sicht möglich ist, die Selbstverwaltung der Stadt nur noch auf dem Papier bleibt und die eigentliche Entscheidung an die Staatsregierung übergeht.

Nicht minder besorgniserregend erscheinen die Bestimmungen des Entwurfes über die innere Organisation der Berliner Verwaltung. Auch hier dominiert der Grundgedanke der Zurückdrängung der Selbstverwaltung in geradezu erschreckender Form. Die Grundzüge des Entwurfes sind folgende: Der Magistrat wird aufgehoben, die gesamte Verwaltung in den Händen des Oberbürgermeisters und zweier ihm beigeordneter Bürgermeister konzentriert; die alleinige Verantwortung gegenüber dem Stadtparlament trägt der Oberbürgermeister, der mit Stimmrecht im Stadtparlament den Vorsitz führt und bei Stimmgleichheit den Ausschlag gibt. Das Stadtparlament tritt nicht regelmäßig zusammen, sondern wird nur nach den „Erfordernissen der Geschäftslage“ vom Oberbürgermeister einberufen. In der Zwischzeit tritt ein Stadtgemeindeausschuß zusammen, den das Stadtparlament wählt und der nichtöffentlich beschließt. Darüber hinaus hat er den Beschlüssen der Gemeinderäte die Ausführung zu versagen, insofern sie nach seiner Meinung „mit dem Stadtinteresse in Widerspruch stehen“.

Dieses System bedeutet nichts anderes als die Proklamierung der Unmacht des Oberbürgermeisters, dem sogar die „Verwaltungsausschüsse“ umgewandelten Ausschüsse des Stadtparlamentes unterstellt werden. Die Anteilnahme der Bevölkerung und ihrer gewählten Vertretung an der Verwaltung der städtischen Angelegenheiten, das was man oben Selbstverwaltung nennt, wird abgebaut; an ihre Stelle tritt lediglich ein Kontroll- und Budgetbewilligungsrecht der parlamentarischen Instanz, der Stadtvertretung. Daß diese „Trennung der Gewalten“ nur zur Verkürzung der Verantwortlichkeit des bürokratischen Apparats führen kann, liegt — zumal bei dem riesigen Umfang der Verwaltungsaufgaben der Stadt Berlin mit ihren 4 1/2 Millionen Einwohnern — auf der Hand. Gemäß tritt die Sozialdemokratie für das Einkammersystem in der Gemeindeverwaltung ein, aber sie tritt nicht ein für das Bürgerrechtssystem. Sie kämpft dafür, daß der Magistrat lediglich beschließendes Organ der Gemeindevertretung sein solle und keine beschließende, dem Gemeindeparlament übergeordnete Instanz. Aber sie muß ein System ablehnen, bei dem der Magistrat mit allen ehrenamtlichen Stadträten abgeschafft wird, damit ein selbstherrlicher Oberbürgermeister mit einer schier grenzenlosen Machtvollkommenheit an seine Stelle tritt. Das hat mit Einkammersystem nichts zu tun, das ist Bürokratie.

System nichts zu tun, das ist Bürokratie. Ein weiteres Stück Bürokratisierung strebt der Referentenentwurf mit der Regelung der Verwaltung der einzelnen Stadtbezirke an. Darüber, daß die Zahl der Verwaltungsbezirke verkleinert werden soll, läßt sich trefflich reden, obgleich natürlich ein inniger Kontakt der Bevölkerung mit ihren Selbstverwaltungsorganen bei einer Einwohnerzahl von über einer halben Million je Bezirk schwerlich herzustellen ist. Was aber gefährlich erscheinen muß, ist das Bestreben des Entwurfes, die Bezirke in rein bürokratische Körperschaften zu verwandeln, die unmittelbar dem Oberbürgermeister unterstehen und in denen die gewählten Vertretungen der Bevölkerung wiederum nur Kontroll- und Budgetbewilligungsrechte erhalten.

Wenn die Klareffizienz eine Lehre hinterlassen hat, so ist es die, daß die öffentliche Kontrolle und wirkliche Selbstverwaltung in der Riesengemeinde Berlin noch lange nicht gründlich und umfassend genug ausgebaut ist. Daß dem abgeholfen wird, wenn die Bezirksvertretungen der Gemeinde zu nicht-öffentlichen Körperschaften umgewandelt werden, mag füglich bezweifelt werden. Auch das Problem der Zentralisierung der Gemeindeverwaltung ist nicht so einfach zu lösen, wie es der Entwurf tut. Mit guten Gründen hat sich Genosse Leib dafür eingesetzt, daß nur Einrichtungen, die ihrer Natur nach eine zentrale Verwaltung erfordern, wie die städtischen Betriebe, die Postwirtschaft und Geschäfte, die zu den Aufgaben einer Provinzverwaltung gehören, zentralisiert werden sollen. Und es muß mit Nachdruck betont werden: Selbstverwaltung bedeutet nicht Zentralisierung der Gemeindeverwaltung in den Händen einer bürokratischen Oberleitung, sondern demokratische Verwaltung der Gemeinde durch die Bevölkerung selbst!

So muß auch die Reorganisation der Berliner Großgemeinde unter dem Gesichtspunkt weitestgehender Selbstverwaltung in Angriff genommen werden, wenn anders nicht das Lebensinteresse der Sozialdemokratie verletzt werden soll. Die Bürokratisierung der gemeindlichen Selbstverwaltung ist schon seit jeher eine der wunden Stellen der Politik der Weimarer Konstitution in Preußen gewesen, und die Gesamtbevölkerung hat ein Interesse daran, daß die Aufhebungsmöglichkeiten der kommunalen Wirtschaft in der Reichshauptstadt Berlin nicht irgendwelchen Erfordernissen der Konstitutionspolitik geopfert werden.

## Auflösung des Reichsentwärtigungsamtes

SPD Berlin, 11. März.

Reichsfinanzminister Molkenhauer hat im Reichstag ein Gesetz vorgelegt, demzufolge das Reichsentwärtigungsamt für Kriegsschäden am 31. März 1930 aufgelöst werden soll. Mit der Auflösung gehen die Aufgaben dieser Behörde auf die Reichsverwaltung für Reichsaufgaben über.

Während seines Bestehens hat das Reichsentwärtigungsamt in vier verschiedenen Hauptverfahren (Bor-, End-, Nach- und Schlussentschädigungsverfahren) fast 400 000 Liquidations- und Gewaltschäden mit einem Gesamtlebenswerte von etwa 11 Milliarden Mark durch Vergleich oder im ordentlichen Entscheidungsverfahren abgegolten und hierbei annähernd 2,5 Milliarden Reichsmark an Entschädigungen festgesetzt. Der Häufungs von 37 Millionen Reichsmark ist von über 100 000 Geschädigten in Anspruch genommen worden.

## Gegen Freids Zerstörungsbau

SPD Berlin, 12. März.

Der Reichsverband der Deutschen Volkshochschulen veranstaltete am Dienstag in Berlin eine Kundgebung gegen die Bestrebungen der thüringischen Regierung auf Abbau der unter seinem Schutz stehenden Lehrinstitute. Der geschäftsführende Vorsitzende des Verbandes, Dr. Mann, Berlin, führte u. a. aus:

„Als die augenblickliche Regierung des thüringischen Freistaates für das Jahr 1930 der Volkshochschule Thüringen die finanzielle Beihilfe verweigerte und die verbleibenden Vorkursmänner der thüringischen Volkshochschulbewegung, Dr. Buchwald und Direktor Weitsch, den Leiter des Volkshochschulheimes Dreißtgader auf Wartogelb setzte, wirkte das wie ein Alarm. Die Maßnahme wird mit der Finanznot des Staates begründet. Dies ist aber nur ein Vorwand. Es handelt sich um eine rein politische Entscheidung. Die Erziehungsbildung im Freistaat Thüringen hat sich im Zusammenhang mit dem Aufbruch der gesamten deutschen Volkshochschulbewegung seit dem Jahre 1919 ausgezehrt entwickelt. Zahlreiche Abend-Volkshochschulen sind in den thüringischen Städten und in vielen kleinen Orten entstanden. Vor allem gelang es auch, eine umfassende ländliche Volkshochschulbewegung aufzubauen.“

Mit dem Regierungswechsel in Thüringen trat eine unerwartete und scharf in seiner Weise berechtigte Wandlung ein. Der neue Minister Freid hat in dem Haushaltsplan für 1930 die Beihilfen für die Volkshochschulen Thüringens kurzzerhend völlig gestrichen. Außerdem ist der größte Teil der Mittel für das Volkshochschulheim in Tinz gestrichen worden, während die ihrer weltanschaulichen Richtung nach der jetzigen Regierung nahestehende, mehr oder weniger völkisch eingestellten Volkshochschule Neu-Dietendorf und Borka den vollen Betrag von zusammen 285 000 Mark erhalten sollen, die ihnen bereits im vorigen Jahre aus der Staatskasse zufließen. Hier tritt der rein politische Zweck der Entschädigung klar zutage.

Die Haltung der thüringischen Regierung ist mit dem Artikel 148 der Reichsverfassung unvereinbar. Dort ist ausdrücklich der Schutz der Volkshochschule vorgesehen. Es wäre eine Schmach, wenn der von dem nationalsozialistischen Innenminister beabsichtigte Kulturabbau mit dem Namen Weimar im In- und Auslande verbunden würde.

## Diätenkürzung für heftische Abgeordnete

Im Hessischen Landtag wurde einstimmig eine Herabsetzung der Diäten beschlossen. Dadurch wird die Unzumutbarkeit der Diäten der Darmstädter Abgeordneten um ein Sechstel, der in der Umgebung Wohnenden um ein Viertel, der entfernteren Wohnenden um ein Sechstel gekürzt und die für die Sitzungen gezahlten Tagesgelder um ein Sechstel gemindert. Die Ersparnis beträgt etwa 20 000 Mark.

## Parteitag der Volksrechtspartei

Am 16. März hält die Volksrechtspartei ihren Reichsparteitag in Leipzig ab. Auf der Tagesordnung stehen Referate des Grafen Wladowski-Wachner über: „Soziale Notlage und innere Politik“, des Reichsparteivorstehenden, Professor Bauer, über: „Volksrechtspartei und Außenpolitik“, sowie des Amtsgerichtsrats Dr. Wallner über: „Die Not von Volk und Wirtschaft, ein Berral an deutschen Volk“. Die Volksrechtspartei als Partei der Mitte, eine staatspolitische Notwendigkeit!

## Aufstimmung der preussischen Regierung

Berlin, 11. März.

Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet: Das preussische Staatsministerium beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung eingehend mit dem Entwurf des vom Minister des Innern vorgelegten Selbstverwaltungsgeetzes für die Hauptstadt Berlin. Die Aussprache ergab als einmütige Ansicht des Staatsministeriums, daß der Grundgedanke des neuen Gesetzes, an die Stelle der alten Magistratsverfassung, mit der unter den heutigen Verhältnissen praktische Verwaltungsarbeit in Berlin nicht mehr zu leisten sei, die Bürgermeisterversammlung zu setzen, im Interesse der Stadt Berlin und der volkswirtschaftlichen Bewältigung ihres großen Aufgabentranges liegt und daß ihm darum unbedingt zuzustimmen sei. Auch die Besprechung der Einzelheiten des Entwurfes ergab keinerlei Meinungsverschiedenheiten von größerer Bedeutung. Einige Ergänzungsvorschläge, die an sich noch für den Ausbau des Gesetzesvorschlages von Wert erscheinen, sollen noch in das Gesetz hineingearbeitet werden.

## Wieder eine Schießerei in Berlin

SPD Berlin, 12. März.

In Berlin kam es in der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr wiederum zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Der Vorfall, in dessen Verlauf ein kommunistischer Arbeiter durch zwei Schüsse verletzt wurde, spielte sich in der Steinmetzstraße ab. Die streitenden Parteien konnten erst durch die Polizei getrennt werden. Sechs Anhänger der Nationalsozialisten und vier Kommunisten wurden festgenommen.

Am Dienstagabend wurde in der Wäckerstraße 64 ein ausschließlich von Nationalsozialisten und Stahlhelmleuten besetztes Lokal von der Polizei umstellt. Die Insassen wurden zur Feststellung ihrer Personalien festgenommen. Ueber die Ursache ihrer Aktion hat die Polizei bisher nichts verlauten lassen.

Neuer nationalistischer Kummel. Die „Aktion der Jugend“, eine Propagandastelle der Nationalsozialisten, bereitet für den Sonntag nach Annahme der Youngenese durch den Reichstag eine Kundgebung unter der schwarzen Fahne im ganzen Reich vor. Wie wir hören, will ihr der Minister Herr Fricke in Thüringen besondere Unterstützung durch die Schulen angedeihen lassen.

## Verhärfung der Situation in Oesterreich

SPD Wien, 12. März.

Die christlich-sozialen Fraktionen des Nationalrats beschloß am Dienstagabend in Anwesenheit des Bundeskanzlers, das Antiterroregesetz entgegen den Forderungen sämtlicher Gewerkschaften noch in der Winteression des Parlaments zu verabschieden. Das bedeutet eine Kampfanlage an die Gewerkschaften.

SPD Wien, 11. März.

Eine Reichskonferenz der freien Gewerkschaften nahm am Dienstag eine Entschloßung gegen das Antiterroregesetz an. Die Arbeiter und Angestellten werden aufgefordert, dem Ausnahme-gesetz schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

## Der antireligiöse Druck

Der englische Außenminister erklärte am Montag im Unterhaus, ein Studium der russischen Religionsgesetze habe in ihm keinen Zweifel darüber gelassen, daß der antireligiöse Druck von oben, der die Sowjetpolitik seit vielen Jahren kennzeichnet, weiter andauere. Er glaube jedoch nicht, daß irgendwelche Maßnahmen der britischen Regierung die Sowjetregierung von diesem Druck abhalten würden.

## Die Bauernflucht aus Rußland

SPD Die Warschauer Presse meldet aus Romno, daß auch im Grenzabschnitt Ostrog in letzter Zeit wiederholt Kämpfe zwischen Sowjetkämpfern und russischen Bauern stattgefunden haben, die im Begriff standen, die Grenze nach Polen in Scharen zu überschreiten. Die russischen Soldaten sollen die Bauernmassen bereits mit Karabinern und Maschinengewehrfeuern empfangen haben. Zahlreiche Personen seien getötet und verletzt worden.

## Wieder kommunistischer „Hochverrat“

Die Internationale Pressekorrespondenz, Berlin, ist ein kommunistisches Büro, das seine Ereignisse wöchentlich zweimal an seine Abonnenten versendet. Mitte 1929 erschienen in verschiedenen Nummern der Korrespondenz einige Artikel, die nach Ansicht der Reichsanwaltschaft strafbaren Inhalts waren, und zwar wurde darin eine Vorbereitung zum Hochverrat erblickt. Der verantwortliche Schriftleiter dieser Korrespondenz wurde unter Anklage gestellt und die Sache liegt am Freitag vor dem ersten Strafsenat des Reichsgerichtes.

Der 44 Jahre alte Angeklagte Max Krause war von Beruf Schlosser und wurde nach einer Mahregelung Expedient und später verantwortlicher Schriftleiter der Internationalen Pressekorrespondenz. Der Senatspräsident Lorenz konnte sich bei der Vernehmung des Angeklagten nicht verneinen zu fragen, ob Krause dort nur „Schriftredakteur“ sei, was aber der Angeklagte bestritt. In den von dem Angeklagten verantwortlichen gezeichneten Nummern der Korrespondenz sind eine Reihe Artikel veröffentlicht, bei denen es sich um hochverräterische Propaganda nach einer doppelten Richtung hin handeln soll. Einmal um die von der kommunistischen Internationale und der SPD ausgehenden allgemeinen Parole von der Vorbereitung des „Bürgerkrieges gegen den imperialistischen Krieg“, und dann um die Auswertung der Berliner Malunruhen 1929 für die Vorbereitung der kommunistischen Revolution.

Der Angeklagte gab die Erklärung ab, daß diese Artikel in der Internationalen Pressekorrespondenz nur zu wissenschaftlich und historischem Zweck veröffentlicht worden seien. Dieses Vorbringen glaubte ihm jedoch der 4. Strafsenat nicht, sondern verurteilte Krause wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehens gegen das Republikanengesetz zu einem Jahr Festungshaft und 100 Mark Geldstrafe.

In der Begründung erklärte Senatspräsident Lorenz: Wenn auch die „Anprelo“ von den Schriftleitern kommunistischer Zeitungen nur zur Information benutzt wird, so trägt sie doch nicht nur rein wissenschaftlichen Charakter und könne durch ihren Inhalt doch eigentlich für den Hochverrat vorbereiten.

Verantwortlich für den rechtsradikalen Teil Hermann Heberle in Weimar. Verantwortlich für den linksradikalen Teil Hans Ehrlich in Leipzig. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft „Vorwärts“ in Weimar.

Wollen Sie schlank werden? Dann nehmen Sie Lauensteinvegetabil Reduktionstabletten u. Tee. Allein echt: König-Salomo-Apotheke, Grimaldeische Str. 17

Diese Nummer enthält 12 Seiten.







# Die Schreckensnacht von Moissac

SPD Moissac (Südfrankreich), Mitte März 1930.

Unser nach dem französischen Ueberschwemmungsgebiet entwandter Sonderberichterstatter schildert hier die Nacht, in der sich plötzlich die Wassermassen der Garonne und des Tarn und ihrer Nebenflüsse in die Dörfer und Städte ergossen. In Moissac wurden bis jetzt 152 Tote geborgen.

Seit Tagen hat es geregnet; es giecht; der Schnee auf den Höfen ist geschmolzen, die Bäche schwellen, der Kanal rauscht, der Tarn rauscht, es jagt die Garonne, es fließt und giecht. Es wird Nacht, es wird Nacht. Frühzeitig ist die Stadt schlafen gegangen und alles Leben auf den Straßen und in den Lokalen erloschen. Keine Katze wagt sich bei diesem Regen hinaus. Elf Uhr, Mitternacht!

Zwei junge Burtschen kommen hastig von der Eisenbahn, biegen in eine Seitenstraße und

sehen plötzlich Wasser vor sich.

Lappen hinein — es reicht bis an die Knöchel — hüpfen erschrocken zurück, machen einen Umweg, stehen wieder vor Wasser, diesmal noch mehr, suchen wieder die vorhergehende Straßengasse; das Wasser ist gestiegen, es schwillt zusehends, von Minute zu Minute, das ist schon ein Bach, der sich hereinwäscht, aus der unteren Stadt brüllen bereits Rufe, es regnet, es giecht und das Wasser strömt durch die Straßen, es schwillt und schwillt. Kein Zweifel:

Der Kanal hat nachgegeben, das Wasser ist durchgebrochen.

„Heraus aus den Häusern!“ Hier und da öffnet sich ein Fensterladen, Köpfe sehen heraus, schimpfen über die Ruhestörung und die Läden schließen sich wieder; die Burtschen schreien wilder, lauter, Nachwächter und Eisenbahnbeamte kommen hinzu, schlagen mit Stöcken an die Läden und Tore, Vieh brüllt an allen Enden, — es regnet, es giecht und die Wasser strömen. Licht wird in den unteren Stockwerken der Häuser, lauter schreit das Vieh in seiner Angst, Kinder plärren, in den Hemden stehen die Bewohner an den Fenstern; junge Burtschen mit aufgepanntem Regenschirm

kommen in Bütteln die Straße heruntergerudert,

ein Heidenpaß! Sie rudern weiter, jetzt wird ihnen Angst, sie halten sich fest an einem Haussturz, lassen sich öffnen und sind froh, in einer Stube zu sein. Immer mehr Wasser, es gurgelt, die Glocken des St. Peter läuten Sturm:

„Wohin? Die haben da oben gut läuten! Wir können ja nicht mehr auf die Straße, das Wasser reicht knöchelhoch; es rauft an allen Ecken und Enden, in die Katakomben werden die hellen Trompeten, das Wasser schwillt und steigt, Rachen rudern und laden zur Mitternacht ein. Ah was, wozu, in die Stube wird es nicht kommen. Sollen wir die Kinder diesem Regen aussetzen? Das ist ein Späß für die jungen Burtschen und Mädchen, aber nicht für uns! Es giecht und strömt und schwillt und gurgelt. Ein Uhr nachts!

Das Wasser läuft bereits in die Hausstüben.

„Vater unser“... leeren alte Frauen... und behüte uns vor allem Uebel!... es geht wie ein Schlag durch alle Körper: die Glühbirnen erlöschen, dunkle, schwarze Nacht in den Häusern und auf den Straßen. Totenstille, nur die Wasser gurgeln! Ein Angstschrei folgt aus tausend Rachen, das Vieh reißt an den Ketten, es brüllt und schlägt wider die Wände, Kinder weinen, Mütter schreien, die Glocken läuten und das Wasser steigt. Es bringt durch die Ritzen der Haustüren, es kommt vom Hof durch die Stubentüren, es steht in den Hausgängen, es quillt und rieselt und fließt in die Zimmer. Der Ochse im Stall hat sich freigeschüttelt, hat die Stalltür eingedrückt und stößt mit den Hörnern wider das Gitter. Die Hähne schreien in Todesangst, die Hühner klattern und die Menschen heulen. Stößen sich im Dunkel blutig, haßhen in Schubdüden, Kammern und Schränken herum, reißen die Stuhllehnen aus den Wägen und bringen sie in den ersten Stock. Bringen Habseligkeiten hinaus, Federbetten, den Sonntagstaat, Schüsseln und das Wasser steigt.

Bis zum Hals stehen schon Rufe und Pferde im Wasser, die Kaninchen sind erstickt und tot, dann und wann springt noch einmal eine Flegel hoch und verflucht wieder, ein toter Hund wird durchs offene Fenster in die Stube gespült. Aus dem ersten Stock steigen noch einmal die Männer die Treppe hinab, waten bis zur Brust durch den See, um die vergessenen Taschenuhr zu holen; zu spät, das Wasser wächst schneller, zurück nach oben. Der Schmerzschrei einer Mutter kommt aus der Nachbarschaft und überdönt alles Heulen und Brüllen und Toben:

Ihre Kind ist ins Wasser gefallen.

In der Dunkelheit war es nicht sofort zu sehen; es ist unter die Treppe getrieben, es war nicht zu finden und jetzt, da es wieder angeschwommen kommt, ist es tot!

„Heilige Maria“... Tausende von Rachen schreien und brüllen. Das Vieh ist bereits stumm geworden. Tote Rufe kreischen auf der Straße. Und immer noch giecht es und immer höher schwillt die Flut. Draußen schwimmt das Hausgerät.

Das Gesperrt, noch dunkler wird die Nacht.

Dünst ist jeder Telephonverdraht unterbrochen, und wild schreit es von der Eisenbahnstraße her, wo auf dem Damm ein Personenzug im Wasser steden geblieben ist. Soldaten kommen mit Rachen, stellen Leitern an, helfen einsteigen, rudern aus Leibsträften, daß die Röhre nicht an den Hauswänden zerbrechen, laden die Geborgenen aus rudern wieder zurück, unaufhörlich, hin und her, her und hin. Und das Wasser steigt. Am Rande der Stadt reicht es bereits bis zu den Dächern.

Dort sitzen die Menschen auf den Dächern,

dort ist Hilfe am notwendigsten, dort erwartet sie die Familie Bisset, fünfzehn Menschen, die fröhlich und angstschlotternd auf dem Dach im Regen lauern. Die Flegel bröckeln, ein Mann kassiert ins Wasser: der Schwiegersohn. Die Familie steht ihn schwimmen und kämpfen, ein Ruch, ein Drittel des Daches bricht ab, die Tochter und zwei Enkel sind ins Wasser gefallen, eine zweite Tochter klammert an einer Latte, trach, das Holz hat nachgegeben, Pfäffchen, Rufen, Schreien, Heulen, Pfäffchen, Schwiegersohn, zwei Töchter und zwei Enkel verfluten und ertrinken,

„vor unseren Augen, und wir dürfen uns nicht rühren!“

Ein Kanonenschuß! Kommt Hilfe? Ach nein! In der Stadt ist das erste Haus eingestürzt. Für eine Minute ist wieder Totenstille. Unter den Trümmern rührt sich keine Seele. Dann schreit und weint und heult und bittet und fleht und bettelt es wieder aus allen Fenstern und von allen Dächern. Dorthin sind sie bereits geflüchtet, denn

immer noch steigt das Wasser.

kommt höher und höher, drückt die Decken zu den oberen Stockwerken ein; die Wände reißen, die Balken knistern, die Dächer bröckeln, — immer mehr Wasser! Wieder ein Donner, wieder verflut ein Haus in den Fluten. Ein größerer Schrecken ist gekommen, die Mauern wanken,

die Häuser bersten, klitzen zusammen und werden zum Grab.

Schneller und schneller rudern die Retter. Da sind zwei junge Burtschen, — einhundertundsechzehn Menschen haben sie schon aus den Häusern geholt und in Sicherheit gebracht; wieder fahren sie ab, rudern durch die Gassen, — ein Haus stürzt ein, und dem ältesten der beiden schlägt ein Balken die Wirbelsäule entzwei. Die Ueberlebende bringt den toten Kameraden zurück.

Zwei andere Burtschen haben schwimmend zwei Mädchen geborgen, das Wasser schwemmt die Retter ab, hinaus aufs Feld; die Mutigen halten sich an einem Baum fest, klettern in die Krone und

sitzen dort, dreißig Stunden, bis das Wasser abgezogen ist.

denn niemand in der Stadt wußte ihren Aufenthalt. Da drinnen haben sie andere Sorgen und Qualen. Sitzen auf den Dächern, auf steingebildeten Mauern, stundenlang, einen Tag, eine Nacht, bis tief in den neuen Tag, bis sie geholt werden können. Da ist wieder ein Haus eingestürzt, Vater, Mutter und zwei Töchter treiben auf den Fluten. Alle vier retten sich auf eine andere Mauer; die Mutter hat ein Kind im Arm, die Mauer bröckelt ab, Mutter und Kind fallen ins Wasser, treiben ab, ertrinken und die Ueberlebenden sitzen, sehen den Todeskampf, schreien und toben und können nicht helfen. Dort ist eben eine andere Frau ins Wasser gefallen. Sie hat ihr Kind im Arm, rettet sich auf eine Mauer, die wieder zusammenbricht, rudert weiter und kann die dritte Mauer nicht erreichen, sie verflut und

die spätere gefundene Tote hat ihr Kind so fest in den Arm gepreßt, daß es ihr die Totenwächter nicht abnehmen können und die Mutter mit dem Kinde im Arm in den Satz legen müssen.

Sechsdreißig Stunden hat die Nacht von Moissac gedauert, die gleich der Nacht war von Agen, von Montauban und von den Tausenden aller Dörfer, Städte und Gehöfte zwischen Beziere und Bourdeaux. Sechsdreißig Stunden dauerte diese Nacht, in der sie mit dem Wasser und dem Tode schreiend und zitternd gerungen haben. Jetzt, da die Wasser fort sind und die Nacht vorüber ist, sind sie stumm und starr geworden. Keine Träne in den Augen, — nur der Widerschein des Schreckens und des Grauens. So treten sie herum, zwischen ihren Toten, zwischen den Trümmern ihrer Häuser, die zum Grab ihrer Väter und Mütter, ihrer Gatten und Kinder geworden sind.

Stehen da vor und lauschen, ob nicht doch noch ein Lebenszeichen der Verschütteten hervordringt;

ob es wahr ist, ob es beschimmelt ist, was sie ererbt, erungen haben in Jahrzehnten, mit Fleiß und Schweiß, mit Mühe und Not. Sie sind immer noch nicht erwacht von dieser Nacht, und dort, wo es hell wird in den Gedanken und die Wahrheit dämmert, bei jenen verlassenem Mittern und bei jenen von Frau und Kindern allein zurückgelassenen Vätern, — dort kommt plötzlich noch einmal ein Schrei, ein Lachen, Salt und Schart: der Irren, der in das ewige Vergessen treibt.

## „Mysteriöse“ Funde

Am Montag wurde aus Großhild ein mysteriöser Fund gemeldet. Ein menschlicher Fuß, der direkt am Fußgelenk abgetrennt war, lag am Schminnigen-Brüdenkopf. Die weiteren Einzelheiten, die gemeldet wurden, ließen eine schreckliche Begebenheit vermuten. Phantasiebegabte Menschen sahen schon schlimme Dinge voraus. Der „mysteriöse“ Fund konnte schnell aufgeklärt werden. Der angebliche Menschenfuß gehörte einem Tier. Die Reporter, die bereits auf die Spur gekehrt waren, um zu recherchieren, konnten wieder zu nützlicheren Dingen zurückkehren. Bei dieser Gelegenheit sei ein anderer „mysteriöser“ Fund in die Erinnerung gerufen, der von einem weniger harmlosen Verlauf war.

Im heißen Sommer 1911 ging durch die Industriestadt Solingen das Gerücht von einem furchtbaren Verbrechen. In der Nähe des Zoologischen Gartens war eine Kindesleiche gefunden worden. Was den Fall besonders schaurig machte, war, daß dieser Kindesleiche die Haut abgezogen war! Die Zeitungen überschlugen sich vor edler Empörung über den schändlichen Verbrecher und wünschten alles Unheil des Himmels auf sein verruchtes Haupt. Der Kreisarzt untersuchte den Fund und stellte nachgehends mit Erster Kreise fest, daß es die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts sei. Der Kreisarzt stellte weiter fest, daß das Kind mindestens 8 Stunden nach der Geburt getötet habe.

Das Kind wurde unter größter Anteilnahme der Bevölkerung beerdigt. Die Frage der Konfession, die zuerst einige Schwierigkeiten machte, wurde dadurch behoben, daß die katholische Kirche sich bereit erklärte, das arme Opfer einer Bestie in ihren allseitig-machenden Schoß aufzunehmen. Das Grab auf dem katholischen Friedhof wurde zu einer Wallfahrtsstätte gegen menschliche Schlichtheit. Die Sensation dauerte langsam ab.

Da wurden eines Tages die Gemüter der Solinger Bürger furchtbar durcheinander geschüttelt. Der Direktor des Zoologischen Gartens hatte sich bei der Polizei gemeldet und erklärt, daß der gesunde und feierlichst begrabene Knabe ein Affe gewesen sei. Der Affe sei in seinem Unternehmense geblieben und er habe ihm die Haut abgezogen und den Rest über die Mauer geworfen. Die „mysteriöse“ Angelegenheit hatte ihre Aufklärung gefunden.

Die meisten Solinger Bürger atmeten erleichtert auf. Ihr fast verlorengegangener Glaube an die Menschheit fehlte zurück. Weniger erbaute waren der Kreisarzt und die katholische Kirche. Der arme, gekänderte Knabe wurde jetzt ausgegraben und in eine Düngrube geworfen, damit er die Heiligkeit des Friedhofes nicht weiter profanierte. Der bis auf die Knochen blamierte Kreisarzt krenzte eine Klage gegen den Zoologischen Direktor an. Der Verklagte wurde auch tatsächlich von einem deutschen Gericht verurteilt, weil er die Wissenschaft und die gläubige Menschheit an der Nase herumgeführt habe.

## Englands Geburten-Überschuß um 50% gesunken!

Die Zahl der im Jahre 1929 in England und Wales geschlossenen Ehen war, wie die Zivildienststellen zeigen, die höchste seit 1921, aber die Zunahme der Bevölkerung, die sich in dem Ueberschuß der Geburten gegenüber den Todesfällen ausdrückt, war nur halb so groß wie der Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Die Zahl der Geburten betrug 644 218, die der Todesfälle 532 625, so daß die natürliche Zunahme der Bevölkerung 111 593 betrug. Während der letzten fünf Jahre hatte sie im Durchschnitt 220 928 betragen.

# Reichstag gegen Reichsrat

## Hauszinssteuer-Hypotheken und Wohnungsbau

SPD Präsident Lösser eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung vom Eintritt des Abg. Barischat (Dem.) in den Reichstag an Stelle des ausgeschiedenen Abg. Hellpach. — Ohne Debatte wird in dritter Beratung der deutsch-litauische Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag angenommen.

In allen drei Lesungen wird dann der Gesetzentwurf zur Verlängerung der Amtsdauer der Besitzer der Arbeitsgerichtsbehörden angenommen.

Der Wohnungsausschuß beantragt, die Novelle zum Gesetz über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken entgegen dem Einspruch des Reichsrats in der vom Reichstag beschlossenen Fassung nunmehr mit qualifizierter Mehrheit nochmals anzunehmen. Es handelt sich dabei um den Rückfluß aus den Hauszinssteuer-Hypotheken und um die Verwendung dieser Mittel ausschließlich für den Wohnungsbau. — Ein Antrag der Wirtschaftspartei, die Angelegenheit dem Haushaltsausschuß zu überweisen, wird abgelehnt.

Abg. Dypinski (Soz.) erklärt als Berichterstatter, die Rückflüsse aus den Hauszinssteuer-Hypotheken würden jährlich 120 bis 150 Millionen ergeben, also einen recht erheblichen Betrag, mit dem der Wohnungsbau wesentlich gefördert werden könnte. Der Reichstag habe in der jetzt unstrittigen Novelle die Verwendung dieser Mittel deshalb ausdrücklich festgelegt, weil Preußen aus diesen Mitteln 12½ Millionen für allgemeine Verwaltungszwecke in den Etat eingestellt habe und viele Gemeinden diesem Beispiel gefolgt seien. Der Einspruch des Reichsrats gegen den Reichstagsbeschluß sei unberechtigt, weil nach den von den Ländern angenommenen Richtlinien des Arbeitsministeriums die Verwendung der Rückflüsse im Sinne des Reichstagsbeschlusses erfolgen müsse.

Abg. Trohmann (Bayr. Vp.) äußert in Uebereinstimmung mit dem Reichsratsanspruch Bedenken gegen die Aufrechterhaltung des Reichstagsbeschlusses über die Rückflüsse. Es sei zu befürchten, daß mit dieser Einschränkung der Befugnisse der Länder und Gemeinden der Wohnungsbau nicht gefördert, sondern gehemmt werde. — Abg. Schumann-Leipzig (Komm.) weist auf die Ausführungen des preussischen Vertreters im Ausschuß hin. Danach wolle der preussische Finanzminister nicht nur die Rückflüsse, sondern schon die Hauszinssteuererträge für allgemeine Verwaltungszwecke in größerem Umfang angreifen. Der Reichsratsanspruch müsse zurückgewiesen werden. — Abg. Tremmel (Zentr.) bezeichnet den Einspruch des Reichsrats als einen Versuch, die für den Wohnungsbau bestimmten Mittel anderen Zwecken zuzuführen. Das widerspreche dem Volksinteresse. Der

Reichstag angefochtene Reichstagsbeschluß sei keineswegs ein Eingriff in die Rechte der Länder. — Abg. Frau Kurfürst (Soz.) wendet sich gegen den Reichsratsanspruch. Angehts der großen Wohnungsnot dürften die Mittel für den Wohnungsbau nicht noch weiter verkürzt werden. — Abg. Blumefeld (D. Vp.) bekämpft den im Ausschuß schon abgelehnten sozialdemokratischen Antrag, wonach die gesetzliche Miete von der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats und eines Reichstagsausschusses einheitlich im Reich festgesetzt werden soll.

Der Ausschußantrag auf Aufrechterhaltung des früheren Reichstagsbeschlusses unter Zurückweisung des Reichsratsanspruches wird dann in namentlicher Abstimmung mit 421 gegen 42 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Die bei solchen wiederholten Beschlußfassungen erforderliche qualifizierte Mehrheit ist damit erreicht.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf ein kommunistischer Antrag auf Festsetzung von Höchstmieten mit 404 gegen 51 Stimmen bei 12 Enthaltungen abgelehnt. Abgelehnt werden auch die sozialdemokratischen Anträge auf Festsetzung der Mieten durch das Reich.

## Der Zweck heiligt das Mittel

Nach diesem jesuitischen Grundsatz treiben offenbar die schwarzen Jünger Janak von Losofas und die roten Jünger Stalins in der ober-schlesischen Stadt Hindenburg Kommunalpolitik. In der letzten Hindenburg Stadtvorstandswahlversammlung kam ein durch die Wahl des sozialdemokratischen Bürgermeisters Franz zum Oberbürgermeister hervorgerufener Konflikt mit der Zentrumspartei zum vollen Ausbruch. Gleich zu Beginn der Sitzung bildete sich eine zentralistische kommunistische Einheitsfront, die soweit ging, daß das Zentrum kommunistische Entschlüsse gegen die „Gummipolitik der Bourgeoisie“ und gegen die Nichtbefähigung kommunistischer Kommunalbeamter bedingungslos zustimmte. Selbst ungesetzliche Anträge der Kommunisten, die etwa 8 Millionen Mark für Sonderunterstützungen für Erwerbslose usw. verlangten, erhielten mit Hilfe des Zentrums eine Mehrheit. Da der Antrag der Zentrumspartei, aus formellen Gründen die bereits vorgenommene Oberbürgermeisterwahl für ungültig zu erklären und die Wahl noch einmal vorzunehmen, im Verlaufe der vielstündigen Beratungen keine Aussicht auf Erfolg hatte, gab schließlich die Zentrumsfraktion ihre Stimme einem kommunistischen Antrag, die Stelle des Oberbürgermeisters überhaupt zu streichen. Dieser ebenfalls ungesetzliche Antrag wurde mit den Stimmen der Kommunisten und des Zentrums gegen alle anderen Parteien angenommen.

Dreierling Schwarz-Weiss

SO gut und nur 48



Gegen die Spalter

Gegen kommunistische Spaltungsbestrebungen stehen die Naturfreunde des Chemnitzer Bezirks im schärfsten Abwehrkampf.

Die Partei, die Gewerkschafts- und die Sportorganisationen wurden erfaßt, die Naturfreunde im Abwehrkampf gegen die kommunistischen Spalter zu unterstützen.

Internationaler Arbeitersport

Eine besondere Würdigung verdient der Eishockey-Länderwettbewerb Deutschland-Lettland in Königsberg.

Im Eishockey-Städtebewerbsturnier Königsberg-Riga siegte Riga 2:0.

Große Erfolge brachte das Auftreten einer Auswahlmannschaft Schweizer Arbeiterturner in Thüringen.

Der Weltkampf mit der Bezirksmannschaft in Gera wohnen 1500 Zuschauer bei.

Der internationale Fußballverkehr Deutschlands-Holland veripricht in diesem Jahre recht reger zu werden.

Frauen-Hockey

Von herrlichem Sportwetter begünstigt, trafen sich in Berlin die Arbeiter-Hockeyspielerinnen von Leipzig-Paunsdorf und von Tennis-Rot-Berlin zu einem Freundschaftsspiel.

Interessante Wuhettkämpfe

Leipziger Kräftsportverein erfolgreich.

Am Sonntag, dem 23. Februar, weichte eine Jiu-Jitsu-Mannschaft des Vereins Adler-Wahren als Gast des Ammerdorfer Schwimmvereins in Halle.

Die 11-Mannschaft des 1. Chemnitzer Athletenklubs stellte sich am Sonntag, dem 2. März, der 11-Mannschaft des Vereins Adler-Wahren.

Die Arbeitsmarktlage in Leipzig

Zum erstenmal seit Wochen und Monaten ist in der Arbeitslosenziffer eine Wendung zum Besseren zu beobachten.



Die freien Gewerkschaften sind die Stützen der Betriebsräte

Höhepunkt der Arbeitslosigkeit lag Ende Februar. Das Frühjahrswetter, das bereits eingelebt hat, muß jetzt eine Beschleunigung der Arbeitsaufnahme in der Landwirtschaft und damit wenigstens eine gewisse Senkung der Arbeitslosenziffer herbeiführen.

Eine Wendung zur Besserung! Allein eine Schwalbe macht noch keinen Sommer.

Freigewerkschaftliche Wahlsiege

KPD-Niederlage bei den Leuna-Wahlen

Die Betriebsratswahlen in den Leunawerken am Dienstag endeten mit einer eklatanten Niederlage der Kommunisten.

Der Betriebsrat setzt sich künftig folgendermaßen zusammen: freie Gewerkschaften 10 (8), Christen 1 (0), Gewerksvereiner 4 (2), Kommunisten 9 (14).

Die „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ hat in den letzten Monaten und Wochen nichts unversucht gelassen, die bisherige Position in den Leunawerken zu behaupten.

Terrainverluste der Kommunisten auch in Berlin

SPD Berlin, 12. März.

Die Betriebsratswahlen in den Berliner südlichen Gaswerken führte am Dienstag zu einer schweren Niederlage der KPD.

Lehrlingsausbeutung im Tischlergewerbe

Der Deutsche Holzarbeiterverband schreibt uns: Wie berechtigt unsere Warnung in Nummer 33 der Volkszeitung vom 8. Februar 1930 war, in der wir darauf hinwiesen, daß Mitglieder der Tischlerinnungen neuerdings Lehrgeld zu fordern gedenken, zeigt, daß diese Herrschaften tatsächlich sich nicht entblenden, den Eltern Gelder aus der Tasche zu ziehen, um ein angenehmes Leben führen zu können.

vor überaus ernst. Es ist nicht nötig, die Dinge schwärzer zu malen, als sie sind; verkehrt wäre aber auch jegliche Bogen-Strauß-Politik.

Im Bereich des Arbeitsamtes Sachsen ist die Arbeitsmarktlage immer noch recht trostlos.

Die Lage des Leipziger Arbeitsmarktes ist gegenwärtig stabil. Die Arbeitslosenziffer stellte sich auf etwa 62 000.

Ein Abgang an Erwerbslosen ist allerdings in den zum Arbeitsamt Leipzig gehörenden Bezirksomgebungen Zwenkau, Großschönau und Kötzsch festzustellen, der sich aber auf die Außenberufe beschränkt.

nachstehender Anhang zum Lehrvertrag, dem sie jetzt Geltung zu verschaffen suchen, beweist:

Anhang zum Lehrvertrag.

Bereinbarung über Lehrgeld:

Die Unterzeichneten erklären sich damit einverstanden, daß ein Lehrgeld in Höhe von 400 Mark erhoben und gezahlt wird, und zwar:

- 100 Mark im 1. Lehrjahr
140 Mark im 2. Lehrjahr
160 Mark im 3. Lehrjahr

zahlbar in:

1/3 jährlichen Raten im voraus.

Das vereinbarte Lehrgeld (400 Mark) gilt nur unter der Voraussetzung, daß die Schulstunden des Lehrlings nicht verkürzt zu werden brauchen.

Sollte durch Tarif, Gerichtsentscheidung und dergleichen eine weitere Belastung für den Lehrherrn eintreten, ist der gesetzliche Vertreter des Lehrlings damit ohne weiteres einverstanden, daß das Lehrverhältnis entweder sofort gelöst oder die Mehrbelastung auf das Lehrgeld umgelegt wird.

Die Kostgebühren regeln sich nach den bestehenden Vereinbarungen.

Die Bezahlung erfolgt nur nach der tatsächlich geleisteten produktiven Arbeitszeit.

Lehrmeister: Lehrling: Vater oder gesetzlicher Vertreter: Leipzig, den ...

Die Innungsmitglieder erkennen, daß die Gewerkschaften sich gegen die Ausbeutung der Lehrlinge mit Erfolg zur Wehr gesetzt haben, sie wissen auch, daß das Berufsausbildungsgesetz für die Lehrlinge Verbesserungen bringen wird, und gerade deshalb versuchen sie, Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen.

In der Ausbildung der Lehrlinge sind diese Herrschaften durchaus nicht so großzügig. Sie verwenden vielmehr fast ausschließlich die Lehrlinge zu allen vorkommenden Hilfsarbeiten und sparen so den Lohn für einen Hilfsarbeiter.

Allen Eltern, denen obiger Anhang zum Lehrvertrag zur Unterschrift vorgelegt wird, ist dringend zu raten, dem Deutschen Holzarbeiter-Verband Meldung zu machen, damit die Namen der Tischlermeister, die Lehrgeld fordern, bekannt gemacht werden können.

Hilferding spricht für Deutschland

Am den „Handelsfrieden“

SPD Genf, 11. März.

Auf der Wirtschaftskonferenz nahm am Dienstag im Namen Deutschlands Dr. Hilferding zu dem neuen französischen Vorkommensentwurf Stellung.

Hilferding betonte einleitend, daß die deutsche Regierung bereit gewesen sei, den ursprünglich geplanten umfassenden Zollfrieden abzuschließen und bedauerte, daß dieser infolge der Abschnürung anderer großer Wirtschaftsräume fallen gelassen werden mußte.

Hilferding ging dann auf die einzelnen Artikel des Abkommens ein und wünschte u. a., daß eine Möglichkeit für die automatische Verlängerung des Abkommens über den 1. April 1931 hinaus geschaffen werde.



# Reichsbahn und Kraftwagen

## Eine Denkschrift und ein Gesekentwurf

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft gehört zu den im öffentlichen Besitz befindlichen Unternehmungen, die der Öffentlichkeit besonders wenig Einblick in ihre Geschäftsabläufe gewähren. Sie nimmt unter Führung des Herrn Dormüller eine ähnliche Stellung im deutschen Staatsleben ein wie die Reichsbahn unter Herrn Schacht. Nur wenn die Öffentlichkeit einmal zugunsten der Reichsbahn mobilisiert werden soll, begibt man sich aus seiner vornehmlichen Zurückhaltung etwas heraus. Jetzt ist wieder einmal so eine seltene Gelegenheit gegeben. Und zwar will die Reichsbahn durch Beeinflussung von Presse und Parlament Bundesgenossen im Kampf gegen die unangenehme Konkurrenz des Kraftwagenverkehrs gewinnen.

Zuerst werden in einer von ihr veröffentlichten Denkschrift die Auswirkungen des gesteigerten Kraftwagenverkehrs auf die Finanzen der Reichsbahn untersucht. Mit bequemer Geste wird erklärt, daß es „einwandfrei feststeht“, daß die Tarifierhöhungen nicht zu der an sich konstatieren Verkehrsverminderung geführt haben. Fast die gesamte Verkehrsverminderung wird dem Kraftwagenverkehr zugeschrieben. Ähnlich großzügig verfährt man auch bei der Erklärung des Rückganges an Frachtgut und gelangt zu dem Ergebnis, daß durch die Wirkungen des Kraftwagenverkehrs der Gesamtertrag an Einnahmen bereits im Jahre 1929 auf 410 Millionen Mark gestiegen ist. „Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre muß bei Fortbestand der gegenwärtigen Verhältnisse mit einer erheblichen Steigerung der Ausfälle für die kommenden Jahre gerechnet werden“, lautet die Prognose der Reichsbahn.

Es wird dann ausführlich dargelegt, daß die oft geäußerte Ansicht falsch sei, daß die Reichsbahn von der Entwicklung der Automobilindustrie und der Ausbreitung des Kraftwagenverkehrs unmittelbar und mittelbar so große Vorteile habe, daß dadurch die Ausfälle ausgeglichen würden. Die Denkschrift beschäftigt sich weiter mit der interessanten Frage, warum denn die Reichsbahn in einer Reihe von Punkten gegenüber dem Kraftwagenverkehr nicht konkurrenzfähig ist. Es wird nachgewiesen, in welcher gewaltigen Ausmaße der Kraftwagenverkehr heute auf Kosten der Allgemeinheit verbilligt wird. Allein an den Straßenkosten macht die Begünstigung jährlich fast eine halbe Milliarde Mark aus. Das ist ein Kapitel in der öffentlichen Finanzabrechnung, das gerade den Gemeindevorstehern in den größeren und kleineren Orten viel Kopfzerbrechen macht. Umgekehrt genießt aber die Reichsbahn nicht denselben Vorteil einer Verbilligung ihrer Selbstkosten durch öffentliche Mittel. Die Denkschrift bemüht sich dann um den — wohl auch im wesentlichen gelungenen — Nachweis, daß im Durchschnitt der Reichsbahnstreckenverkehr zur Zeit in Höhe von rund 28 Prozent belastet ist, der Kraftwagenverkehr dagegen höchstens eine Belastung von 3 Prozent trägt, in sehr zahlreichen Fällen aber überhaupt nicht für die Zwecke der Allgemeinheit herangezogen wird.

Die Denkschrift der Reichsbahn setzt sich dann mit den Möglichkeiten einer „volkswirtschaftlich gesunden“ Verteilung auseinander:

„Der Verkehr der Privatpersonenkraftwagen anerkennt die Reichsbahn als eine im Vergleich zur Schienenbeförderung individuellere Verkehrsbedingung, die sie nicht bekämpfen will. Sie steht aber auf dem Standpunkt, daß es ungerecht und sozial- und wirtschaftspolitisch falsch ist, eine Verkehrsart, die fast ausschließlich von wirtschaftlich Leistungsfähigeren in Anspruch genommen wird, gegenüber dem auf dem Schienenweg der Reichsbahn bedienten Personenverkehr, in dem fast der gesamte Reiseverkehr der breiten Masse enthalten ist, steuerlich zu begünstigen.“

Dem Kraftomnibusverkehr steht die Reichsbahn — unseres Erachtens zu Unrecht — verhältnismäßig feindselig gegenüber, meint vor allem, daß die bisherige Konzessionspolitik an einer gewissen Zersplitterung Schuld trage. In diesem Punkte gelangt sie dann zu dem an sich durchaus vernünftigen Resultat, daß der Kraftomnibusverkehr im Interesse der Allgemeinheit in der Hand des Reichs vereinheitlicht werden muß und daß zu diesem Zwecke auch die Konzessionsgesetzgebung einer Umänderung bedarf. Das Abkommen Reichsbahn-Reichspost in der heutigen Gestalt soll nach der Absicht der Reichsbahn eine erste Stufe für die anzustrebende, auch im Interesse der Reichsfinanzen gelegene Vereinheitlichung sein.“

Der Bedeutung des Lastkraftwagenverkehrs steht die Reichsbahn ebenfalls nicht vorbehaltlos bejahend gegenüber, da sie der Auffassung ist, daß er im gegenwärtigen Umfange nur rentabel ist durch die verschiedene Höhe der Selbstkosten, die bei den Kraftwagen auf Kosten der Steuerzahler viel niedriger ist als bei der Reichsbahn. Die Reichsbahn beabsichtigt nun, den Kraftwagen mehr als bisher in den Dienst der Reichsbahn zu stellen. Sie will das einerseits zur Wettbewerbsabwehr, andererseits zur Vergrößerung ihres Verkehrsbesitzes und zur Rationalisierung ihres Betriebes machen.

Die Denkschrift setzt sich weiter mit den in der Öffentlichkeit vielfach besprochenen K-Tarifen (Kampfs-Tarifen) auseinander, die auf den Strecken in Anwendung gelangen, wo die Abwanderung von Personen und Frachtgütern infolge der Konkurrenz des Kraftwagens besonders empfindlich ist.

Sie schneidet schließlich noch die Frage an, was im Interesse der Reichsbahn geschehen kann, und bespricht die Möglichkeit, durch Abmachungen mit dem am Kraftwagenverkehr interessierten Kreise etwas zu erreichen. Man scheint aber mit dieser Methode keine sehr günstigen Erfahrungen gemacht zu haben, denn die Denkschrift gelangt zu folgendem, etwas naive klingendem Ergebnis:

„Wer auf eine Verdienstmöglichkeit verzichtet, die er nach der Rechts- und Tariflage hat, und nach den wirtschaftlichen Verhältnissen an sich auszunutzen in der Lage ist, verzichtet darauf nicht ohne Gegenleistung. Nach den Erfahrungen, die der Reichsbahn über den Wert solcher Abmachungen aus den letzten Jahren, insbesondere auch auf Grund ihres vierjährigen Vertrages mit den Kraftverkehrsvereinigungen, zur Verfügung stehen, wird bei derartigen Geschäften erhebliches Geld zugeföhrt, ohne daß damit ein entsprechender Nutzen erzielt würde.“

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft glaubt nun „im Bewußtsein der Verantwortung, die sie gegenüber der Öffentlichkeit trägt“, eine Verschärfung der Konzessionsgesetzgebung verlangen zu sollen, derzufolge nicht nur der linienmäßig ausgeführte Kraftwagenverkehr, sondern jede Lastkraftwagenleistung, die für Dritte gegen ein Entgelt irgendwelcher Art im weiteren Ueberlandverkehr ausgeführt wird, einer Konzessionspflicht unterworfen wird. Es soll in diesem Zusammenhange auch dafür geordert werden, daß „mindestens über die Nationalen hinaus kein Verkehr zugelassen wird, der die Reichsbahnverkehrsart unterbietet“.

Mit diesen Vorschlägen, die in der zitierten Denkschrift enthalten sind, hat sich aber die Deutsche Reichsbahn nicht begnügt. Nach einer Mitteilung des Berliner Börsen-Couriers wird im Reichsverkehrsministerium in aller Stille ein Gesekentwurf ausgearbeitet, der kurz und bündig lautet:

„Halter von Lastkraftfahrzeugen, welche über die Grenzen eines Gemeindebezirks hinaus Güter der Tarifklassen A, B und C befördern, haben an die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft eine Ausgleichsabgabe zu entrichten.“

Die Abgabe soll für je 100 Kilogramm Beförderter Güter und für je einen zurückgelegten Kilometer 0,425 bis 0,775 Pfennig ausmachen und sich bei Beförderungen von Entfernungen von mehr als 150 Kilometer für die anstehende Beförderung um je zehn Prozent für jede weiteren 50 Kilometer erhöhen, aber um nicht mehr als 100 Prozent. Die Abgabe soll von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft erhoben, durch die Reichsbahndirektionen festgesetzt werden und soll der Beibehaltung im Verwaltungsvorgang unterliegen. Dann ist in dem Gesekentwurf weiter vorgelesen: „Führer von Lastkraftfahrzeugen, welche ohne die vorgeschriebene Empfangsbefehligung bei abgabepflichtigen Beförderungen betroffen werden, können von den zuständigen Beamten solange an der Weiterfahrt gehindert werden, als nicht der fünfjährige Betrag der überschläglichen zu ermittelnden Abgabe sichergestellt ist.“

Wir glauben, daß gegen die vom Reichsverkehrsministerium vorgelegene Gesekentwurf vorläufige aus einer Reihe von Gründen schwere Bedenken erhoben werden müssen: So ungerecht es auch ist, daß die Reichsbahn zu ungünstigeren Konkurrenzbedingungen arbeiten muß als die privat: Kraftwagenkonkurrenz, so ist es doch nicht der zweckmäßige Weg, einen Lastenausgleich vorzunehmen, indem die Besitzer der Lastkraftfahrzeuge die Reichsbahn subventionieren! Es wäre viel richtiger, diese Leute zur erhöhten Steuerzahlung gegenüber den Gemeinden heranzuziehen, die ja die Kosten der bisherigen Begünstigung zahlen mußten und sich in einer größeren Geldklemme befinden als die Reichsbahn, die immerhin noch genügend Mittel für undurchsichtige „Leistungszulagen“ und Panzerzüge aufbringt! Dieser Weg ist zweifellos

ohne auch aus steuertechnischen Gründen jedem anderen vorzuziehen, wobei immer wieder zu bedenken ist, daß die Reichsbahn keinesfalls verlangen darf, neben ihrer auch sonst nicht sehr erfreulichen Ausnahmestellung jetzt noch das Recht selbständiger Steuererhebung zugebilligt zu erhalten. Die Reichsbahn hat kein Recht, an der auf Kosten der breiten Masse der kleinen Steuerzahler erfolgten Begünstigung der Kraftwagenbesitzer ihren Anteil zu verlangen. Das würde höchstens Herrn Siemens als Hauptlieferanten der Reichsbahn zugute kommen und die Verteilung der Reparationslasten zugunsten der Reichsbahn von vornherein beeinflussen.

Gefordert muß eine weitgehende Heranziehung der großkapitalistischen Kraftwagenbesitzer (auch der von Luxuswagen!) zu den öffentlichen Kosten des Straßenbaues werden. Darüber hinaus sind sicherlich noch für eine weitblickende Konzeptionspolitik Möglichkeiten vorhanden, die gemeinwirtschaftlichen Zielsetzungen dienen. Die Dormüller-Siemens-Reichsbahn hat jedenfalls nicht sehr viel Berechtigung, von ihrem „Bewußtsein der Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit“ zu sprechen!

## Ein neuer Stadtbant-Scandal?

Die Sächsische Arbeiterzeitung wartet wieder einmal mit einer Enthüllung über die Leipziger Stadtbant auf. In der Nummer vom 11. März veröffentlicht sie unter dem Titel „Der Steigboys-Schwindel aufgedeckt“ einen Artikel, der diesmal sehr konkrete Angaben mit Benennung von Zahlen und Personen enthält. Wenn nur ein Teil der Behauptungen der SAZ zutreffen würde, wäre es schlimm genug.

Von der Telegraphen-Union wird folgende Neußerung verbreitet:

„Die Sächsische Arbeiterzeitung veröffentlicht in ihrer Dienstausgabe neue Angriffe gegen die Leipziger Stadtbant wegen ihrer Beziehungen zur Steigboys-GmbH. Die Quelle kann nicht als lauter angepöbelter werden, weshalb auf die Mitteilung von Einzelheiten am besten zunächst verzichtet wird. Allerdings dürfte es für die Stadtbant rasch sein, nun endlich klar darzustellen, welche Verluste durch die Verbindung mit der Steigboys entstanden sind, oder welche Beiträge gefährdet erscheinen. Stadtbant und Steigboys geben bekannt, daß sie gegen den Urheber der Gerüchte Strafanzeige erstatten hätten.“

Auch wir sind allerdings der Meinung, daß die Öffentlichkeit sich nicht und gründlich über die Beziehungen der Stadtbant zur Steigboys-G. m. b. H. unterrichten werden muß, und zwar unter Angabe genauer Ziffern. Nachdem die SAZ Zahlen über den Status der Firma Steigboys veröffentlicht hat, ist hier kein Geschäftsgeheimnis mehr zu schützen. Im Gegenteil, die Stadtbant und die Firma Steigboys können nur noch in Verzug geraten, wenn die Öffentlichkeit nicht erfährt, ob die von der SAZ mitgeteilten Zahlen stimmen oder nicht.

Vor kurzer Zeit tauchte in der Presse die Nachricht auf, daß geplant sei, die Stadtbant in der Grotschke Leipzig aufgehen zu lassen. Die Grotschke Leipzig hat keine andere Funktion als die, den Geldverkehr zwischen den Gemeinden des Leipziger Bezirks zu betreiben. Bei dieser Funktion würde also das größere Geschäft in kleineren aufgehen. Wir sind gespannt, zu erfahren, welche tatsächlichen Gründe für diese Fusion sprechen und weshalb die Stadt auf die Zuschüsse, die ihr die Stadtbant bisher geleistet hat, verzichten will. Es muß jeder Zweifel darüber beseitigt werden, daß die Preisgabe eines städtischen Regiebetriebes etwa erfolgt, um die Mikrowirtschaft in der Stadtbant zuzudecken und sie von der Sorge um die Vorlage des Abflusses für das letzte Jahr zu befreien.

Es wäre schon längst die Pflicht des Verwaltungsrates der Stadtbant gewesen, dafür zu sorgen, daß der von allen Seiten geforderte Untersuchungsausschuss in Tätigkeit tritt. Nur so kann das erschütterte Vertrauen zur Stadtbant wieder hergestellt und allen Versuchen, es noch mehr zu erschüttern, die Spitze abgebrochen werden. Von dem Ergebnis wird es abhängen, ob nicht ein gründlicher Wechsel in der Leitung der Stadtbant vorgenommen werden muß.

## Das Laden schlussgesetz in Holland

SPD In Holland hat der parlamentarische Kampf um das Laden schlussgesetz begonnen. Es soll eine Regelung der Arbeitszeit der Ladenpersonals herbeiführen. Gegen einen früheren Laden schluss stemmen sich vor allem die Rechtsparteien: sie spielen sich als Beschützer der sogenannten Mittelstandsinteressen der zahlreichen kleinen Ladeninhaber auf. Bis jetzt wurden zur Vorlage nicht weniger als 32 Ergänzungsanträge eingereicht.

Der niederländische Laden schluss ist mehr als reformbedürftig. Gegenwärtig sind die Geschäfte sogar in zahlreichen Großstädten am Sonnabend noch bis 23 Uhr geöffnet.

Er sprach im Filisterton zu mir, als ob die einjame Einöde ihn hätte hören können... elementare Dinge, estatische Dinge, Dinge so ohne Sinn, daß sie in der Nachtluft zerfloßen. In der allumfassenden Färllichkeit seiner Berührung durchströmte meinen Körper ein ungeheurer Frieden... und seine Rippen waren so laut und weich wie das Mondlicht, das auf eine ruhige Wasserfläche fällt.

VI

Ich will unabhängig bleiben... Was war Liebe? Ein buntes Durcheinander von Märchen, die ich als Kind gelesen, und Romanen, mit denen ich später bekannt geworden. Doch für mich waren die Vorgänge in meinen Märchen und Romanen nicht mit jenen anderen, verbotenen Dingen — den geschlechtlichen — verknüpft; die gehörten nicht zur Liebe, die bedeuteten Gewalt, Ehe oder Prostitution, und Ehe bedeutete Kinder, Weinende, Glagende Frauen und schimpfende Männer, sie bedeutete Unglück und all das im Leben, was ich fürchtete und zu umgehen beabsichtigte.

Seitdem ich Ernest kannte, hatte ich oft solche Gedanken gehabt. Ich schämte mich meines Wunsches nach Liebe, Färllichkeit und Kameradschaft, der verborgen unter meiner roten und abweißenden Art lebte. Ich war jetzt fast neunzehn Jahre alt. Körperlich noch nicht ganz entwickelt, war ich auch in meinen Gefühlen unteuf und zurückgeblieben. Ich hatte wenig nachgedacht, dafür aber viel gehandelt. Troßdem ich über die „Jungfräulichkeit“ und die sogenannte „Reinheit der Frau“ spottete und empört war, daß Männer es wagten, Frauen nach solchen Gesichtspunkten zu beurteilen, war doch meine Furcht vor sexuellen Dingen mit den Jahren gewachsen.

Ich haßte die Ehe, weil sie das Leben meiner Mutter und vieler anderer Frauen, die ich kannte, vernichtet hatte, und wollte lieber Prostituierte als Ehefrau sein. Da hatte ich wenigstens die Gewißheit, daß man mich achtete und ich alle Rechte über meinen Körper wahrnehmen konnte, weil ich mich selbst ernährte und für mein Brot von niemandem anders als mir selbst abhing. Prostituierte bekommen keine Kinder, dachte ich mir. Männer wagten nicht, sie zu schlagen, ich brauche ihnen nicht zu gehorchen. Die Achtung, die man verheirateten Frauen bewies, schien nur darauf zu beruhen, daß sie ihre Abhängigkeit und Unterordnung widerspruchslos hinnahmen. Männer lieben keine freien, intelligenten Frauen, denn die haben Urteil und festen Ansprüch; und beides ist unabweim. Kein Mensch verurteilt Männer, die vor der Ehe Beziehungen zu Frauen unterhalten, sie schlagen nur, wie man so sagt, über die Stränge. Niemand spricht von „gefallenen Männern“ oder davon, daß sie „einen Fehltritt begangen“ haben oder „fürs ganze Leben ruiniert“ sein. Warum urteilt man aber so über die Frauen? Offenbar nur, weil sie vom Mann materiell abhängig sind. Eine Frau aber, die ihr Brot selbst verdient, hat das Recht, ebenso frei und unabhängig wie ein Mann zu leben.

(Fortsetzung folgt.)

## Eine Frau allein

Von Agnes Smedley.

Copyright by Suchoverlag Franzischer Gesellschaftsdruckerei G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Inmitten des freien Platzes stand der Tänzer, ein fetter, wie die Musikanten gekleideter Indianer. Das Band, das seinen Schurz hielt, verlor sich in den Rundungen von Fett um seine Hüften. Er begann zu tanzen, drehte sich im Kreise, sprang vorwärts und rückwärts. Die Frauen klatschten und summten eine leise monotone Melodie dazu. Manchmal gaben sie für eine besonders gelungene, anmutige Figur durch Lachen oder laute Zustimmungsrufe ihren Beifall kund.

Wir begaben uns unter ein anderes Dach, das ebenso lang und niedrig war wie das erste, unter dem zwei Reihen von Männern, ebenfalls nur mit Schurzklägern bekleidet, einander gegenüber tanzten. Es war ein Tanz der Ausdauer, und mehrere hatten schon zwölf oder vierzehn Stunden lang so getanzt. Von Zeit zu Zeit hörte einer von Erschöpfung auf. Von dem Hauptpfosten, der das Dach in der Mitte stützte, hing ein kleines Bild der Jungfrau Maria und darüber ein Kreuz. Davor tanzten die Männer in Reihen vorwärts und rückwärts, sich kreuzend und die Plätze wechselnd, solange, bis der letzte Tänzer vor Erschöpfung zu Boden gesunken war. Diese Indianer waren Katholiken, und dies war ihr Osterfest. Nur Männer durften am Tanze teilnehmen — denn war nicht Religion eine ernsthafte Angelegenheit? Draußen standen Reihen indianischer Frauen und Mädchen, die im Takt dieser unheimlichen Musik auf und nieder tanzten und ihre Bewegungen mit einem leisen Gesang ohne Worte begleiteten.

„Das ist genau so vernünftig wie unsere Religion“, hörte ich Karin zu Ernest sagen. „Nur ist es seltsam, gerade die Jungfrau und das Kreuz in der Mitte zu sehen.“

„Nun, ich ziehe aber einen solchen Tanz unserm Kruten vor... Das ist geländer und bringt mehr Freude“, lachte Ernest. Ich stand hinter ihnen und beobachtete sie, wie sie Bemerkungen austauschten und über Dinge, die mir fremd waren, Gespräche führten. Die Liebe, die Kameradschaft und das Vertrauen zwischen ihnen war sehr tief und schön... konnte Liebe wirklich schön und frei sein, fragte ich mich... konnten Menschen wirklich hart und doch nicht schwach sein? Gab es wirklich eine Liebe, die frei von Gefahr und Unterwerfung für die Frau war?

Ueber sechs Monate waren vergangen, seitdem ich in die Schule eingetreten war. Ich hatte Anrechnung gefunden, um die ich Schiller, die die Schule schon seit Jahren besuchten, vergeblich bemüht hatten. Plötzlich aber hörte Big Buck auf, Geld zu schicken. Die sechs Monate, für die er Hilfe versprochen, seien nun um, und er hoffe, ich könne jetzt allein fertig werden. Aus meinen Briefen habe er entnommen, daß ich nicht nach Elfton zurückkommen beabsichtige. So hätten er und Bladie beschlossen, nach

Mexiko zu gehen und dort der Revolution zu helfen. Liebe er am Leben, würde er schreiben... wenn nicht, adios! Das Schweigen, das sich um ihn schloß, ist nie gebrochen worden.

Bei dem Versuch, gleichzeitig zu studieren und mein Brot zu verdienen, zerrieb ich mich langsam. Ich übernahm Schreibmaschinenearbeiten, setzte und wuschte die Wäden im Wohnhaus — wenn ich nur Arbeit finden konnte — was, war mir ganz gleich. Meine Studien mußten bis spät in der Nacht warten, und dann war ich müde und abgestumpft. Wie schwer ich aber auch arbeiten mochte, ich konnte meine Ausgaben doch nicht decken.

Wie so viele Hoffnungen in der Einöde brachen auch die meinen zusammen, und einen Monat vor Schulschluß mußte ich die Schule verlassen, um Arbeit in Phoenix zu suchen. Karin und Ernest hörten sich meine Erzählung an und lachten über mein Unglück. Nach ihrer Meinung garantierte der Besuch der Schule gar nicht, daß man dort wirklich etwas lerne, nein, im Gegenteil, oft zerstöre und verwirre sie nur den Verstand. Doch ihre Worte hatten für mich keinen Inhalt... Sie standen ja fest auf dem Boden gesunden Wissens und konnten es sich schließlich leisten, kritisch zu sein.

Ich fand Arbeit, doch Unzufriedenheit zehrte an mir Tag und Nacht. Keine Aussicht, meine Studien in der Zukunft fortzusetzen. Ernest und Karin wollten weiter nach San Francisco und beabsichtigten nicht zurückzukehren. Eine noch größere Einsamkeit stand mir bevor. Es war eine stille, mondhele Nacht, bevor sie abfuhr. Ernest ritt an meiner Seite über die Straße, die aus der Stadt hinausführte, den weichen, harten Weg entlang, der Einöde zu. Jemand etwas machte mein Pferd scheu, es nahm die Kandare zwischen die Zähne und raste durch die kalte Nachtluft dahin. Als ich seine festam wilden Bewegungen unter mir spürte, kam es mir plötzlich zum Bewußtsein, daß ich im tiefsten Innern immer Angst vor Pferden gehabt hatte, die sich auch nie verlor, sooft ich auch auf ihnen geritten war. Jetzt ergriß mich blinde Furcht. Verzweifelt wandte ich mich um und rief: „Ernest!“ Das Pferd fühlte wahrlich meine Angst, denn es stürzte nur um so rasender davon. Ich erhaschte gerade noch Ernests entschlossenes Gesicht, als er meinem Ruf antwortete. Er spornete sein Tier wild an, um mich zu erreichen. Schließlich ritten wir Hals an Hals, der Wind segte von seiner hohen weichen Stirn das Haar zurück. Er beugte sich weit über den Hals seines Pferdes vor, sagte mir mit der einen Hand die Kandare und brachte mit einem furchtbaren Auf mein Pferd wieder unter Kontrolle. Das Tier bäumte sich, weißer Schaum stand ihm am Maul, und ich sprang ab. Meine Beine zitterten vor Erschöpfung, und ich sank in den Schatten eines dichten Gestrüpps. Ernests Furcht klang aus unbemittelter Entfernung, als er die Tiere beruhigte und festband. Nach wenigen Augenblicken hörte ich seine Schritte auf mich zukommen. Er beugte sich nieder, und ich hob mich ein wenig, um seinen Arm zu ergreifen. Ein Leben durchließ seine Muskeln! Er ließ sich auf die Knie an meiner Seite nieder, legte seine Arme um mich — ich konnte die zitternden Herzschläge durch sein weiches, weißes Feud



## Ich lerne radfahren

Von Bruno Vogel.

Kommt da neulich mein Freund Siegfried Seelenadel zu mir, erkundigt sich, wie mich mir's geht, erzählt, daß er für zwei Monate nach Marseille fährt, seine Bude hätte er schon gekündigt. Bloß er wüßte nicht, wo er mit seinem Fahrrad hin solle, ob ich nicht für die paar Wochen...? Ich hätte da gleich die schönste Gelegenheit, radfahren zu lernen... O Schreck! wo soll ich denn das Rad hintun! In den Papierkorb wird's nicht ringeln, im Kleiderkasten liegen die Dichter und Denker gestapelt, auf dem Schreibtisch möchte ich doch manchmal arbeiten... Außerdem war ich auf das Radfahrenlernen gar nicht so besonders scharf.

Aber Polly ist ganz begeistert. Sonst hat er immer geschimpft, daß unsere Bude für zwei Mann viel zu eng wäre, und jetzt tut er, als wohnt er in einem Tanzsaal: „Mensch, hab dir doch man nich so! Wejen der bißten Rad! Da wird eben der Waschisch paar Zentimeterchen beiseitegerückt...“ Ich blinke ihn immer zu, er soll sein dämliches Maul halten, aber er stellt sich, als merkte er das gar nicht. Dann faheln die beiden in den inbrünstigsten Farben von den unerhörten Vorzügen, die die Bicycleistik für meine Schaffenskraft, Moral und Körperhaltung haben würde (was die Kerle meine Körperhaltung angeht, möchte ich wissen)...

Aber und gut, ich lasse mich schließlich breitschlagen. Ich lasse mich immer breitschlagen, womit habe ich das verdient?! Am Ersten, gleich mittags nach der Schule, holte Polly das Rad ab. Bis abends haben wir dann unsere Möbel in der Stube herumgetragen und uns dabei Freundlichkeiten gesagt. Es wäre alles viel leichter gegangen, wenn man den Ofen einen Viertelmeter nach dem Fenster zu hätte rücken können.

Ein schöner Nachmittag. Eine asphaltierte Sadgasse. Neben mir das Rad, in mir sehr viel Tapferkeit. Polly erklärt: „Also det is allet ganz einfach. Det is der Sattel, da seht da dir druff. Baksteht de?“ — „Ach, quasse nich so dummes Zeug!“ — „Na, denn seht de dir eben nich druff! Mit de Beene trittst de los. Nischt wie treten. De Hände komm an de Lenkstange. Wenn de enne Kurve nehm willst, denn wintest de det betreffende Knie en bißten ein. Und denn bloß noch: Immer dahin sehn, wo de hinfahren willst. Det is allet. Nu los!“

Zuerst, als Polly hinten am Sattel hiekt, ging alles ganz schön, und mein Selbstvertrauen begann aufs üppigste zu wuchern. Nach einer Weile ließ er los — auf diesen Augenblick hatte das heimtückische Rad bloß gelauert: Nun machte es mit mir, was es wollte. Es hatte ein ländisches Vergnügen daran, die Bordante und auf der Straße herumliegende Steine zu rammen, und hemmunglos ging es seinen abernen Gefüßten nach. Wenn ich nur wüßte, wie ich das verdammte Fahrzeug zum Stehen bewegen könnte!

Und der Polly, diese falsche Natter, tragt Schadenfroß nebenher und grünt und seigt und höhnt: „... Mensch, Vogel, wenn du dir sehn könntest! Aber du würdest lachen! Chaplin is nischt dagegen! ... Treten! Treten nich vergessen! Und immer mit de Ruhe! Du kommst noch Zeit genug zum Sechstagerrennen... Hab doch man nich so ne Bange, dir passert nischt! ... Analysiere doch mal deine Stahlstute! Du machst doch sonst immer allet mit Psychoanalyse! ... Na, daß de dir dämlich anstellen würdest, det had id ja vorher schon jewußt. Aber so dämlich! ... Treten, treten, Vogel! Und seht doch geradeaus! Du hast ja en Bordkantenkomplex!“

So wird nun mit einer wehrlosen Kreatur umgesprungen! Jetzt absteigen können und dem Kerl eine Ohrfeige versetzen! Und wieder Kohling will nun Sozialist sein! Ein Viech ist das! Na warte, irgendwann komme ich ja vor diesem Rad wieder runter! Die elenden Steine auf der Straße! Mitten in einer Großstadt! Wo man eigentlich seine Steuern zahlt!

„Vogel, mach doch nich so en unfreundliche Gesicht!“ Ein Hund kommt des Weges, seht sich behaglich in den Hintstein und beginnt, seinem Stoffwechsel obzuliegen. Ich kann doch das Tier nicht tosfahren! Ich muß eine Kurve nehmen — wie war das doch?, das betreffende Knie einwinkeln — bloß glockt die Töle einen an — es klirrt im Stahlgestänge — ja, und dann liegt man — nur noch eines bescheidenen Bruchteils seiner Sinne mächtig — neben dem Bürgersteig. Und schon haben sich einige Bürger allerlei Alters um einen verammelt — psui, welsch hämischer Bemerkungen die Menschen fähig sind!

„Nun aber gerade! Ja geh nicht nach!“, denke ich, nachdem ich mich vergewissert hatte, daß Rad und ich noch unbeschädigt sind. Polly muß die Karre wieder halten, und ich schwinde mich von neuem in den Sattel. Das heißt „schwinge“ ist ein klein wenig übertrieben.

Vielleicht war es meinem Rad in der Sadgasse zu langweilig geworden, oder Pollys Pöbeleien waren auch ihm auf die Nerven gefallen — jedenfalls es fährt zu meinem größten Entsetzen auf einmal um die Ecke und die Isestraße hinunter! Wenn ein Auto kommt! Oder ein Kind läuft über die Straße! Ach, das Zuchthaus oder das Krematorium steht am Ende dieses Nachmittags... Aber was kümmert sich mein Rad um meine späte Reue! Wie besoffen torlekt es durch die Isestraße und biegt schließlich in die Gmser Straße ein.

Drei schüßige Schachteln stehen mitten auf dem Fahrdamm und schwagen. Mein Rad die sehen, los von der Bordante und auf die drei Grazien zu. Im letzten Moment kommt mir der Einfall, zu klingeln — unter Ausstoßung dreier „Määäh!“ kleben die Damen auseinander. Dann sagen sie „rückichtsloser Lämmer!“ zu meinem Rad und wollen es verhaften lassen. Das macht sich aber gar nichts daraus, es scheint solche Unrempelien gewohnt zu sein...

Es war eine Fülle von neuem, an eigenen Leib gesammelten Erfahrungen, auf die ich am Abend zurückblicken konnte:

Delhaltige Schmutzstele aus Anzügen zu entfernen, erfordert ziemliches Geduld.

Ein neues Pedal inkl. Anstrauben kostet 1,80 Mark.

Autoshaufreure pflegen ihr Mitleid mit gefallenen Radfahrern sehr laut zu äußern.

Den wahren Charakter eines Menschen erkennt man am besten daraus, wie er sich verhält, wenn er einem anderen beim Radfahrenlernen behilflich ist.

Es existiert eine Polizeiverordnung, nach der muß man hinten ein Kätenauge haben oder drei Mark bezahlen. (Mit hinten ist natürlich das Rad gemeint.)

Sautausführungen größeren Umfangs, mit essigsaurer Londe von Schmutz gereinigt, werden als schmerzhaft empfunden. Zimmervermieterinnen scheinen Fahrräder nicht zu schätzen. Wenn man gerade mal mit seinem Rad sich in horizontale Lage begeben hat und ein Bekannter kommt vorüber und stellt fest, daß Radfahren zu den würdevollsten Sportarten gehöre — dann soll man ruhig eine Beleidigungslage riskieren.

U. v. a. —

Am nächsten Morgen hinte ich in die Städtische Lesehalle und sah im französischen Wörterbuch nach, was hauptpostlagernd

heißt. Daraus schrieb ich meinem Freund Seelenadel einen dementsprechenden Brief nach Marseille. Und der Mensch brachte es fertig, mir als Antwort eine Unachtsarte zu schicken, auf der nur eine ungemütliche Flegel stand.

## Sturm auf Mahagonny

Das Spiel der Abwürgung, das wir von „Baal“, vom „Fröhlichen Weindberg“ und von „Im Namen des Volkes“ her kennen, wiederholt sich bei „Mahagonny“. Nachdem die Presse vom Peterssteinweg in einer beispiellosen unachtsamen und verständnislosen Weise das Stück und den Generalmusikdirektor Brecher der kommunistischen Propaganda bezichtigt hat, soll heute in der Stadtverordneten Sitzung ein Antrag auf sofortige Abschaffung verhandelt werden. Wir haben gestern ausgeführt, daß das Stück mit Kommunismus nichts zu tun hat, überhaupt nichts mit einer politischen Partei. Es enthält nur den Egoismus der menschlichen Beziehungen und die Verlassenheit der Geldlosen. Das können die nicht vertragen, denen der falsche Schein dieser Bürgerwelt um ihrer fatten Bequemlichkeit willen über alles geht.

Wir haben gegen das Stück Einwände erhoben müssen, weil es uns als Oper in seiner Form verfehlt erscheint, haben das aber von Anfang an bedauert, weil das Werk um der Kühnheit einzelner Parteien willen interessanter und bedeutsamer ist als ein Duzend anderer hier aufgeführter Opern. Für Freitag ist das Stück bereits abgesetzt worden. Wir bedauern, daß die Wirkung nicht außerhalb der Premiere erprobt wird, daß man einem breiteren Besucherkreis die wichtige Kenntnisnahme vorenthält. Generalmusikdirektor Brecher hat eine Erklärung an die Presse gegeben, auf die wir im Verlauf der Affäre noch zurückkommen werden. Wir möchten aber schon jetzt sagen, daß wir völlig seiner Meinung sind, wie wir ja seine Annahme des Werkes bereits in unserer Besprechung verteidigt haben. Wir hoffen, daß die Kunstfreunden ihren Willen nicht durchsetzen und empfehlen dem A.B.Z. sich bald eine Aufführung zu sichern — freilich unter der Voraussetzung, daß nicht wesentliche Parteien daraus vorher entfernt werden.

## Faulfs Verdammung

Die Arbeitsgemeinschaft Didamischer Chöre, die mit neuen Sängern vom 1. April an unter dem Namen Volkstingakademie Leipzig (M. d. D. U. S.) fungieren wird, hat mit ihrem letzten Konzert unter dem alten Namen in der ausverkauften Altherhalle einen außerordentlichen Erfolg davongetragen. Würde dieser Abschluß von guter Vorbedeutung für die kommende Arbeit sein?

Ran führte Berlin „Faulfs Verdammung“ auf, ein frisches und dankbares Werk, historisch höchst bedeutsam in seiner Weiterführung des Oratoriums, gedanklich durch seine Faust-Interpretation fesselnd, die mit Goethe trotz aller Verehrung erquickend respektlos umspringt, musikalisch von blendender Virtuosität und reich an Kontrasten, Orchester, Soli und Chöre in Sonderaufgaben und in der Zusammenfassung aufs Gütlichste bedenkend. Das Persönlichste und Faszierendste hat Berlin, seinem bizarren Temperament entsprechend, in den teuflischen Partien gegeben, die von Ironie und Phantastik gespannt sind und in dem grandiosen Höhenritt gipfeln. Den Chören fällt die schöne Aufgabe zu, ein weites Reich zu durchwandern, Tanzlied, Hymne und Trinklied zu singen. Bauern, Soldaten und Studenten, Zaubermenschen, schlichte gehäufte Nachbarn und erblich Höllengelster und Engel darzustellen. So ist die Selbstheit des Werkes, das die Arbeiterlänger wiederentdeckt und durch das Fest in Hannover 1928 propagiert haben, verständlich. Ich höre, daß viele, die es gern gehört hätten, keine Karten mehr bekommen konnten. Vielleicht ließe sich also, da die Aufführung vorzüglich ist, Werbekraft besitzt und ihre eine größere Ausnützung zu wünschen wäre, eine Wiederholung in Erwägung ziehen.

Otto Didam hat das Werk überlegen geleitet, vor allem ist seine rhythmische Energie, das feste Zusammenhalten des imposanten Apparats hervorzuheben. Daß er auch diffizile Klangbilder zu schaffen versteht, bezeugten die drei berühmten Orchesterstücke. Seine Chöre bilden einen so mächtigen wie beweglichen Klangkörper. Die Landsknechts- und Studentenchöre, die Sekundierung von Mephistos Ständchen und der schwierige Schlummerchor waren Höhepunkte der Chorleistung. Am Ende machte sich in der Höllentemperatur der Altherhalle eine begreifliche leichte stimmliche Ermüdung geltend. Das Leipziger Sinfonie-Orchester erfüllte die mannigfaltigen instrumentalen Aufgaben der raffinierten Partitur. Die kleinere Rolle des Brander wurde von Hans Müller bravistisch interpretiert. Die sehr hoch gelegene Partie des Faust sang Fritz Jöhnel mit Wärme und Schwung, am freiesten und schönsten in der Beschwörung der Natur. Ilse Rögel war die rechte Margarete, im stehenden natürlichen Gesang voll Schlichtheit und Innigkeit. Max Spidder, himmlisch glänzend, vorbildlich in der Textbehandlung, gab dem Mephisto hochgepanntes dramatisches Leben und schuf im Konzertsaal mit reichlichen Mitteln eine Figur, die seinen charakteristischsten Bühnengestalten ebenbürtig war.

## Leipziger Filmschau

Scapa Flow — das ist jene schmale Wasserstraße im Nordosten Schottlands, wo im Juni 1919 ein Teil der vertraglich den Engländern auszuliefernden deutschen Kriegsschiffe von monarchistisch gesinnten Marineoffizieren versenkt wurde. Sie wollten damit den Engländern ein Schnippen schlagen und gleichzeitig die sozialistisch-demokratische Regierung der Republik in eine schwierige Lage bringen. Seitdem wartete diese Episode aus den letzten Tagen der damals verendenen schwarzweißen Offiziersregierung darauf, durch den Film für den dummen Spieler und leider auch für die nationalstolische vergiftete Jugend zurechtgemacht zu werden. Endlich hat sich eine Filmgesellschaft gefunden, die noch weniger Bedenken hat, als die anderen meist ziemlich krupelösen Filmfabriken. Und der nun vorliegende auf dem Blaufilde des Weltkrieges gewachsene Film imponiert. Imponiert durch die Kalkschneuzigkeit, mit der er Geschichte fächelt. Da wird kühn die historisch nicht im mindesten zweifelhafte Revolutionierung der Marinemannschaften, die ja überhaupt den äußeren Anstoß zur Revolution gaben, als ein Mißverständnis der Zeitgenossen hingestellt und mit bewunderungswürdiger Unerschrockenheit für die Mafellosigkeit der Jahre Schwarzweißrot agitiert. Selbstverständlich hat Herr Otto Gebühr, der eine Vorliebe für die schiefen Darstellung historischer Personen (Friederichs, Blücher) zu haben scheint, auch hier die Hauptrolle übernommen. Würdig steht ihm Frau Claire Kommer, Schwarm aller bierfesten Krieges- und Wehrverbände, zur Seite.

## Ein Stück Sexualreform

Bekanntlich hat vor einiger Zeit der Strafrechtsausschuß des Reichstages bei der Beratung über den künftigen § 297, letzten § 175 des Strafgesetzbuches diesen Paragraphen fallen lassen. Die Homosexualität wird in Zukunft nicht mehr bestraft werden, wenn das neue Strafgesetzbuch in Kraft getreten sein wird. Damit wäre ein Kampf beendet, den die deutsche Sexualwissenschaftler, vor allem Magnus Hirschfeld, seit einem Menschenalter und länger führen. Das Bestehen des berühmten Paragraphen, der nur die „heißelhaften Handlungen“ zwischen Männern unter Strafe stellte, war zunächst einmal eine offensbare Ungerechtigkeit insofern, als er eben nur Männer erfaßte. Weibliche Homosexualität und aus ihr fließende Handlungen blieben straffrei. Den Erpressern waren Tür und Tor geöffnet: der Homosexuelle, der sich einmal mit einem andern „eingelassen“ hatte, mußte häufig, um weiteren Schaden, ja Vernichtung seiner bürgerlichen Existenz bei einer Anzeige zu entgehen, immer wieder Erpressungsgelder zahlen. Ueber diese ungleiche Behandlung der beiden Geschlechter hinaus aber mußte das Bestehen des § 175 von jedem denkenden Menschen, zu denen die Gesetzgeber nicht immer gehören, als Kulturschande empfunden werden. Richard Linfert hat vor einiger Zeit ein Buch herausgebracht „§ 297 Unzucht zwischen Männern?“ (Neuer Deutscher Verlag, Berlin), an dem Hirschfeld, Lehner, Sodann und Lampel mitgearbeitet und zu dem eine Reihe der namhaftesten Leute aus Wissenschaft, Literatur und Justiz Beiträge zum Homosexuellenproblem geliefert hat, dieses Buch sei zur Orientierung für Interessenten empfohlen.

Man kann sagen, daß sich zwei Theorien (wenn man die Extreme betrachtet) für die Frage der Entstehung von Homosexualität gegenüberstehen: Die eine wird in Deutschland in der Hauptsache vertreten durch Hirschfeld und seine Schüler und Anhänger. Nach ihr gibt es „sexuelle Zwischenstufen“, die angeboren sind, also Menschen, die durch ihre körperliche (biologische) Veranlagung als Homosexuelle eindeutig bestimmt auf die Welt kommen. Es handelt sich gewissermaßen um Spielarten der Natur. Die andere Theorie wird namentlich von der psychoanalytischen Schule vertreten. Nach ihr entscheidet über die Sexualität des späteren Erwachsenen nicht oder nur in geringem Maße das „Angeborensein“, sondern vielmehr die Triebkämpfe in der frühesten Jugend. Wir kommen mit geschlechtlichen Anlagen für beide Richtungen auf die Welt, sind bisexuell; ob wir uns später dem eigenen oder ob wir uns dem anderen Geschlecht zuwenden, hängt von den frühkindlichen Erlebnissen, vom Ausgang der Oedipusituation usw. ab. Theoretisch ist nach der psychoanalytischen Anschauung jede Homosexualität heilbar durch Analyse, durch nachträglichen Umbau der Persönlichkeit; praktisch freilich wird das nur selten gelingen, da der Wille dazu beim Kranken fehlt und sich die Homosexuellen in ihrer Veranlagung ebenso wohl fühlen wie die Heterosexuellen in ihrer — solange sie nicht mit dem Gesetz kollidieren.

Bermutlich sind beide Theorien richtig; es dürfte wohl so sein, daß in einigen Grenzfällen, die Hirschfeld immer zitiert, die Anlage überwiegend bestimmt, während im Durchschnitt das erwerbene Element entscheidend ist. Ob man aber mehr der einen oder anderen Theorie zuneigt; ist nebensächlich für die Werturteilung der Strafbareit. Immer ist es Unfug, jemanden, der ohne sein bewußtes Zutun und seinen Willen „anders als die anderen“ ist, zu bestrafen. Man bestrafe ja auch niemand für Farbenblindheit oder Tuberkulose. Die Frauen hat der militärische Staat anscheinend deshalb straffrei gelassen, weil homosexuelle („lesbische“) Frauen sehr wohl Kinder bekommen können, während homosexuelle Männer meistens nichts für die Fortpflanzung der Menschheit Notwendiges tun und damit den Bevölkerungszuwachs sabotieren.

Wenn aber das Zentrum, das sonst in allen kulturpolitischen Fragen exzentrisch ist, hier einmal nachgegeben hat, wärend es sich immer noch gegen die Eheform stemmt, so scheint es, daß man an dem sozial harmlosesten Punkte auf einmal den Fortschritt markiert, um in anderen wichtigen Dingen hübsch reaktionär bleiben zu können. Die weitere Entwicklung des Strafgesetzes wird zeigen, ob diese pessimistische Auffassung berechtigt war oder nicht.

Sodann hat bei „Universitas Deutsche Verlags-Aktionsgesellschaft, Berlin“ ein Büchlein erscheinen lassen „Dannie Weber Laster und Keuschheit“, in dem alle Argumente aufeinandergeköpft worden, die die herrschende sexualpädagogische Anschauung, daß man unbedingt „etwas dagegen tun“ müsse, widerlegen. Sodann will ansetzend in erster Linie ermutigen; und soweit dies durch bewußte Beeinflussung überhaupt möglich ist, dürfte ihm das gelungen sein.

## Kleine Chronik

Der Propagandachef. In der Frankfurter Zeitung gibt B. v. Brentano folgende „Erklärung“ ab: Meine Bemerkungen in Nr. 42 (1929) des Literaturblatts der „Frankfurter Zeitung“, die sich auf die Neukürung Walter von Molos über die „Grüne Post“ bezogen (und die am 22. Oktober 1929 in der LV zitiert wurden. D. Red.), sind bestreudlicherweise von einigen Zeitungen als ein Vorwurf der Korruption gegen Walter von Molos aufgefaßt worden. Dieser Vorwurf war in jenen Bemerkungen nicht enthalten und sollte in ihnen nicht enthalten sein. Wie aus den Erklärungen Walter von Molos in der Presse hervorgeht, hat die „Grüne Post“ nur einen unklaren Auszug einer Neukürung Walter von Molos wiedergegeben und seinem Namen den Titel „Präsident der Dichterkademie“ hinzugefügt. Dies veranlaßte meine scharfe Stellungnahme, die sich gegen eine amtliche Neukürung des Vorsitzenden der Sektion für Dichtkunst, nicht gegen die Person Walter von Molos richtete.

Wir haben jene Bemerkungen nicht als einen Vorwurf der Korruption gekennzeichnet, sondern daraus lediglich den Vorwurf einer höchst unzutreffenden und geschmacklosen Propaganda für ein leichtes Pressezeugnis entnommen, wie er dem Präsidenten einer Dichterkademie auch dann nicht erpart bleiben kann, wenn er sich selbst bei dieser Gelegenheit nicht ausdrücklich als solchen bezeichnet hat.

Wiedel Gold gibt es? Die Frage, wieviel Gold es auf der Erde gibt, ist auf Grund neuer genauer Forschungen von dem Direktor des Bergwerksamtes der Vereinigten Staaten, Scott Turner, beantwortet worden. Zunächst stellte er fest, wieviel Gold seit der Entdeckung Amerikas gefördert worden ist. Dabei ergibt sich eine Menge von etwa 81 223 Tonnen. Mehr als die Hälfte dieser Gesamtmenge, die sich auf 435 Jahre verteilt, ist in den ersten 27 Jahren unseres Jahrhunderts gewonnen worden. Von der seit 1492 geförderten Goldmenge sind heute noch etwa 14 525 Tonnen in Form von Münzen nachweisbar; das übrige ist anderweitig verarbeitet worden oder seitdem wieder verloren gegangen. Wie verhältnismäßig gering diese Goldmenge ist, geht daraus hervor, daß aus all dem Gold, das seit der Entdeckung Amerikas gewonnen worden ist, sich nur ein Würfel gleichen Ließe, der eine Kantenlänge von 1 1/4 Meter hätte.

Schauspielhaus. Yvette Guilbert, die große französische Vortragskünstlerin, gibt am Mittwoch, 12. März einen Vortragsabend mit neuem Programm unter dem Titel „Chansons de tous les temps“ (Lieder aller Zeiten).





Das unbegabte Kind

Wenn Ostern heranrückt, so beginnt für manches schwerlernende Kind eine Zeit besonderer Qualerei. Dabei wird in vielen Fällen die Mühe, die es sich gibt, nicht einmal anerkannt. Gar oft wird es gescholten: „Du bist faul!“ Nun ist Faulheit aber ein Nicht-Lernen-Wollen; mangelnde Begabung dagegen ist Nicht-Lernen-Können.

Bei einem Kinde, welches wirklich faul ist, wird ein mehr oder weniger starker Zwang zur Schularbeit nicht immer zu umgehen sein. Bei unbegabten Kindern dagegen sollte vor allen Dingen nach den Gründen des Nichtmittommens gesucht werden.

Häufig spielen auch Gründe körperlicher Art eine Rolle. Schwächlichkeit erschwert das Lernen, ebenso die gar nicht so seltene Schwerkhörigkeit. Ist das Kind nervös, so wird es zu Unaufmerksamkeit neigen und dann nicht alles in sich aufnehmen, was es mühte.

Manches als unbegabt angesehenes Kind ist nur langsam. Man muß ihm dies abgewöhnen, was freilich nicht so schnell getan ist.

Man muß ihm dies abgewöhnen, was freilich nicht so schnell getan ist. Aber es sind im Leben diejenigen besser daran, die sich rasch zurechtfinden, eine gewisse Schlagfertigkeit besitzen. Aber die Schnelligkeit darf nicht auf Kosten der Richtigkeit gehen. Mit einer Erziehung zur Oberflächlichkeit ist dem Kinde nicht gedient.

Gedächtnis und Begabung sind nicht dasselbe. Auch Schlechtbegabte können ein gutes Gedächtnis haben. Doch damit ist heute noch nicht viel gedient. Schlußheftenwissen in allen Lebenslagen ist nötiger als irgend etwas auswendig Gelerntes aufzagen zu können.

Von Staat und Gemeinden wird heute vielerorts versucht, in Hilfschulen Schlechtbegabte für sich allein zu unterrichten und auf viele Weise zu fördern. Wenn es den davon betroffenen Eltern auch oft schwer wird, ihre Kinder dorthin zu geben, so ist ein Derwachsnehmen dieser Schüler aus der Zahl der Normalvormittagskinder doch geboten im Hinblick auf die Gesamtheit der Schulkasse, wie auch des unbegabten Kindes selber.

Bei manchen Menschen (auch bei solchen, die viel geleistet haben), hat sich die Begabung erst in späterem Lebensalter entwickelt. Im übrigen besitzt mancher, der in der Schule versagt, Begabung in praktischer (handwerklicher) oder künstlerischer Hinsicht. Jeder sollte auf dem Gebiete gefördert werden, für das er Begabung zeigt. Mit Gewalt läßt sich, wo diese fehlt, nicht viel erreichen. Man macht nur den Kindern das Leben unnötig schwer.

Edgar Herfurths Moral

In dem Grundstück Hartortstraße 1, das dem VVN-Besitzer Edgar Herfurth gehört, hat unter anderem auch ein Schneidermeister einen Laden. Dieser war ursprünglich sechs Meter hoch und wurde infolgedessen im Winter auch bei intensiver Heizung nie recht warm; man froz stets an den Füßen. Im Einverständnis mit Herfurth ließ nun der Schneider auf seine Kosten den übermäßig hohen Raum durch eine Decke in zwei Gefasse unterteilen, wodurch er sich mehr Platz schaffen und zugleich die Heizfähigkeit beträchtlich steigerte.

Edgar Herfurth mühte aber nicht eben Edgar Herfurth sein, wenn er nicht aus jedem Umstand möglichst viel Kapital zu schlagen versuchte! Obwohl sein Mieter die gesamten Unkosten der baulichen

Ehret die Opfer der Revolution!

Vor 10 Jahren versuchte die Reaktion im Kapputsch erneut die Arbeiterklasse niederzuschlagen, zahlreiche Opfer fielen in diesem Ringen. Wir wollen dieser Opfer gedenken und

am Sonntag, dem 16. März, nachmittags in gemeinsamer Demonstration zu den Gräbern der Gefallenen auf dem Südfriedhof marschieren. Niemand entziehe sich dieser Ehrenpflicht gegenüber unseren Vorkämpfern, die ihr Leben für unsere Sache hingaben. Wir sammeln uns in den Bezirken. Treffpunkt und Zeit wird in der LV bekanntgegeben. SPD, Groß-Leipzig, SAJ, Groß-Leipzig, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (Ortsvereine Leipzig), Arbeitersportkartell Leipzig, Deutscher Arbeiterkinderbund (Gau Leipzig), Bund sozialistischer Freidenker (Bezirk Leipzig).

Veränderungen aus der eigenen, nicht gerade „geschwollenen“ Tasche bestritten hatte, ließ er diesem durch seinen Vertreter Emil Bösch mitteilen, daß er die Mietkassen von bisher 1400 Mark jährlich auf 3700 Mark erhöhen müsse! Dies begab sich im Winter 1927/28.

Der Schneidermeister vermochte nicht einzusehen, weshalb er für eine Verbesserung seiner Geschäftsräume die nur in Geld gesteckt hatte, an Edgar Herfurth einen solch gewaltigen Zuschlag bezahlen sollte, und fragte daher vorm Mietgericht. Wertwärtigerweise sprach dieses mit Rücksicht auf die Verzögerung der Wehrschleife dem Verleger der Inseraten-Plantage eine Mehrrente von monatlich 85 Mark zu, nachdem sich der Prozeß rund zwei Jahre hingezogen hatte. Da nun der Schneider nicht gleich zahlen konnte, ließ ihm Herfurth — der nun offenbar nichts mehr zum Leben hatte — kündigen! Seine Räumungsklage wurde allerdings vom Amtsgericht abgewiesen.

Das Verhalten Herfurths ist wieder einmal eine wunderbare Illustration für jene Sorte von christlicher und teuflischer Moral, die tagaus-tagein in der Tagelöhner- des. größten Annoncen-Weders außerhalb Berlins für jene gepredigt wird, die nie als werden. In der Prozeß schaut diese Moral freilich meist recht seltsam aus...

Wer wird Oberbürgermeister?

Das Parteibuch ist entscheidend — Zahlreiche Bewerber — Acht Auserwählte — Der künftige Oberbürgermeister ist noch nicht darunter — Bürgerliche Entrüstung über sozialdemokratisch

Obwohl von den Stadtverordnetenfraktionen bei Berichten über die Bewerbungen um das Leipziger Oberbürgermeisteramt wiederholt und dringend Vertraulichkeit verlangt worden ist, hat irgend ein vereintbürgerparteiliches Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums die Leipziger Neuesten Nachrichten über die Internas unterrichtet. Wir erfahren daraus, daß von den Bewerbern sieben für die engere Wahl ausgesiebt wurden. Dazu kommt ein Kommunist als Stimmisoliertes. Danach stellt sich die Bewerberliste wie folgt:

- 1. Oberbürgermeister Finko, Hagen, Deutsche Volkspartei.
2. Bürgermeister Dr. Goerdeler, Königsberg, Dnt. Vp.
3. Oberbürgermeister Dr. Hartenstein, Freiberg, Aufw.
4. Oberbürgermeister Dr. Reifens, Saarbrücken, Zentrum.
5. Bürgermeister Vid, Stettin, Demokrat.
6. Oberbürgermeister Dr. Schimmel, Glauchau, Wirtschpt.
7. Stadtrat Schmude, Frankfurt a. M., Demokrat.
8. Stadtrat a. D. Stoll, Berlin, Kommunist.

Die Kandidaten sollen sich in nächster Zeit den Stadtverordneten und dem Rat vorstellen und vor ihnen ihr kommunalpolitisches Programm entwickeln. Der Auserwählte der Kommunisten verzichtet auf diese Vorstellung. Der künftige Bürgermeister hält sich einstweilen scheinbar noch im Hintergrund. Er wird sich erst hervorbewähren, wenn Wahltag ist. Sein Parteibuch ist offenbar das in jeder Beziehung beste, und damit seine Wahl schon im voraus gesichert.

Interessant ist das Verhalten der VVN, die im Anschluß an die vorkühend genannten Bewerbungen sich in allerhand tiefgründige Betrachtungen über Machtpolitik bei Wahlen ergehen. Natürlich treibt nicht etwa das Bürgerturn Machtpolitik. Es bewahrt! Sogar findet man nach Auffassung der VVN nur bei der Sozialdemokratie. Doch lesen wir:

Immer wieder wird von der sogenannten „Großen Koalition“ gesprochen, die allein arbeitsfähig sein soll. Man meint die Bildung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft der Mitte und die Einigung auf einen Oberbürgermeister-Kandidaten, dem auch die Sozialdemokraten ihre Stimme geben könnten, geben allein die Grundlage für eine solide und positive Kommunalarbeit. Die Leipziger Bevölkerung, so sagt man, wolle die Parteienverwirrung nicht bis auf das Oberhaupt der Stadt ausgebreitet wissen. Das ist bestimmt auch unsere Auffassung, aber es erscheint müßig, diese Mahnung etwa an die stärkste bürgerliche Gruppe im Stadtparlament, an die Vereinigte Bürgerfraktion zu richten.

Man braucht die Geschichte des Leipziger Ratskollegiums nicht allzu lange zu kennen, um zu wissen, wann die Parteienverwirrung, wann die politische Unzulänglichkeit einsetzte. Es war in der letzten Sitzungsperiode, als wir eine Unförmigkeit im Stadtparlament hatten. Damals, vor no nicht zwei Jahren, fragten die Sozialdemokraten nicht danach, ob ihre Kandidaten so aussähen, daß auch die Bürgerlichen ihnen hätten ihre Stimme geben können. Es waren bestimmt solche Anwärter vorhanden gewesen. In Stadtverordnetenkollegium selbst lagen auf der Linken Männer, denen wir bei aller politischen Gegnerschaft noch heute ein solches Maß von Sachlichkeit zugestehen, daß sie es verstanden hätten, ihre Aufgaben als Männer der kommunalen Verwaltung frei von parteipolitischen Bindung zu lösen. Man brauche diese Anwärter nicht; man wählte in Stadtrat Freitag, in Bürgermeister Schulze Männer, die nach dem Wunsch des linken Flügels der Sozialdemokratie und damit für jeden Bürgerlichen untragbar waren.

Vergesse man aber damit einmal die Stadtratswahlen der Jahre 1924 und 1925. Leipzig hatte damals eine bürgerliche Mehrheit, niemals aber hat sich diese parteipolitisch gebunden gefühlt. Die vier Stadträte, die man in diesen Jahren wählte, stehen den verschiedensten Parteien nahe, und man nahm auch auf

keine Gruppen Rücksicht, weil man Persönlichkeiten wählen wollte, die der Allgemeinheit zu dienen in der Lage waren, und nicht Parteimänner.“

Fast könnte man glauben, das sei von Leuten geschrieben, die auf dem Monde leben. Hier auf der Erde, gerade an unserem Fleck Leipzig, sah und sieht es nämlich ganz, ganz anders aus. Hier hatte bis zum Jahre 1921 die Linke die Mehrheit. Und diese war recht beträchtlich. Damals war die Amtszeit des Stadtrats Dr. Werfel abgelaufen. Die Sozialdemokratie hat davon abgesehen, ihm einen eigenen Kandidaten gegenüberzustellen. Er wurde daher mit den Stimmen der Sozialdemokratie wiedergewählt. Im Jahre 1922, als die Linke die gleiche Stärke wie die bürgerliche Seite des Stadtverordnetenkollegiums hatte, verzichtete die Sozialdemokratie abermals auf eigene Kandidaturen, als die Amtsdauer der Stadträte Bluth und Böhm abgelaufen war. Beide wurden mit den Stimmen der Sozialdemokratie gewählt. Im Jahre 1923 war die Stelle eines Bürgermeisters neu zu besetzen. Zum erstenmal stellte die Sozialdemokratie einen eigenen Kandidaten auf, und zwar den sowohl als Verwaltungswissenschaftler als auch als Verwaltungspraktiker weit und breit bekannten Genossen Dr. Herz, jetzigem Bürgermeister in Berlin. Obwohl das Bürgerturn sämtliche berufsmäßigen Sitze innehatte, und obwohl es nicht einen Stadtverordneten mehr als die Linke besaß, gelang es der Sozialdemokratie noch nicht einmal diesen einzigen Kandidat zu. Sie wählte den damaligen Polizeirat Dr. Kubitz. Es standen 36 gegen 36 Stimmen. Das Los entschied zugunsten Kubitz.

Der Periode der Stimmengleichheit folgte 1924 eine Periode bürgerlichen Stimmenübergewichts. Die Linke hatte 35 Sitze, das Bürgerturn 38. In dieser Periode waren fünf Ratsstellen zu besetzen und die Stelle des 2. Bürgermeisters.

Bei der Bürgermeisterwahl verzichtete die Sozialdemokratie auf die Ausstellung eines eigenen Kandidaten. Für die übrigen 5 Stadtratsämter stellte sie dagegen Bewerber aus ihren Reihen. Bei allen fünf Wahlen stimmte das Bürgerturn geschlossen gegen die Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokratie hatte damals 19 Stadtverordnetenmandate. Ihr hätten, wenn das Bürgerturn nicht nachstehe Parteibuchpolitik treiben wollte, von den insgesamt fünfzehn Stadtratsämtern mindestens vier zugestanden werden müssen. Aber nicht einem einzigen gab auch nur ein einziger Bürgerlicher seine Stimme. So haben die bürgerlichen Fraktionen es allemal getrieben, wenn sie die Macht dazu hatten. Im Haß gegen die Sozialdemokratie waren sie stets alle brüderlich vereint. Wir erlauben uns daher, es reichlich pharisaisch zu finden, wenn das Bürgerturn der Sozialdemokratie machtpolitische Wären vorzumerfen wagt, weil sie gegenüber dieser bürgerlichen Parteibuchpolitik nun darauf bestand, daß ein paar Vertreter der Mehrheit der Wähler, und damit der Mehrheit der Bevölkerung, auch als berufsmäßige Stadträte in das Rathaus zögen.

Nach der jetzigen Stärke der sozialdemokratischen Fraktion ständen ihr von den insgesamt 15 berufsmäßigen Ratsstellen 6 zu. Das Bürgerturn denkt gar nicht daran, auch nur einen ersten Schritt zur Durchführung solcher Besetzung zu machen. Im Gegenteil, es wehrt sich, wie vor Über sozialdemokratische Unzulänglichkeit, die Sozialdemokratie gar keinen Kandidaten aufgestellt hat, sondern sich lediglich die Kühnheit herausnahm, zu erkennen zu geben, daß sie einem Kommunalreaktionär wie Dr. Köpfer nie und nimmer ihre Stimme geben werde. Man sollte meinen, daß man in bürgerlichen Kreisen diese einfache Tatsache schon lange vor dem Rücktritt Dr. Köpfers hätten voraussehen können, ohne dabei Entrüstung blasen zu müssen.

Die bürgerlichen Parteien mögen sich jetzt in ihrem geschwollenen Machtdünkel mit Parteibuch-Stadträten überfüllern. Die Wahlen erfolgen auf 6 Jahre. Die späteren Blätter der Geschichte schreibt die Sozialdemokratie. Und das, was heute das Bürgerturn einzutragen beisteht, wird nicht ohne Einfluß bleiben auf das, was morgen folgt.

Paulchens Entdeckung!

Der Redakteur der Arbeiter-Politik, der „große“ Paul Böttcher, hat eine wichtige Entdeckung gemacht, die ihn des sonderbaren Glaubens werden läßt, daß sein Blättchen wirklich aktuell sei. Paul mit dem großen — Rebeorgan, der vor vielen Jahren eine Gastrolle in der Zeitungsjournalerei und anschließend in der Redaktion der WP gab, hat gefunden, daß die Nummer 59 der Leipziger Volkszeitung mit Dienstag, den 10. März 1930, anstatt den 11. März 1930, ausgezeichnet wurde. Voller Freude jückte Paul

flugs seine Feder und prangerte dieses gewaltige technische Versehen an. Hemmungslos wie der gewesene Karpfen-Minister und Schriftsetzer Böttcher nun einmal ist, macht er die Redakteure der WP für dieses „weltbewegende“ Geschehnis ohne weiteres verantwortlich.

Doch weshalb Paulchen, der „Kochmann“, das Geschreibsel überhaupt vollführte, wird erst am Ende seines geistreichen Ergusses sichtbar. Dort heißt es nämlich:

„Wer ein lebendiges kampffrohes Blatt lesen will, das die Interessen der Arbeiterschaft ohne Rücksicht auf Koalitionspolitik und Parteipräferenzen vertritt, der bestellst das Blatt der Klassenmühen ab und abonniert die Arbeiter-Politik.“

Gut gebrüllt, Löwe Paul! Wir kennen die Sorgen der SPD, Leute, sind aber dazu der Meinung, daß die „umfangreiche“ kommunistische Arbeiter-Politik trotz Böttchers Geschrei in vieler Hinsicht ein Blatt für geistig Bedürfnislose ist. Zu letzterer Kategorie gehört aber die sozialdemokratische Arbeiterschaft nicht. Paulchens Böttcher wird also noch manche Zeile in seinem Blättchen schreiben und ebenso viele Entdeckungen machen müssen, ohne zu erreichen, daß sich die Abonnentenzahl der Arbeiter-Politik mit jener der Leipziger Volkszeitung messen kann.

Anfragen und Beschwerden über Postdienst

Zur Vermeidung von Verzögerungen in der Erledigung empfiehlt es sich, Anfragen und Beschwerden über Vorkommnisse des laufenden Post-, Postfach-, Telegraphen- und Fernsprechdienstes unmittelbar an das beteiligte Amt (Postamt, Postfachamt, Telegraphenamts, Fernsprechamt) zu richten. Für Angelegenheiten, die die Auslieferung, Beförderung, Gebühren-erhebung oder Verlustfälle betreffen, sind die Aufgabeanstaltenzuständig, während Anträge wegen Abholung oder Nachsendung von Postsendungen sowie Anzeigen von Firmenänderungen, Vollmachtregelungen, Wohnungsänderungen oder Beschwerden über Unregelmäßigkeiten bei angekommenen Postsendungen und Telegrammen bei demjenigen Verkehrsamt anzubringen sind, in dessen Zustellbezirk der Antragsteller wohnt oder bei dem er abholt.

Tehners Geständnis

Der des Mordes und Mordversuchs beschuldigte Leipziger Kaufmann Tehner hat bei einer zweiten Vernehmung in der Untersuchungshaft in Regensburg endlich ein Geständnis abgelegt. Danach hat er den Unbekannten, den er zwischen Leipzig und Hof zur Mitfahrt eingeladen hatte, mit Benzin übergossen und das Benzin entzündet; so daß der Unglückliche bei vollem Bewußtsein verbrannte. Tehner hat jetzt auch den zuerst abgelegenen Mordversuch an dem Mechaniker Ormer zugegeben. Seine Frau, so wird von ihm berichtet, habe von dem Plan gewußt und ihn gebilligt; dagegen werden die Verdachtsmomente gegen die ebenfalls verhaftete Kassiererin Nagel aus Regensburg, die der Mitwisserschaft beschuldigt wird, immer mehr entkräftet, so daß ihre Haftentlassung in Aussicht genommen ist.



Oberbürgermeisterwahl in Leipzig. Kandidaten der Vereinigten und ihrer Stimmtruppen.



# Wo ruft die Pflicht?

Sozialistische Bildungsarbeit.

Kurfürst Dr. August Siemsen. Heute Mittwoch, 20 Uhr, Bundeschule: Von Weimar aufwärts (Geschichte von 1818 bis zur Gegenwart). Anmeldungen im Kursraum noch möglich.

## Auspracheabend.

Entscheid. Heute Mittwoch, 20 Uhr, im Restaurant Lindenhof, Magdalenastraße, spricht Landtagsabgeordneter Genosse Ferkel über: Die Regierungsbildung in Sachsen.

## Funktionäre.

Modau. Morgen Donnerstag, 20 Uhr, im Lindenhof: Wichtige Sitzung.

Entscheid. Funktionärstagung am Freitag, dem 14. März, 20 Uhr, im Gohenschlößchen: Zusammenstellung des neuen Funktionärkörpers. Alle Funktionärskarte mitbringen.

## Frauen.

Engelsdorf. Donnerstag, 13. März, 20 Uhr, im Gasthof Besse: Frauenfeierstunde.

Sitzung. Freitag, 14. März, 20 Uhr, im Gasthof: Vortrag des Genossen Böhlert: Rund um Leipzig.

Leipzig. Donnerstag, 13. März, 20 Uhr, im Ratskeller: Vortrag der Genossin Hammermeister: "Warum müssen wir Sexual- und Eheberatungsstellen fördern?"

Taucha. Morgen Donnerstag, 20 Uhr, im Schützenhaus (Diele): Frauenabend

## Gemeinschaft Kinderfreunde.

Groß-Deitzsch. Sonntag, den 16. März, 10 Uhr: 2. Filmvorführung in den Apollo-Theatervorführungen. Jugendweihelken und alle Kinder der Parteigenossen willkommen. Eintritt 25 Pfg.

Bebel-Liebkecht-Feyer: 30. März. Wir beteiligen uns geschlossen an der Feier.

Osten II. Horde Erwin. Donnerstag, im Mühlheim: Hordeabend.

Sittleritz. Morgen Donnerstag, 19.30 Uhr: Helfersitzung in der Bibliothek. Erscheinen aller notwendig.

Möden. Heute Mittwoch, 20 Uhr: Helfersitzung im Arbeiterheim.

Connewitz. Unsere Buchverlosung findet am 17. März, von 18.30 Uhr an, in der Goldenen Krone statt. Ein Los 50 Pfg. Jedes 2. Los gewinnt.

## Mitglieder-Veranstaltungen

Baunsdorf. Nächsten Sonnabend, den 15. März, 20 Uhr, im Saale des Gutsparks: Mitgliederversammlung. Genosse Lautenbach spricht über "Faschismus".

## Warnung vor Nachschlüssel Dieben

Am 7. März sind zwischen 14 und 17 Uhr unbekannte Diebe vermutlich mittels Nachschlüssels in mehrere von Hausangestellten bewohnte Zimmer im Grundstück Ferdinand-Rhode-Straße 2 eingebrochen und haben aus erbrochenen Behältnissen nachverzeichnete Sachen gestohlen: 1 silberne Damenuhr, eine Damenuhr mit schwarzem Armband, 1 goldene Vorstecknadel, ferner 1 Zwanzigmarkstück und 1 Zehnmarsstück. Als Mittäter kommt ein unbekannter Mann in Frage, der gegen 16 Uhr das Grundstück betreten und auf Befragen angegeben hat, daß von Hausangestellten bei ihm ein Radioapparat bestellt worden sei. Eine Beschreibung des Unbekannten kann nicht gegeben werden.

Am selben Tage wurde ein gleicher Diebstahl aus mehreren von Hausangestellten bewohnten Zimmern im Grundstück Salomonstraße 18a ausgeführt. Hierbei fielen den Tätern nachverzeichnete Sachen in die Hände: 1 goldene Halskette, 3 goldene Ringe, 1 goldenes Armband mit Anhänger, 1 Gelbbörse aus grauem Saffianleder, enthaltend 10 Mark in Silber, 1 mattgoldene Armbanduhr, 1 silberne Armbanduhr.

In beiden Fällen handelt es sich mit größter Wahrscheinlichkeit um die gleichen Täter, die am 6. März, wie bereits berichtet, mehrere Zimmer von Hausangestellten im Grundstück Gottschalkstraße 21 mittels Nachschlüssels geöffnet und daraus verschiedene Sachen gestohlen hatten. Wer sachdienliche Beobachtungen gemacht hat, die zur Ermittlung der Täter führen können, wird gebeten, sie dem Kriminalamt mitzuteilen.

## Urlaub für die Besucher der Berufsschulen

Vom Schulleiter der Stadt Leipzig wird geschrieben: Die Urlaubsanforderungen aus Arbeitgebertreisen häufen sich derzeit, daß kaum ein Schultag vergeht, an dem nicht in den meisten Klassen Schüler oder Schülerinnen aus geschäftlichen Gründen vom Unterricht zurückgehalten werden sollen. Es ist auch vorgekommen, daß Arbeitgeber ihre Berufsschulpflichtigen zurückhalten und erst nachträglich die Schule in Kenntnis gesetzt haben.

Die Berufsschule ist eine gesetzlich verankerte Einrichtung, die den weitesten Kreisen der Bevölkerung in ihrer Bedeutung und Notwendigkeit voll gewürdigt wird. Die Zeit, die der Berufsschule zur Erreichung ihrer Aufgaben und Ziele zur Verfügung steht, ist auf das äußerste beschränkt. Die Entziehung der Schüler vom Unterricht bedeutet diesen gegenüber ein schweres Unrecht.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß Lehrherren, Dienstherren und Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet sind, ihren Lehrlingen, Angestellten und Arbeitern die zum Besuche der Berufsschule nötige Zeit einzuräumen, sie auch dazu anzuhelfen. Die Erlaubnis zum Wegbleiben eines Schülers aus der Berufsschule ist in der Regel vorher zu erbitten. Im allgemeinen gilt nur Krankheit der Schüler als Grund für Schulverhinderung.

Urlaub aus beruflichen Gründen kann nur bei unaufschiebbarer Dringlichkeit erteilt werden. Der dadurch veräumelte Unterricht muß aber unter allen Umständen an einem anderen Schultage nachgeholt werden.

## Himmel und Geschäft

Folgendes Inserat, das wie uns mitgeteilt wird, in verschiedenen sächsischen Zeitungen um die Weihnachtszeit gestanden haben soll, zeigt, wie man recht vorteilhaft die Spekulation auf himmlische Hoffnungen zu einem guten irdischen Geschäft auswerten kann. Uns scheint, die zweite Spekulation auf diesseitigen, die nicht alle werden, ist daran das einzig Reale. Also ein Geschäftsklütiger inserierte:

### "Hübsches Weihnachtsgeheim!"

"Abdutor" ist ein neuerfundener kleiner Apparat zum Verzeihern mit dem Jenseitigen, wenig umfangreich, leicht transportabel, allein, ohne Mittelsperson, verwendbar. Geistige Freunde erfinden ihn und geben ihm den Namen. 5,50 Mark incl. Versandposten. — Verlag Oswald Ruge, Leipzig, Postfach Nr. 53 841."

Ob nicht das Wichtigste an der Erfindung der "geistigen Freunde" die Nummer des Postfachs ist? Wir trauen es der gegenwärtigen Menschheit durchaus zu, daß das Geschäft mit "Abdutor", besonders in Anbetracht der allgemeinen Sentimentalität um Weihnachten herum, kein schlechtes gewesen ist.

Grasmus.

ABT. Wie uns von der Intendanz der Städtischen Theater mitgeteilt wird, muß am Freitag, 28. März, anstatt "Salome" gespielt werden.



## Die Gemeindeverordneten von Zaucha

Der Preis für Bauland für ein Doppelfamilienhaus für Kinderreiche wurde auf 1 Mark für 1 Quadratmeter festgesetzt. In den Schulausschuss wurden von uns die Verordneten Oswald Riebel und Paul Richter, als Elternvertreter Georg Esche gewählt. Die Rechte hatte zwei Anträge in letzter Stunde, wohl als Ueberrumpelung, eingebracht: 1. Herabsetzung der Feuerschutzsteuer auf ein Zehntel der gegenwärtigen Höhe. Wir bekämpften dies und verlangten Verhandlung im Finanzausschuss in Verbindung mit dem Haushaltsplan und den Grundsteuerzuschlägen. Nach langer Aussprache drang unser Antrag durch, da auch die SPD sich auf unsere Seite schlug. — Eigenartige Ansichten der Rechte über das Ehrenbürgerrecht offenbarte der zweite Antrag. Einer als Gutsauszüglerin seit 4 Jahrzehnten zurückgezogen hier lebenden Frau war es vergönnt, den 90. Geburtstag zu feiern. Herr May, der Sprecher der Rechte, verlangte alles Entzies, ihr deshalb das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. Über selbst die Fraktionsgenossen des Antragstellers nahmen dagegen Stellung. Der Frau wird ein schriftlicher Glückwunsch übermittelt. Die Ueberlassung von Gelände für Bad und Sportplatz des Turnvereins in Erbpacht soll durch einen Ausschuss weiter verhandelt werden, in dem außer dem Bürgermeister und Vertretern des Turnvereins 8 Gemeindeverordnete vertreten sein sollen.

## An unsere werten Inserenten!

Am 16. März d. J. jährt sich zum zehnten Male der Tag, an dem der Feind der Republik durch den geschlossenen Willen der Arbeiterschaft und aller Republikaner niedergeworfen wurde. Aus diesem Anlaß erscheint am Sonnabend, dem 15. März

## die Leipziger Volkszeitung als Gedächtnisnummer

Diese Nummer wird in erhöhter Auflage gedruckt und liegt zwei Tage auf. Besondere künstlerische und literarische Durcharbeitung wird dieser Gedächtnisnummer ein besonderes Gepräge geben. Wir laden unsere werten Inserenten zur Insertion in dieser Nummer ein.

## Engelsdorf.

Zur Frauenfeierstunde des Ortsvereins muß leider mitgeteilt werden, daß die Genossin Anna Siemsen erkrankt im Krankenhaus zu Zwickau liegt. An ihrer Stelle wird die Genossin Martha Schlag, W. d. L., Chemnitz, die Feiern übernehmen. Frauen kommt zahlreich, die bekannte Rednerin des Landtages und das übliche Programm verprechen einen genussreichen Abend. Bringt eure Männer mit, auch sie sind herzlich willkommen.

## Konsumverein für Zwenkau und Umgeg.

Frühjahrsvertreterversammlung am 9. März.

Geschäftsführer Behrmann berichtet vor 120 Vertretern über das erste Halbjahr 1929/30. Trotz furchtbarer Wirtschaftskrise und der gesunkenen Kaufkraft ist der Umsatz um 6,5 Prozent gestiegen. Dabei ist sogar der Ausfall durch die Verschmelzung des Konsumvereins 2. Döblich mit dem AB L. Wagwitz weitgemacht worden. Größte Beachtung wurde dem Aus- und Umbau der Verteilungstellen geschenkt. Zwei Spezialverteilungsstellen für Fleisch- und Wurstwaren wurden neu eröffnet.

Von den Produktbetrieben entwickelte sich die Fleischerei besonders günstig. Ihre Umsatzerlöse betrug 55 Prozent, der wöchentliche Durchschnittsverbrauch an Fleisch- und Wurstwaren pro Mitglied 3,45 Mark. Für erwerbslose und kranke Mitglieder wurden größere Beträge aufgewandt, die Unterstützungen werden fortgesetzt. Das neue genossenschaftliche Volksblatt wird seit 1. Oktober 1929 kostenlos ins Haus geliefert. Vorausschicklich wird ab 1. Juli dafür ein kleiner Anstößbeitrag erhoben.

Auch blanzmäßig ist der Stand günstig, angelegte Werte, ständige und eigene Mittel sowie Forderungen betragen 491.349 Mark, diesen standen 516.153 Mark laufende Verpflichtungen gegenüber. Die Spareinlagen steigerten sich von 270.000 Mark auf 321.000 Mark = 19 Prozent. Rund 80 Prozent sind flüssig angelegt.

Die Ergänzungswahlen zum Aufsichtsrat ergaben für den Wahlvorschl. I 99 Stimmen und gilt dieser als gewählt; für Wahlvorschl. II (Opposition) 20 Stimmen. Der Antrag "Errichtung einer Fleischwarenteilungsstelle in Rieritzsch" wird an die genossenschaftliche Sitzung verwiesen. Antrag Franks: "Die offiziellen Bekanntmachungen der Genossenschaft außer in der WZ und der SZ auch noch im Organ der kommunistischen Opposition, der 'Arbeiterpolitik', zu veröffentlichen, wird mit großer Mehrheit abgelehnt."

Mit einem Appell an alle Vertreter, am Aufbau der Genossenschaft eifrig mitzuarbeiten, schloß der Verhandlungsführer, Gen. Beyer, die Versammlung.

## Großsch.

e Diskussionsabende. Einem oft geäußerten Wunsch vieler Parteimitglieder entgegenkommend, will der Bildungsausschuss nach Erledigung der notwendigen Vorarbeiten die Errichtung von Diskussionsabenden zur Tat werden lassen. Alle interessierten Parteimitglieder werden gebeten, sich Montag, den 17. März, 20 Uhr, im Turnerheim, zum ersten Abend einzufinden. Es ist dort Gelegenheit geboten, über die näheren Aufgaben der in Aussicht genommenen weiteren Veranstaltungen alles Wissenswerte zu erfahren.

## Mitthe.

Zum 90sten Geburtstag unseres alten Vorkämpfers August Bebel und zur Erinnerung an die 10jährige Niederwerfung des Rapp-Butsches ruft die Partei für Sonnabend, den 15. März, 20 Uhr, ins Gewerkschaftshaus eine Versammlung ein. Es gilt, unseren alten Führer zu ehren.

## Begau.

Auf Grund eines zwischen den Schulbezirken Begau und Großsch. geschlossenen Verwaltungsvertrages hat das Ministerium für Volksbildung die Errichtung einer höheren Abteilung an der Volkshaus zu Begau, die Oftern 1930 mit dem 5. Schuljahre beginnen soll, genehmigt. Anmeldung begabter Kinder werden jetzt noch entgegengenommen. Die Aufnahmeprüfung wird voraussichtlich in der Woche vom 17. bis 22. März erfolgen.

Ausstellung von Schülerarbeiten und Schmitteln in der Verbands-Berufsschule. Wir verweisen auf das heutige Inserat.

## Mittelbare Folgen einer gewerblichen Berufskrankheit sind zu entschädigen

Diese vernünftige Entscheidung hat das Reichsversicherungsamt am 30. September 1929 gefällt. Dieser Entscheidung liegt folgende Tatbestand zugrunde:

Ein Arbeiter hatte sich bei seiner Arbeit durch Einwirkung von arsenhaltigem Flugstaub einen Hautausschlag zugezogen. In die durch den Hautausschlag entstandenen offenen Hautstellen waren Eitererreger eingebracht, die den Tod des Arbeiters herbeiführten.

Die Berufsgenossenschaft hatte zunächst ihren ablehnenden Standpunkt damit begründet, daß der Betrieb nicht unter die Verordnung vom 12. Mai 1925 falle, und daß Hautausschläge nicht zu den Krankheiten gehören, die den Schutz der Verordnung vom Mai 1925 genießen. Schließlich machte die Berufsgenossenschaft noch geltend, daß ein Entschädigungsanspruch schon deshalb nicht bestehe, weil nur eine mittelbare Folge einer Berufskrankheit vorliege. Zu dem letzteren Einwand der Berufsgenossenschaft sagt das Reichsversicherungsamt:

"Die mittelbaren Folgen von Betriebsunfällen sind auch mittelbare Folgen gewerblicher Berufskrankungen zu entschädigen. Dies ergibt sich unbedenklich aus § 5 Absatz 1 der Verordnung, wo ausdrücklich gesagt ist, daß bei Anwendung der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Gewerbeunfallversicherung an die Stelle der Körperverletzung durch Unfall die Erkrankung an einer Berufskrankheit tritt. . . . Nach den ständigen Rechtsprechungen des Reichsversicherungsamts sind aber nicht nur die unmittelbaren, sondern unter Umständen auch die mittelbaren Folgen eines Unfalls zu entschädigen."

Diese Entscheidung ist besonders wichtig für Buchdrucker. Die uns bis jetzt von der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft vorgelegten Rentenbescheide bestätigen in der Regel, daß am Tage der Untersuchung Bleierkrankung nicht mehr festgestellt wurde, ohne auf die Folgen einer Bleierkrankung Bezug zu nehmen.

## Bevölkerungsvorgänge

Nach dem 9. Wochennachweis des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig fanden in der Woche vom 23. Februar bis 1. März 105 Eheschließungen statt. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug in der Woche vom 16.—22. Februar 206, davon 118 Knaben und 88 Mädchen. Totgeborene wurden 8 festgestellt. Gestorben sind in der Woche vom 23. Februar bis 1. März 183 Personen, darunter 18 Kinder unter 1 Jahr. Unter den Gestorbenen befanden sich 87 männliche und 78 weibliche Personen. Von den Todesfällen entfielen auf Typhus 1, Diphtherie 3, Grippe 1, Tuberkulose 16, Krebs 23, Gehirnschlag 7, Herzkrankheiten 32, Lungenerkrankung 17, sonstige Krankheiten der Atmungsorgane 10, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall 2, Rindpestfieber 1, Altersschwäche 4, übrige natürliche Todesursachen 35. 7 Personen erlitten tödliche Unfälle und 5 endeten durch Selbstmord.

## Leipziger Rundfunkprogramm

Donnerstag, 13. März.

- 10,00 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- Anschließend: Schallplattenmusik.
- 11,45 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen.
- 12,00 Uhr: Weitere Stunde. Schallplatten.
- 12,00 Uhr: Wettervorhersage, Schnee-, Regen- und Börsenbericht.
- Anschließend: Walzer als Kunst- und Gebrauchsmusik. Schallplatten.
- 14,30 Uhr: Für die Jugend: Doktor Dolittles zweites Abenteuer: Die Affenkrankheit. Als Hörspiel bearbeitet von Hermann Kasch und E. L. Schiffer. Leitung: Joseph Krahé.
- 15,40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 16,00 Uhr: Zum Studiumbeginn. (Ein älteres Semester unterhält sich mit einem Abiturienten.)
- 16,30 Uhr: Solistenkonzert. Mitwirkende: Fritz Stauffert, Hellmuth Ebbs, Briska Wich. Am Flügel: Heinz Drewes, sämtlich vom Nationaltheater in Weimar.
- 17,30 Uhr: Das neue Buch. Dr. Hubert Richter, Sächs. Landesbibliothek, Dresden: "Neueste Geschichte."
- 17,55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 18,05 Uhr: Steuerrundfunk.
- 18,40 Uhr: Konzert von Esjeren, C. M. Affler: Spanisch.
- 19,05 Uhr: Otto Fürstener, Dresden: "Die Kapitalkonzentration in der freien Arbeitnehmerbewegung und ihre Bedeutung."
- 19,35—20,25 Uhr: Konzert. Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Hilmar Weber.
- 20,30 Uhr: Hinter den Kulissen des Varietés.
- 21,00 Uhr: Uebertragung aus dem Gemerdebüro in Dresden: "Die Gesterbraut" von Anton Dvorak. (2. und 3. Teil.) Ballade von R. J. Erben, für Soli, gemischten Chor und großes Orchester. Dirigent: Prof. Joseph Gustav Wroczel. Solisten: Lydia Günther-Kleemann (Sopran), Kammeränger Martin Kremer, Staatsoper-Dresden (Tenor), Kammeränger Robert Burg, Staatsoper Dresden (Bariton). Orchester: Das verstärkte Dresdner Kammerorchester. Chor: Dreißigjährige Singakademie Dresden, gegründet 1807.
- 22,00 Uhr: Funkenhilfe, Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht und Sportfunk.
- Anschließend: Funkenhilfe.

## Berammungskalender

Mittwoch, 12. März 1930.

Baukempner (Vertrauensleute und Betriebsräte), Volkshaus, 19,30 Uhr.  
Bund soz. Freidenker, Ortsgruppe Osten, Reichshäfen, 20 Uhr.  
Bund soz. Freidenker, Ortsgruppe Dehsh-Gaughsh-Föbiger, Reichshaus, 20 Uhr.

Donnerstag, 13. März 1930.

Maurer, Volkshaus, 19 Uhr.  
Belegmonteure und Helfer, Volkshaus, 19,30 Uhr.

## Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute Gefülltes Weißbrot mit Speck 30 Pfg. Schachtel. Hausergericht: Trübsand und zwei Solopellets auf Schinken 60 Pfg. — Morgen Gebäck: Kalbsbrust mit Mayonnaise Salat 1,10 Pfg. Hauptgericht: Gabe Erbsensuppe und Fleischklops mit Gutterroule 60 Pfg.



# Vom Sommerfahrplan

Der am 15. Mai in Kraft tretende Sommerfahrplan bringt eine Reihe Neuerungen, deren wichtigste aus dem Bereich der Direktion Dresden wir hier wiedergeben. Es verkehren ab 15. Mai ab Leipzig:

D 22 ab Leipzig 10,12, an München 18,25, in Marktredwitz Anschluß D 180 nach Nürnberg und Lindau, D 23 ab München 12,10, an Leipzig 22,42, in Marktredwitz Anschluß von Nürnberg und Lindau, D 188 ab Leipzig 11,55, an Reichenbach 13,28, an Eger 15,50, an Marienbad 16,47; D 18 ab Leipzig 12,00, an Reichenbach 13,50, an Eger 17,02, an Marienbad 18,18. — Abendzug Dresden-Leipzig E 212 ab Dresden 22,52, an Leipzig 0,30.

## Linie Leipzig-Hof.

a) Zug 4312, legt 15,30 ab Leipzig Hof, nach Hof, wird in Leipzig Hof, erst 15,49 abgefahren und erhält hierdurch Anschluß vom Zug 1506 von Dresden-Döbeln (an Leipzig Hof, 15,40).

b) Zug 4224: 23,36 von Leipzig Hof, nach Altenburg hält flüchtig auch in Großstädteln.

c) Zug 1985, ab Werda 12,00 nach Krimmitschau, der jetzt an Sonnabenden bis Altenburg verkehrt, wird an diesen Tagen bis Regis-Breitungen ausgedehnt. In der Gegenrichtung verkehrt an Sonnabenden ein Zug 1964a ab Regis-Breitungen 13,25, an Werda 14,47.

d) Zur Verbesserung der Verbindungen Berlin-Leipzig-Meerane-Glauchau u. Dresden-Glauchau-Meerane-Altenburg wird im Anschluß an die D 18 und 124 an Werktagen ein neues Zugpaar wie folgt eingerichtet: 12,45 ab Altenburg, 13,06 ab Gößnitz, 14,17 ab Meerane, 14,33 an Glauchau, 16,06 an Altenburg, 15,50 ab Gößnitz, 15,41 ab Meerane, 15,24 ab Glauchau.

## Linie Leipzig-Göschwitz-Meuselwitz.

a) Zug 3387: 5,55 von Meuselwitz nach Leipzig wird beschleunigt und trifft bereits 7,08 in Leipzig Ban. Hf. ein.

b) Als Ersatz verkehrt ein neuer Vorortzug 2441: ab Göschwitz 7,00, an Leipzig Ban. Hf. 7,20.

c) Zug 2435: 8,30 von Zwenkau nach Leipzig wird früher gelegt, und zwar ab Zwenkau 6,20, an Leipzig Ban. Hf. 7,03.

d) Züge 2402: 16,39 ab Leipzig Ban. Hf. nach Meuselwitz, 25,50: 20,51 ab Leipzig Ban. Hf. nach Weitzahn und 25,20: 6,12 ab Froburg nach Leipzig erhalten Aufenthalt in Großstädteln.

## Linie Leipzig-Bad Naußlitz-Chemnitz.

a) Zwischen Leipzig und Chemnitz wird ein Nachschneellzug D 200: ab Leipzig Hof, 23,35, an Chemnitz Hof, 0,08 eingestellt, der in Leipzig Hof, die Anschlüsse von den Zügen D 151 von Hamburg, D 171 von Holland und D 238 von Berlin aufnimmt.

b) Zug 4502 wird später gelegt und beschleunigt wie folgt: ab Leipzig Hof, 8,29 (statt 8,13), an Chemnitz Hof, 11,06 (statt 11,02).

c) Sonnabendszug 4512 (legt 13,50 ab Leipzig) wird später gelegt, und zwar: ab Leipzig Hof, 14,20, an Chemnitz Hof, 16,10, um die lange Wartezeit in Chemnitz zum Zug 1894: 16,10 ab Chemnitz Hof, nach Oberwiesenthal abzulösen.

d) Züge 4506 und 4507 werden zwischen Leipzig und Bad Naußlitz, Zug 4507 außerdem auch nach Chemnitz bis Burgstädt von Vorortverkehr befreit und dadurch wesentlich beschleunigt wie folgt: ab Leipzig Hof, 15,03 (statt 14,29), an Chemnitz Hof, 17,18 (statt 17,15); 4507: ab Chemnitz Hof, 15,48 (statt 15,32), an Leipzig Hof, 17,43 (statt 17,50). 4507 nimmt nunmehr den Anschluß vom Münchner Schnellzug D 121 (an Chemnitz Hof, 15,37) auf.

e) Als Ersatz sind im Leipziger Vorortverkehr neue Vorortzüge 4538: ab Leipzig Hof, 14,35, an Bad Naußlitz 15,36 und 4539: ab Bad Naußlitz 17,12, an Leipzig Hof, 18,14 vorgesehen. Im Chemnitzer Vorortverkehr ist der Zug 2533a vor Zug 4507 gelegt und bis Burgstädt ausgedehnt worden; ab Chemnitz Hof, 15,30 anstatt 16,08.

f) Auf Wunsch der Burgstädter Verkehrsreise ist der Zug 2534 später gelegt worden; ab Cossen 18,07, ab Burgstädt 18,18, an Chemnitz Hof, 18,40.

## Linie Leipzig-Borna-Weitzahn.

In Verbindung mit der Verlegung des Zuges 4506 (s. Linie Leipzig-Chemnitz) wird auch Zug 2543 später gelegt, und zwar: ab Leipzig Ban. Hf. 14,28, ab Rietzsch 15,18, an Weitzahn 16,04. Er erhält hierdurch in Rietzsch Anschluß vom Zug 4200 aus Richtung Reichenbach-Werda-Altenburg.

## Linie Döbeln-Lommatzsch.

Der Abendzug 4872: 20,45 von Lommatzsch nach Döbeln wird früher gelegt, und zwar: ab Lommatzsch 20,20, an Döbeln 21,53. Er erhält dadurch in Döbeln Anschluß an die Züge D 74 nach Chemnitz, 15,14 nach Leipzig und 15,17 nach Dresden.

## Linie Wurzen-Eilenburg.

Die vom April ab wieder verkehrenden Sonntagszüge 3707a: 14,50 ab Wurzen nach Cölkmen-Böhly und 3708a: 15,08 an Wurzen von Cölkmen-Böhly werden bis und ab Eilenburg ausgedehnt.

## Linie Dresden-Niesitz-Leipzig.

a) Der Nachtpersonenzug 477: 0,40 von Leipzig Hof, nach Dresden erhält Aufenthalt in Coswig (2,46).

b) Zug 800: 21,53 von Wurzen nach Leipzig, wird an Sonn- und Festtagen bereits von Otscha aus (Abfahrts 21,11) abgefahren.

c) Zug 472: 9,40 von Dresden Hof, nach Leipzig fährt erst 9,46 in Dresden Hof, ab und erhält Anschluß vom Zug 498 von Bodenbach, der — statt 9,52 — schon 9,41 in Dresden Hof, eintrifft.

d) Zug 469: 11,35 von Leipzig nach Dresden erhält in Coswig unmittelbaren Anschluß nach Meißen. Zug 469 trifft — statt 14,09 — bereits 14,02 in Coswig ein, Zug 1627 fährt erst 14,07 dort nach Meißen ab.

e) Zug 477: 0,40 von Leipzig nach Dresden hält in den Nächten vom Sonnabend zum Sonntag und vom Sonntag zum Montag auch in Röhren.

## Linie Glauchau-Großbothen-Wurzen.

a) Zwischen Glauchau und Penig werden neue Frühzüge eingerichtet wie folgt: 3605: 5,50 ab Glauchau, 6,29 an Penig; 3602: ab Penig 6,43, an Glauchau 7,21.

b) An Sonn- und Festtagen sind Personenzüge: ab Wurzen 14,22, an Großbothen 15,23; ab Großbothen 21,07, an Wurzen 22,07 vorgesehen, die in Großbothen Anschlüsse nach und von Kötzsch-Glauchau, sowie Reinsig-Döbeln besitzen.

## Linie Dresden-Döbeln-Leipzig.

Zug 1502: 4,10 von Roffen nach Leipzig, wird beschleunigt; er hält nicht mehr in Großschönberg und Beucha und trifft bereits 7,10 (statt 7,27) in Leipzig Hof, ein.

b) Zug 1523: 6,57 von Grimma ab, Wf. nach Leipzig wird dann ebenfalls zeitiger gelegt und verkehrt im bisherigen Fahrpläne des Zuges 1502: 6,41 ab Grimma ab, Wf. (Ankunft Leipzig Hof, 7,32). Er wird nicht nur an Werktagen, sondern täglich abgefahren.

c) Neu eingerichtet werden an Werktagen Vorortzüge ab Leipzig Hof, 5,54, an Raunhof 6,28, ab Raunhof 7,14, an Leipzig Hof, 7,60.

d) Zug 211: 6,16 von Leipzig nach Dresden, erhält Aufenthalt in Raunhof (6,38). Reisende der Vorortstationen können dann der unter c) erwähnten neuen Zug benutzen und in Raunhof auf den Hauptzug übergehen.

e) Zug 1515: 22,45 von Leipzig Hof, nach Roffen wird flüchtig erst 22,54 von Leipzig Hof, abgefahren und erhält dadurch Anschluß vom Zug 169 von München-Nürnberg.

f) Zug 1516: 22,37 von Dresden Hof, nach Reinsig verkehrt 11 Minuten später und verläßt Dresden Hof, erst 22,48.

g) An Werktagen wird ein neuer Personenzug 1521: ab Döbeln

# Also doch Neuwahlen in Sachsen

## Die Abgabe der Demokraten

Unter dieser Überschrift berichtet das Organ des Herrn Böhmer, der volksparteiliche Dresdner Anzeiger am 12. März über die Absage der Demokraten an die Deutsche Volkspartei. Die demokratische Landtagsfraktion hat über das Ergebnis ihrer Fraktionsführung vom 11. März folgendes veröffentlicht:

„Die Landtagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß die Deutsche Volkspartei jegliche Verhandlungen mit der Sozialdemokratie über eine Regierungsbildung ablehnt, und damit den einzigen Weg, der zu einer Regierung auf breiterer Grundlage hätte führen können, verperspiziert hat.

Die demokratische Landtagsfraktion, die zum Sturz der Regierung Böhmer nicht beigetragen hat, muß den Parteien der Rechten, die die Regierung gestützt haben, und der Volkspartei, die die Bildung der Großen Koalition unmöglich gemacht hat, es überlassen, die Krise zu lösen.

Eine Rekonstruktion des bisherigen Kabinetts unter anderer Leitung würde die die Abhängigkeit von den Nationalsozialisten nicht beseitigen,

und daher, wie der Sturz der Regierung Böhmer und die Haltung der Nationalsozialisten in zahlreichen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen beweisen haben, nicht die Gewähr für eine dauernde und zur Lösung schwerer Aufgaben befähigten Regierung bieten. Die demokratische Fraktion kann daher den Versuch, eine beratige Regierung zu bilden, nicht unterstützen.“

Der Beschluß der Demokraten veranschlagt dem sonst so wortreichen Böhmer-Organ derart den Atem, daß es den Beschluß ohne jeden Kommentar mit der Überschrift abdruckt: „Also doch Neuwahlen in Sachsen.“

Mit dem Beschluß der Demokraten hat sich das Druckmittel der Volkspartei gegen die Demokraten als wirkungslos erwiesen, eine große Hoffnung der Volkspartei ist geplatzt. Wie sehr die Volkspartei damit gerechnet hatte, daß die Demokraten in die Nazifront einschwenken würden, zeigte der Dresdner Anzeiger in seiner Nummer vom 11. März, in der er den Demokraten zurecht, sie sollten doch ihre Hoffnungen auf eine Große Koalition in Sachsen verlassen, denn die sozialdemokratische Presse Sachsens bezelchne ja die Ko-

## Ein notwendiges Nachwort

Das Zwickauer Volksblatt bringt in seiner Ausgabe vom 10. März im Anschluß an die Meldung, daß die Deutsche Volkspartei die große Koalition in Sachsen ablehnt, folgende Notiz:

### Ein notwendiges Nachwort.

Wir haben uns von allem Anfang gegen dieses Experiment, den Bürgerlichen unsere Verhandlungsbereitschaft zu offerieren, gewehrt. Die Verhältnisse haben uns schneller recht gegeben, als wir erwarteten. Die bürgerlichen Parteien, vor allem die Volkspartei, haben mehr Kenntnis der großen wirtschaftlichen Triebkräfte und der daraus folgenden Klassenstellungen entwickelt, als der Teil unserer Genossen, die meinen, es genüge ein freundlich gehaltenes Brief, um sofort diese für uns unverständliche und unerträgliche Paarung zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten in Sachsen herbeizuführen.

Hoffentlich genügt diese von der Volkspartei erteilte Lektion, damit bei ähnlichen Vorgängen nicht wieder die Partei durch den vorläufigen Vorstoß eines Bezirks nochmals in solch eine prekäre Situation gebracht wird.

Da der volksparteiliche Dresdner Anzeiger die Notiz im Zwickauer Volksblatt als Krönung gegen die Sozialdemokratie zitiert und ausdrücklich schreibt, die „Rüge“ des Volksblattes richte sich gegen die Sozialdemokratie von Leipzig, wollen wir in aller Reserve einiges zu der „Rüge“ bemerken:

Der Bezirksvorstand von Leipzig hatte nach dem Sturz der Böhmer-Regierung folgenden Beschluß gefaßt:

„Der ermittelte Bezirksvorstand Leipzig hat zu dem Sturz der Böhmer-Regierung in seiner Sitzung vom 18. Februar Stellung genommen. Nachdem dieser mit den Stimmen der Sozialdemokratischen Partei durchgeführt worden ist, vertritt der Bezirksvorstand die Auffassung: Der Sozialdemokratie liegt es als stärkster Partei nach parlamentarischem Brauch ob, die Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung auszuführen. Er erwartet, daß die Landesinstanzen zur nunmehrigen Situation baldmöglichst Stellung nehmen.“

Dieser Beschluß, das weiß der Verfasser der Volksblattnotiz, war nur an den Landesarbeitsauschuß der SPD Sachsens gerichtet, es war ausdrücklich beschlossen worden, ihn nicht zu veröffentlichen. Daß der Beschluß infolge einer Indiskretion der Frankfurter Zeitung durch eine Dramatisierung aus Dresden berichtet wurde, lag nicht im Willen des Bezirksvorstandes von Leipzig, er hat diese Publikation nicht veranlaßt und sehr bedauert.

Es kann sich also nicht im entferntesten um einen „vorläufigen Vorstoß“ des Bezirksvorstandes von Leipzig handeln, vielmehr hat er mit der Stellungnahme zu dem Sturz der Böhmer-Regierung nur von seinem statutarischen Recht Gebrauch gemacht, er mußte sogar pflichtgemäß zu dieser politischen Situation Stellung nehmen. Als übrigens nach der Landtagswahl vom 12. Mai 1929 ein sächsischer Bezirksvorstand am 13. Mai zu der politischen Situation Stellung nahm und seinen Beschluß mit einem Regierungsprogramm veröffentlichte, was einer Festlegung der gesamten sächsischen Partei verleiht Ähnlich sah, wurde diese Veröffentlichung von Genossen des Zwickauer Bezirks ausdrücklich gebilligt.

Wenn der Notizenschreiber im Zwickauer Volksblatt meint, die Ablehnung der Deutschen Volkspartei sei eine „Lektion“, so verkennt er, daß diese „Lektion“ nicht dem Bezirk Leipzig, sondern der gesamten sächsischen Sozialdemokratie erteilt worden ist, denn der sozialdemokratische Beschluß, mit Demokraten und Volksparteilern in Verhandlungen einzutreten, ist von den zuständigen Landesinstanzen gefaßt worden, wo die Vertreter vom Bezirk Leipzig nur den vollen Teil der Stimmberechtigten ausmachen.

Natürlich ist es Unfug, von einer Lektion zu reden, die die Deutsche Volkspartei der Sozialdemokratie erteilt haben soll. Tatsächlich ist die sozialdemokratische Taktik die einzig richtige gewesen, weil sie Klarheit gebracht und die Aussichten der Sozialdemokratie für einen eventuellen Wahlkampf wesentlich verbessert hat.

Der Notizenschreiber des Zwickauer Volksblattes mag zur Kenntnis nehmen, daß die Sozialdemokratie in Leipzig sich ihr

19,35, an Roffen 20,10 eingerichtet, der in Döbeln die Anschlüsse von den Zügen 3443 und D 73 von Chemnitz aufnimmt.

## Linie Beucha-Treben-Bauschwitz.

a) An Sonn- und Festtagen verkehren neue Personenzüge: 3407a ab Beucha 9,52 (Anschluß von Leipzig durch Zug 1529 (ab 9,00), an Treben-Bauschwitz 10,19; 3408a: ab Treben-Bauschwitz 10,30, an Beucha 11,20 (Anschluß nach Leipzig durch Zug 1586 (an 12,01).

b) Zug 3407: 10,42 von Beucha nach Brandis verkehrt dann nur noch an Werktagen.

c) Die Sonntagszüge 3421a: 23,27 von Beucha nach Brandis und 3422a: 23,55 von Brandis nach Beucha werden täglich abgefahren, wodurch sich günstige Abendverbindungen von und nach Leipzig ergeben.

lition übereinstimmend als gescheitert, nachdem der Vertretertag der Deutschen Volkspartei seine Ablehnung beschlossen habe. Das ist Volksparteilichdemagogie, denn daß die Sozialdemokratie wegen der Ablehnung der Volkspartei Tränen weinen würde, hat ja nicht einmal der Dresdner Anzeiger erwartet.

Der Hinweis des Böhmer-Organs auf die Äußerungen der sozialdemokratischen Presse zur Ablehnung der Volkspartei beweist nur, wie unangenehm den Drahtziehern in der Volkspartei das Bekenntnis der Sozialdemokratie zu einer Koalition geworden ist. Die Volksparteiler wissen, daß ihre reaktionäre Einstellung durch die Taktik der Sozialdemokratie vor dem ganzen Lande entlarvt ist, was die sozialdemokratischen Aussichten bei einem Landtagswahlkampf gang erheblich verbessert hat. Als Krönung für die Volkspartei zitiert das Böhmer-Organ eine geistlose Anrede der Sozialdemokratie Leipzigs durch das Zwickauer Volksblatt, auf das wir noch mit einigen Bemerkungen zurückkommen.

Nach der deutlichen Abgabe der Demokraten ist die Situation für die Volkspartei und ihre Verbündeten noch ungünstlicher geworden. Sicher haben die Volksparteiler damit gerechnet, daß sie ja für alle Fälle in dem zurückgetretenen Kabinett Böhmer die geschäftsführende Regierung in der Hand haben, ein Zustand, den sie schon ein Weilschen ausfallen. Aber auch diese Rechnung hat ein Loch, schrieb doch der nationalsozialistische Sächsische Beobachter dieser Tage:

„Wenn die Deutsche Volkspartei glaubt, nach einigen Wochen oder Monaten wieder auf die Nationalsozialisten zurückgreifen zu können, so täuscht sie sich schwer. Sollte sich die SPD zur Annahme eines Antrags auf Landtagsauflösung entschließen, hat dieser Antrag unter beratigen Umständen die allergrößte Aussicht auf Annahme. Ob die bürgerlichen Parteien darüber große Freude empfinden werden, müssen sie ja schließlich mit sich selbst ausmachen zu einem Zeitpunkt, wo sie noch Gelegenheit zu derartigen Überlegungen haben. Wir haben Neuwahlen nicht zu fürchten, im Gegenteil!“

Selbstverständlich kann die Sozialdemokratie nicht dulden, daß das geschäftsführende Böhmer-Kabinett noch lange am Ruder bleibt, das vertritt sich nicht mit dem parlamentarischen System und ist in der Zeit der Statberatung, die nächste Woche beginnen soll, erst recht unmöglich. So wird also sehr bald mit einer Lösung der Krise in irgendeiner Form zu rechnen sein.

statutarisches Recht, zu politischen Situationen Stellung zu nehmen, nicht bestreiten läßt, sie wird stets so handeln, wie sie es für die Interessen der Sozialdemokratie für notwendig hält. Am allerwenigsten wird die Leipziger Parteigenossenschaft den Notizenschreiber fragen, weil bei ihm alle Voraussetzungen dazu fehlen.

Im Zusammenhang mit diesem notwendigen Nachwort noch einige Bemerkungen zum Genossen Eugen Frisch in Plauen, der die Plauer Volkszeitung dazu mißbraucht, die Leipziger Partei in einer Weise zu kritisieren, die wir im Interesse der Partei lieber nicht richtig charakterisieren wollen. Vielleicht überlegt sich Genosse Frisch, daß es sich bei der Ablehnung der Deutschen Volkspartei nicht um das Angebot einzelner Genossen, sondern um Beschlüsse der sächsischen Gesamtpartei handelt, so daß alle Beschimpfungen des Genossen Frisch nicht auf die von ihm namentlich aufgeführten Genossen, sondern die gesamte Sozialdemokratie Sachsens treffen. Vergleiche mit „Straßenmädelchenmethoden“, wie sie die Plauer Volkszeitung beliebt, kann man im Kampf um sachliche Meinungen ruhig dem Takt des Genossen Frisch überlassen.

Niemand wird verkennen, daß die Koalition für Sachsen ein besonders ernstes Problem ist; um so mehr muß gefordert werden, daß die Debatten über diese Fragen sachlich geführt und nicht durch persönliche Beschimpfungen vergiftet werden.

## Betriebsstilllegungsanzeigen im Februar

Die Statistik der beim sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium eingereichten Anzeigen über beabsichtigte Stilllegung von Betrieben verzeichnet für den Februar 335 solcher Anzeigen; die Zahl entspricht der von Januar (336) und fast genau der von Februar 1929 (344). Die Spitze hält auch diesmal der Maschinenbau mit der auffallend hohen Zahl von 64 Anzeigen, ihm folgt erst in weitem Abstände die Holzerei und Silderei mit 28 Anzeigen. Mit je 18 Anzeigen sind beteiligt die Herstellung von Eisen- und Stahlwaren und die von anderen Metallwaren, mit 17 die Holzindustrie, mit 15 die Möbelindustrie, mit 13 die Baumwollindustrie und mit 10 das Berufsbildungsgewerbe. Je 9 Anzeigen entstammen der Eisengießerei und dem Kessel- und Apparatebau, je 8 der Gewinnung und groben Bearbeitung von natürlichen Gesteinen, der Glasindustrie, der feintmechanischen und optischen Industrie und der Schuhindustrie, je 7 der Großeisenindustrie, der Textilweberei und der Musikinstrumentenindustrie. Der Rest entfällt auf eine Reihe anderer Industriezweige.

Vom dem im November 1929 eingegangenen 281 Betriebsstilllegungsanzeigen hat die Stilllegung, wie jetzt bekanntgegeben wird, in 8 Fällen keine Anwendung gefunden. Bei den durchgeführten Maßnahmen kamen 14060 Arbeiter und 706 Angestellte zur Entlassung.

Weitere Stilllegungen in der Oberlausitz. Die Vereinigten Zuteilspinnereien und „webereten, ein großer Konzern mit dem Sitz in Hamburg, haben nunmehr auch für das Haupt- und Feinrißwert in Ostfriesland die Stilllegung beantragt. Vorher war schon wochenlang nur drei Tage gearbeitet worden und 5 Prozent der Gesamtbelegschaft waren bereits entlassen. Gegenwärtig arbeiten in den Ostfrieser Betrieben rund tausend Arbeiter, die dann, wenn die Stilllegung Tatsache würde, arbeitslos würden.

## Neue Landesmeldeordnung

Wie die „Sächsische Staatszeitung“ erfährt, wird demnächst eine neue Landesmeldeordnung für ganz Sachsen erlassen werden. Sie soll die verschiedenen Meldeordnungen, die es in Sachsen gibt, zu einer Einheit zusammenfassen.

Das Ende der Münchner Gesandtschaft. Aus dem Staatsauswärtigenplan für das Jahr 1930 ergibt sich, daß die sächsische Gesandtschaft in München mit dem 31. März 1930 aufgehoben wird. Diese Maßnahme entspricht einem Beschluß des Landtages, der im vorigen Jahre nach langen Verhandlungen der sozialdemokratischen Fraktion herbeigeführt worden ist. Es werden dadurch 28 520 Mark gespart.

Dresden. Vom Spiel in den Tod. In Dresden-Johannstadt waren Kinder mit Ball- und Kreiselspielen beschäftigt. Dabei sprang der Kreisel eines sechs Jahre alten Knaben Herbert Nielsch plötzlich auf die Straße, als gerade ein Lastauto vorüberfuhr. Der kleine Junge eilte hinterher und lief in das Fahrgestühl hinein, wurde amgerissen und schwer verletzt. Noch während des Transportes zum Krankenhaus starb das Kind.

Dresden. Wiedereröffnung der Elbe-Dampfschiffahrt. Die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrt nimmt, wenn nicht unvorhergesehene Verhältnisse eintreten, ihren Betrieb am Donnerstag, dem 20. März 1930, wieder auf.



# Was tut die staatliche Gefangenenfürsorge?

Bei Kasseckränzchen und sonstigen mehr oder minder wichtigen Anlässen wird viel über die gut funktionierende Fürsorgeeinrichtungen geredet. In der Praxis sehen die Dinge meist anders aus. Die Leipziger staatliche Gefangenenfürsorge mußte sich vom Leipziger Schöffengericht attestieren lassen, daß sie völlig versagt.

Anlaß zu dieser Feststellung bot die Verhandlung gegen einen Straftäter. Auf der Anklagebank saß der 22-jährige Melter Siegfried Golland, der beschuldigt wird, am 17. Februar 1930 in der Hospitalstraße einer Frau die Handtasche geraubt zu haben. Der Angeklagte gibt diese Tat zu. Er stammt aus dem Kreise Ortelburg in Ostpreußen. Der Beruf eines Melkers verlangt schwere und intensive Arbeit. Da die Melter größtenteils im Haushalt des Gutbesitzers verpflegt werden, ist das Essen häufig mangelhaft. Golland reiste daher von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle. Wegen Diebstahls hatte er eine Gefängnisstrafe in Reichensbach verbüßt und hat bei seiner Entlassung um eine Fahrkarte nach seinem Heimatort. Er bekam nur eine Fahrkarte bis Leipzig, da die Leipziger Gefangenenfürsorge zuständig sei. Der junge Mensch kommt mittellos nach Leipzig und bittet in der Beethovenstraße um eine Fahrkarte, wenigstens bis Berlin, da ihm dort von Verwandten geholfen würde. Die staatliche Gefangenenfürsorge schickt ihn reifstlos nach Leipzig und verweist ihn an die Städtische Fürsorge. Bei der Städtischen Fürsorge bekommt er wenigstens 1,50 Mark, und nach nochmaligem Vorsprechen erneut 1,50 Mark. Mit diesen 3 Mark kann er natürlich nicht viel anfangen. Er geht von Pontius zu Pilatus, um irgendeine Beschäftigung zu bekommen. Ueberall wird er abgewiesen, weil er keine Wohnung hat und weil keine Arbeit da ist. In seiner Verzweiflung kommt Golland auf den Gedanken, sich irgendwie Geld zu verschaffen. Auf dem Wege zum Obdachlosenasyl begegnet ihm eine Frau mit einer Handtasche. Er reißt ihr die Handtasche weg und will fliehen. Da er nicht gut laufen kann, wird er bald gefaßt. Die Handtasche hat er bereits vorher weggeworfen.

Der Staatsanwalt würdigte die besonders mißlichen Verhältnisse und billigte dem Angeklagten mildernde Umstände zu. An Stelle einer nach dem Gesetz verurteilten Zuchthausstrafe bis zu 5 Jahren beantragte er 6 Monate Gefängnis.

Das Gericht verurteilt den Angeklagten wegen schweren Raubes zur Mindeststrafe von 1 Jahr Gefängnis. In der Begründung des Urteils wird festgestellt, daß die staatliche Gefangenenfürsorge den Angeklagten völlig im Stich gelassen habe. Erst dadurch kam der junge Mensch in die Verweisungsanstalt, die ihn zur Tat trieb. Vielleicht ist dieser Fall ein Anlaß, die Gefangenenfürsorge zu etwas positiverer Arbeit anzuregen.

## Die Banditen von Röntgental

Der Berliner Polizeipräsident teilt zu dem Heberfall zahlreicher Nationalsozialisten auf eine Reichsbannerveranstaltung in Röntgental mit:

Die weiteren Ermittlungen haben zu weiteren Festnahmen geführt, so daß sich die Zahl der inhaftierten Personen zur Zeit auf 14 beläuft. Gegen 11 Personen ist inzwischen vom Amtsgericht Bernau Haftbefehl wegen dringenden Tatverdachts erlassen worden. Drei Personen wurden im Laufe des Dienstags dem Amtsgericht zugeführt. Alle 14 gehören ausnahmslos der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und innerhalb dieser auch den bekannten Sturmabteilungen an. Eine Anzahl von ihnen hat die Beteiligung an dem Zusammenstoß bereits zugegeben; die anderen dürften durch die getroffenen Erhebungen und Zeugenaussagen der Täterschaft bzw. Mittäterschaft überführt werden. Wenn auch alle Beteiligten bisher bestritten, von der Schusswaffe Gebrauch gemacht zu haben, so haben die Nachforschungen jedoch bereits derart belastendes Material ergeben, daß die Ueberführung zweier Verdächtigten schon jetzt als feststehend angesehen werden kann. Die Ermittlungsvorgänge sind der zuständigen Staatsanwaltschaft beim Landgericht III, Berlin, zugeleitet worden.

# Stammischgemeinschaft Einigkeit

Der Stammisch ist die typische Gesellschaftsform des deutschen Kleinbürgers. Wer im öffentlichen Leben und auch oft im privaten Haushalt den Mut zur Vertretung seiner Ansicht nicht aufbringt, wer politisch und gewerkschaftlich indifferent ist, für den ist der Stammisch der geeignete Platz. Hier fühlt er sich König. Hier kann er alle verdrängten Komplexe abregieren. Für solche Menschen ist der Stammisch direkt eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Die einzelnen Mitglieder der Stammischgemeinschaft reden sich mit Bruder an. Es schwimmt alles in Wärme und herzlicher Brüderlichkeit bis — mal etwas dazwischen kommt.

In einer Leipziger Gastwirtschaft empfanden zehn solcher „Brüder“ das Bedürfnis einen Stammisch zu gründen. Sie nannten sich Stammischgemeinschaft Einigkeit. Sie waren zwar schon Mitglieder eines Kegelschlags, aber doppelt genährt hält bekanntlich besser. Die Stammischbrüder wählten unter sich einen richtiggehenden Vorstand, mit Kassierer, Schriftführer, Revisoren usw. Bei ihren Zusammenkünften wurde viel geredet und, wenn die Rede verlegt war, ein solener Doppelkopf gekloppt. Jeder „Bruder“ zahlte 50 Pfennig in die Kasse. Bei Zusammentreffen und bei Schimpfworten am Stammisch mußten Strafgebühren entrichtet werden. Für die eingegangenen Gelder sollte dann später ein Fest oder ein Ausflug gemacht werden.

Auf diese Weise kam eine größere Geldsumme zusammen, die der Kassierer betreuete. Eines Tages kam der Kassierer in Geldverlegenheiten und benutzte das eingetommene Stammischgeld zur Bezahlung seiner Verpflichtungen. Da der Kassierer gleichzeitig städtischer Angestellter war, gab man ihm die entnommenen 125 Mark als Darlehen, das er mit 6 Prozent verzinsen mußte. Ein zweites Darlehensgesuch aus der Stammischkasse wurde abgelehnt, als man bemerkte, daß der Kassierer die Stammischgelder auf seinen eigenen Namen bei der Sparkasse eingezahlt hatte. Es kam zum Bruch und der Kassierer trat aus der unbrüderlichen Stammischbrüderschaft aus, nachdem er vorher alle Verbindlichkeiten geregelt hatte.

Der Kassierer hatte sich vor dem Leipziger Amtsgericht wegen Betrugs zu verantworten. Das Amtsgericht sprach den Angeklagten frei. Da der Staatsanwalt gegen dieses Urteil Berufung einlegte, mußte diese Stammischangelegenheit noch einmal vor der Strafkammer aufgerollt werden. Nachdem die Belange des Kegelschlags und der Stammischgemeinschaft genügend behandelt waren, beantragte der Staatsanwalt 6 Wochen Gefängnis. Das Gericht hob das freisprechende Urteil der Vorinstanz auf und verurteilte den Kassierer zu einer empfindlichen Geldstrafe. Die Angelegenheit ist für den Kassierer von besonders harten Folgen, da auf Grund des Urteils höchstwahrscheinlich ein Disziplinarverfahren gegen ihn als städtischer Angestellter eingeleitet wird.

Der Stammisch aber hat für einige Wochen ausreichenden Gesprächsstoff.

burg war, er sich offen. In einem Abschiedsbrief schrieb er: „Da ich sehr leicht gelebt habe, will ich nunmehr ein kurzes Ende nehmen.“ Nach einigen Abschiedsworten für seine Mutter fügte er dann aber noch hinzu: „Lacht bitte auch dem Unteroffizier König eine Kugel juteil werden, denn er ist derjenige, der mir das Leben schwer gemacht hat.“

Das Schöffengericht sprach den Unteroffizier König von der Anklage frei. In der Begründung dazu heißt es: „Das Gericht hat keinen Zusammenhang zwischen dem Selbstmord des Hermann und dem Verhalten des Angeklagten feststellen können. Ebenso hat das Gericht keine boshafte Qualung durch unnütze Dienstverschwendung und auch keine vorläufige körperliche Mißhandlung feststellen können. Es hat sich bei der Ausführung des Befehls vielmehr um eine Uebung gehandelt, die auch sonst von Soldaten ausgeführt wird.“

Das Gericht hat bei der Begründung dieses für die weitesten Volksteile unverständlichen Urteils, die feilschen Einwirkungen, die das brutale Vorgehen des Unteroffiziers auf den erst achtzehnjährigen Soldaten Hermann haben mußte, vollständig unberücksichtigt gelassen. Die Militärjustiz lebt munter weiter, trotz der Abschaffung der Militärgerichte.

## Schwarzweißrot gegen Schwarzrotgold

Der Allgemeine Deutsche Automobilclub hatte gegen den Deutschen Autoclub wegen unläuteren Wettbewerbs geklagt. Die Abklärung der beiden Clubs (das C ist wie vor Gericht ausgeführt wurde, wichtig, da sich kein Automobilclub mit f schreibt) hätten zu ständigen Verwechslungen Anlaß gegeben; viele Leute könnten ADAC und DAC nicht auseinanderhalten. Beim Landgericht und beim Kammergericht Berlin fiel der ADAC mit seiner Klage ab, weshalb trieb er die Sache bis zum Reichsgericht. Die Revisionsverhandlung fand vor dem 2. Zivilsenat statt. Der Anwalt des DAC führte aus, daß eine Verwechslung absolut unmöglich sei, wenn man nicht nur die Buchstaben DAC beachtet, sondern die gesamten Symbole der Vereine. Der ADAC führt betont die schwarzweißroten Farben in der Plakette und im Wimpel, der DAC die republikanischen. Alle anderen Namen, die der ADAC vorgeschlagen habe, seien für einen Automobilklub ungeeignet. Der Verteidiger des ADAC gab ohne weiteres zu, daß der ADAC als der ältere Verein zumeist Leute als Mitglieder habe, die mehr zu den „alten“ deutschen Farben stünden. Im übrigen hatte seine Argumentation vor dem Reichsgericht wenig Ueberzeugendes; so meinte er, daß alle vom DAC angeführten Vereine mit ähnlichen verwechslungsfähigen Namen doch im Kartellverhältnis zum ADAC stehen, so daß selbstverständlich gegen diese nicht geklagt werden dürfe.

Kußerlich spielte sich der ganze Streit wie ein üblicher Kampf um einen Warenzeichenschutz ab; dahinter aber scheint uns mehr zu stehen. Der ADAC hat sich bisher auf allen seinen Generalversammlungen konsequent gewehrt, seinen Wimpel zu ändern und den Farben des neuen Staates anzupassen. Der Ausschuss des DAC dürfte nicht zuletzt mit auf das Konto des offenen Bekenntnisses zum neuen Deutschland zu setzen sein. Nun, nachdem der ADAC steht, daß ihm ein ernstzunehmender Konkurrent entsteht, und daß die republikanischen Automobilisten doch keine vernachlässigenswerte Größe sind, versucht er mit allen geschäftlichen Mitteln gegen die Konkurrenz vorzugehen. Nachdem er dabei, wie gesagt, in beiden Vorinstanzen unterlegen war, fällt am Freitagnachmittag der 2. Zivilsenat die Entscheidung: „Das Urteil des 10. Zivilsenates des Kammergerichts Berlin wird aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Entscheidung dem 31. Zivilsenat übertragen.“

## Soldatenmißhandlung straffrei!

### Gerechtliches Nachspiel zu einem Selbstmord

O. Vor dem Schöffengericht III in Kiel hatte sich der Unteroffizier König III von der 4. Estabron, 2. Jahrsabteilung in Reidsburg wegen boshafter Qualung eines Untergebenen zu verantworten. Der Unteroffizier hat Anfang Juli 1929 den Fahrer Jermann von der gleichen Jahrsabteilung gezwungen, mit einer leeren Schießkare einige Male durch weichen Sandboden über den Kasernenhof zu laufen und sich dabei ungefähr 15- bis 20 mal hinzuworfen und wieder aufzusetzen. Jermann mußte diesen unwürdigen Befehl im Beisein vieler Kameraden durchführen. Er soll bei der Arbeit im Stall angeblich nicht fleißig genug gewesen sein. Der Fahrer Jermann hat sich einige Wochen später, als er auf Urlaub in Hens-

# FAMILIEN-NACHRICHTEN

Pflichtig und unerwartet verschied heute früh im 69. Lebensjahre unsere herzensgute Mutter, liebe Schwieger- und Großmutter, Frau

## Ernestine Pfuhl

geb. Völkner.

Leipzig C1, Hofer Straße 58a, den 11. März 1930.

In tiefer Trauer  
Ihre Kinder.

Die Beerdigung findet Freitag, den 14. März, nachm. 1/3 Uhr, von der Kapelle des Trinitatisriedhofes aus statt.

Wütlich und unerwartet riß der Tod durch Unglücksfall meinen innigstgeliebten Mann, unsern guten Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, Herrn

## Emil Otto Freiburger

im Alter von 63 Jahren aus unserer Mitte.

Leipzig W 34, Dicslaustraße 241.

In tiefem Schmerz  
Olga Freiburger geb. Rausch  
im Namen aller Hinterbliebenen.

Beerdigung Sonnabend, den 15. März, nachmittags 1/3 Uhr.

**Verkäufe**

**Von Herrschaften**  
wenig getr. Herr.  
Garberobe bill. zu  
st. Adolph Wittke,  
Börningstr. 12, p.  
Ein- u. Verkaufsbüro.

**Auf Kredit**  
**Schränke**  
mit kleiner Abholung  
Hilf-Ware-Verkauf  
**Hans Hoffmann**  
Börsenstraße 10, 1. Etage

Gutes Federbett (Zudecke) billig zu verkaufen. Altmühl, Hagelstraße 57, 21.

**Defen u. Herde**  
äußerst preiswert.  
Herzblatt Paul,  
Windmühlenstr. 38.

**Wäsche, Wannen, Herde**  
in Qualität, billig.  
Reparaturen schnell.  
Böttcherstr. 34.  
Lindenthaler Str. 34.

**Auf Kredit**  
Bestellen mit  
Matrassen  
mit kleiner Abholung  
**Scherbel**  
Markt 2  
(Rathausseite)

**Möbelhaus**  
**Hermann Fontius**  
Leipzig-Gohlis  
Hallsche Straße 106 // Ruf 52778  
Speise-, Herren- und  
Schlafzimmer  
Küchen, Polster- und  
einzelne Möbel

**Kaufgesuche**

**MARTINUS NIJHOFF**  
Lange Voorhout 9,  
HAAG  
sucht  
Leipziger Volkszeitung  
1914 - 1918  
ganz vollständig mit allen Beilagen,  
Annoncen usw. Preisofferte erbeten



# TEE

Das bekömmliche  
Abendgetränk

**Hochfeine Indien-Ceylon-Mischung**

Ceylon-Orange-Pekoe - 28  
..... 20-Gramm-Paket

Ceylon-Orange-Pekoe - 85  
..... 60-Gramm-Paket

zu haben im

**Konsumverein**  
Leipzig-Plagwitz u. Umg. e. o. m. b. H.  
Abgabe nur für Mitglieder.

**Diversen**

Multipolieren in u. außer  
dem Hause. Lindenau  
Caldustr. 30, pt. 1

Frack, Gebrock, Smok,  
Cut.-Anzüge, Hüteverl.,  
Belau, Zeltzer Str. 3  
Eingang Albertstr. 29a

**MaBarbeit**  
bei gutem Stil  
liefern billig  
**Wilhelm Rudolph**  
Ludwigstr. 60 Laden  
früh, Frommannstr. 14a  
Reichhaltig Muster-  
auswahl / Anfertigung  
auch bei ausgebr. Stoffen / Reparatur  
u. Aufbügeln sofort.

**Ein wichtiger Punkt!**  
Gutätzende  
Herrenkleidung für  
RM  
29,- oder 39,-  
aus mitgebrachten  
Stoffen einschließl.  
Zutaten.

**Herm. Weigler**  
Jacobstraße 6, pt.

**Maurer-**  
Werkzeuge  
und Reparaturen  
Borsdorf, Seebühl 10

**Leser der Volkszeitung**  
berücksichtigt bei euren Einkäufen unsere Inserenten!

**Herrn- u. Knabenanzüge**  
Bereitstellung, besten  
Textil, Welt-u. Russwaren  
**Joseph Bauer, Knautseeberg**  
Leipziger Straße 95.